Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 150. Mittwoch, 29. Juni 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends 1/,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die neue Notverordnung erlassen.

Lausanne in einer Sackgasse.

2. Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932.

Berlin. Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1.

(1) Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden

1. allgemein nur für bestimmt abgegrenzte Ortsteile,

2. im übrigen nur im Einzelfalle.

Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft.

(2) Das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen politischen Vereinigung kennzeichnet, darf von den Landesbehörden nur im Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. Bestehende allgemeine Verbote dieser Art treten außer Kraft.

(3) Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Absatz 1 Nr. 1 Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Aenderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

§ 2.

Der Reichsminister des Innern kann allgemein für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge, sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

§ 3.

Plakate, Flugblätter und Flugschriften, in denen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt werden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

*

Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge

vom 28. Juni 1932.

Berlin. (Funkspruch.) Auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 297) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet.

§ 1.

(1) Oeffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

(2) Sie können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Statt des Verbotes kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

(3) Oeffentliche politische Versammlungen, sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung absichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwiderhandelt wird.

(4) Ausgenommen sind gewöhnliche Leichenbegängnisse, die hergebrachten Züge von Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Bittgänge und Wallfahrten.

(5) Eine Anordnung nach Absatz 2, 3 kann nach den Bestimmungen des Landesrechtes angefochten werden.

§ 2.

(1) Mit Gefängnis, neben dem auch Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

1. Wer ohne die nach § 1 erforderliche Anmeldung oder die in absichtlicher Abweichung von den in der Anmeldung gemachten Angaben oder unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt;

2. wer für eine Versammlung, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten ist, den Raum zur Verfügung stellt.

(2) Mit Geldstrafe bis zu 150 RM. wird bestraft, wer an einer Versammlung oder einem Aufzuge teilnimmt, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten sind,

(3) die Vorschriften des Abs. 1, 2 sind nicht anzuwenden, wenn ein politischer Zweck mit der Tat nicht verbunden war und eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht eingetreten ist.

§ 3.

Mit Geldstrafe bis zu 150 RM. wird bestraft, wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung (§ 1 Abs. 3) nicht sofort entfernt.

Die neue Notverordnung.

Berlin. (Funkspruch.) Mit der heute in Kraft tretenden 2. Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni 1932 gegen politische Ausschreitungen haben die Maßnahmen der Reichsregierung auf diesem Gebiete ihren Abschluß gefunden. **Allgemeine Verbote von Umzügen und des Tragens einheitlicher Kleidung** können hinfort für das ganze Reich oder einzelne Teile nur noch vom **Reichsminister des Innern** erlassen werden. Die Pflicht und das Recht, **Maßnahmen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung im Einzelfalle zu treffen,** liegen den **Ländern ob, welche allein über Polizeikräfte verfügen,** während das Reich exekutive Organe nicht besitzt. Die zur Sicherung von Ruhe und Ordnung für die Länder notwendigen Grundlagen sind ihnen ausdrücklich in der Ausführungsverordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 zu § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 gewährleistet.

Diese Regelung entspricht der Reichsverfassung, welche **grundsätzliche Regelungen dem Reich, Ausführungen den Ländern** überwiesen hat. Die Materie ist jetzt abschließend und grundsätzlich reichsrechtlich geregelt, die Zuständigkeiten sind klar. Von einem unzulässigen Eingriff in die Rechte der Länder kann bei dieser Sachlage keine Rede sein.

Der **Reichsminister des Innern** hat diese Aufgabe in vollem, **nie getrübten Einvernehmen mit dem Gesamtkabinett durchgeführt.** Es hat dabei kein Schwanken und kein Nachgeben vor Einflüssen von irgend einer Seite gegeben. Das einmal klar erkannte Ziel ist mit der in einer so wichtigen Sache unbedingt notwendigen Ruhe und Sachlichkeit erreicht worden.

Nachdem sich nach Erlaß der Verordnung vom 14. Juni 1932 gezeigt hatte, daß **einige Länderregierungen** nicht geneigt waren, ihre allgemeinen Umzugs- und Kleidungsverbote aufzuheben, wurde auf dem frühesten Termin, der möglich war, auf den 22. Juni d. J. eine Besprechung der Polizeiminister der Länder anberaumt in der nach ausgiebiger Aussprache der Reichsinnenminister an die Länder das Ersuchen richtete, von sich aus die der Reichspolitik widerstrebenden Verbote aufzuheben. Mit Rundschreiben vom 23. Juni ist dieses Ersuchen schriftlich wiederholt worden mit der Bitte, bis zum 28. Juni morgens die endgültige Antwort dem Reichsinnenminister zu übermitteln. Mit einigen Ländern haben in der Zwischenzeit noch mündliche Aussprachen stattgefunden. **Nachdem am 28. d. Mon. die Antworten vorlagen, und amtlich feststand, daß einige Regierungen an ihren allgemeinen Verboten festhielten, wurde der Verordnungsentwurf zur endgültigen Regelung dem Reichspräsidenten vorgelegt und von ihm vollzogen.**

Der Versuch, **zunächst im Verhandlungswege zwischen Reich und Ländern eine Verständigung zu erzielen,** ist mit Unrecht von einem Teil der Oeffentlichkeit getadelt worden, denn er entsprach nicht nur den bisher in Deutschland üblichen Gepflogenheiten des Verkehrs zwischen Reich und Ländern, sondern war **ein Gebot politischer Notwendigkeit.** Die Regierungen der deutschen Länder sind keine nachgeordneten Stellen des Reichsinnenministeriums, denen Befehle und Erlasse zugestellt werden, sondern selbständige verfassungsmäßige Organe der Glieder des Reiches. **Erst nachdem der Weg der Verhandlung nicht zum Ziel geführt hatte, schien eine reichsgesetzliche Regelung durch Verordnung am Platze.** Die in der Oeffentlichkeit fühlbare Aufregung, die besonders in Versammlungsreden und Presseäußerungen Süddeutschlands bedauerlicherweise zutage trat, entbehrt der inneren Berechtigung. Es handelt sich hier **nicht um eine angeblich willkürliche Vergewaltigung von Länderrechten,** sondern um die **reichsrechtliche Regelung einer innerpolitischen Frage für das ganze Reich, wie sie regelmäßig dann vorgenommen werden muß, wenn die Verschiedenartigkeit der Rechtsverhältnisse untragbar geworden ist.** Dieser Zustand war in der Behandlung großer, über das ganze Reich verbreiteter Parteien und Verbände zutage getreten und bedurfte dringend der Abhilfe. Die Maßnahmen der Reichsregierung waren auch nichts Neues. Die Verordnungen z. B. über das Verbot der einheitlichen Kleidung und die Aufhebung der SA. und SS. sind vor Monaten vom Reich gegen den Willen einzelner Länder erlassen und durchgeführt worden, ohne daß ein Einspruch gerade der Länder erfolgt wäre, deren Bevölkerung heute zum Teil in den neuen Verordnungen eine Vergewaltigung sehen zu müssen glaubt. Nach den Erklärungen der einzelnen Regierungen besteht bei der Reichsregierung kein Zweifel, **daß die neuen Verordnungen auf Reichsrecht auch loyal durchgeführt werden.**

Die vielfach geäußerten Bedenken gegen die wieder gewährten Freiheiten sind übertrieben. Es war vorauszusehen, daß in der Uebergangszeit hier und da Schwierigkeiten eintreten würden, bis die Oeffentlichkeit sich an die veränderten Verhältnisse gewöhnt hat. **Dieser Uebergang ist von kommunistischer Seite zu Ueberfällen und örtlichen Störungen der Ordnung planmäßig benutzt worden. Die energische Abweisung dieser Störungsversuche ist allein Sache der Länder, deren Polizei stark genug ist, diese Aufgabe zu erfüllen.** Die Reichsregierung hat zur Zeit keine Veranlassung, irgendwelche Ausnahme-Maßregeln zu ergreifen. Sie wird die Entwicklung genau beobachten, und, falls wider Erwarten die Gefahr ernster Ruhestörungen ihre Schatten vorauswerfen sollte, nicht zögern, das dann Notwendige zu tun.

An die **politischen Parteien** und die **Presse aller Richtungen** muß die **ernste Mahnung** ergehen, die Dinge ruhiger als bisher zu betrachten und zu besprechen. **Es liegt nicht im Interesse Deutschlands, das Gespenst von Unruhen immer wieder aus parteitaktischen Erwägungen an die Wand zu malen. In diesem Augenblick entscheidender außenpolitischer Verhandlungen sind Selbstdisziplin und Ruhe notwendiger denn je. Es ist zu hoffen, daß die Ruhe und Festigkeit, mit denen die Reichsregierung diese innerpolitischen Fragen heute behandelt, von der deutschen Oeffentlichkeit verstanden und auch von ihr gewahrt werden.**

Die heutigen Lausanner Verhandlungen.

Die Haltung der französischen Delegation zeigt bisher keine Ansätze zu einer großzügigen Lösung.

)(Lausanne. **Zu einem heute vormittag durch WTB. verbreiteten Communiqué stellt der Sonderberichterstatter des CNB. in Lausanne aus Kreisen der deutschen Delegation fest, daß die Haltung der französischen Delegation bisher keine Ansätze für eine großzügige, im Interesse Europas und der ganzen Welt liegende Lösung im Sinne der Ausführungen zeigt, wie sie in dem Communiqué wiedergegeben sind.**

Heute vormittag drei gleichzeitige deutsch-französische Besprechungen in Lausanne.

Lausanne. (Funkspruch.) **Im Laufe des heutigen Vormittags fanden drei gleichzeitige Besprechungen statt, bei denen sich der Reichskanzler und Herriot, der deutsche Wirtschaftsminister Prof. Warmbold und der französische Handelsminister Julien Durand, Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk und der französische Finanzminister getroffen haben. Die beiden ersten Unterredungen dauerten etwa eine Stunde und verliefen in freundschaftlicher Form; die dritte Unterredung dauert zur Stunde noch an.**

Heute nachmittag nochmalige Vermittlungsversuche MacDonalds.

Lausanne. (Funkspruch.) Das heutige Communiqué der deutschen Delegation bildet den Hauptgesprächsgegenstand in Konferenzkreisen. Die Meinung über die Bedeutung und die Möglichkeiten in der deutschen Stellungnahme sind bisher durchaus geteilt. **Während einzelne französische Kreise der Auffassung sind, daß es sich heute nachmittag nur um eine Besiegelung des Schicksals der Konferenz handelt, die vielleicht unter Einsetzung eines Komitees zur weiteren Ausarbeitung der bisherigen Pläne und Anregungen bis auf weiteres in Permanenz erklärt werden, sprachen andere von einer Sackgasse, aus der man nicht herauskomme, und versuchen, in der deutschen Haltung neue Elemente zu entdecken, die sich für die Konstruktion einer deutschen Verantwortung für einen Fehlschlag verwenden ließen.** In Wirklichkeit ist in dem Communiqué nur in recht klarer Form die Konsequenz aus dem Vergangenen gezogen worden und die eindeutige deutsche Linie neuerdings, diesmal für die Oeffentlichkeit herausgestellt worden.

Gutem Vernehmen nach hat **MacDonald** den **Reichskanzler** und **Herriot** gebeten, vor der heutigen Nachmittagssitzung der sechs Mächte und zwar um vier Uhr, **nochmals mit ihm zusammenzutreten, um bei dieser Gelegenheit seine Vermittlungsbemühungen fortzusetzen.**

Andererseits sind hier verschiedene **Abgeordnete der Linken aus Paris** eingetroffen, um Herriot vermutlich die Auffassung ihrer Gruppe und seine Verantwortung für den Fall fortgesetzter Intransigenz seiner Haltung vor Augen zu führen. Es ist kein Zweifel darüber, daß der trotz aller gegenteiligen planmäßig verbreiteten Aeußerungen in anderen Ländern **streng festgehaltene deutsche Standpunkt von**

der Unerläßlichkeit deutscher Reparationsstreichungen als Vorbedingung für eine wirtschaftliche Rekonstruktion Europas und der Welt in keinem Augenblick der Konferenz einen Wandel erfahren hat und daß alle daneben angeschnittenen Themen der zweiten Konferenzaufgabe eine Sicherung des weltwirtschaftlichen Wiederanstiegs bieten, der allen gemeinsame Vorteile und damit wirklichen und wertvollen Ersatz für Verzicht auf effektive Zahlen und Zahlungen bringen könnte.

Fortsetzung der vorstädtischen Kleinsiedlung.

)(**Berlin.** Wie bereits mitgeteilt wurde, hat die Reichsregierung zur Fortführung der vorstädtischen Kleinsiedlung auch für das Rechnungsjahr 1932 einen Betrag von 25 Millionen *RM* zur Verfügung gestellt. Ueber die Fortführung der Kleinsiedlung wird im einzelnen u. a. folgendes mitgeteilt:

1. Verteilung der neuen Mittel.

Auf Grund der inzwischen von den Ländern angeforderten Verteilungsvorschläge werden die als Träger des Verfahrens für den zweiten Bauabschnitt in Frage kommenden Gemeinden und Gemeindeverbände bis zum 10. Juli einen Vorbescheid über die Höhe der ihnen zugeteilten Mittel erhalten.

2. Die neuen Richtlinien und Verfahrens-Vorschriften.

Die Richtlinien und Verfahrens-Vorschriften für den zweiten Bauabschnitt sind unter möglichster Ausnutzung der bei der bisherigen Arbeit gewonnenen Erfahrung und unter tunlichster Berücksichtigung der Wünsche der als Träger der praktischen Arbeit in Frage kommenden Gemeinden, Gemeindeverbände und Gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen aufgestellt worden. Dem von verschiedenen Seiten geäußerten Wunsch auf Erhöhung des Baukosten-Höchstbetrages von 3000 *RM* konnte nicht entsprochen werden. Die für den ersten Bauabschnitt genehmigten Baupläne werden allgemein auf Grund der bisherigen Erfahrungen einer Nachprüfung unterzogen und vor allem den erhöhten Mindestraumgrößen der neuen Verfahrensvorschriften angepaßt werden müssen.

Besondere Vorteile sind für kinderreiche Siedler vorgesehen.

Die bisher beim Reichskommissar zentralisierte Prüfung der Siedlungspläne ist für den zweiten Bauabschnitt den Landeszentralbehörden oder den von ihm zu bestimmenden Stellen übertragen worden. Durch diese Dezentralisierung des Verfahrens soll zugleich die bevorstehende Ueberleitung der Geschäfte auf das Reichsarbeitsministerium vorbereitet werden. Auch für die Bereitstellung von Kleingärten sind neue Mittel eingestellt worden.

Bei einer entsprechenden Beschleunigung der Arbeit wird es möglich sein, auch den zweiten Bauabschnitt noch in diesem Jahre zur Durchführung zu bringen und damit die Vorteile des Siedlungswerkes weiteren 8000 Kleinsiedlern und 30 000 Kleingärtnern zugute kommen zu lassen, nachdem mit den Mitteln des ersten Bauabschnittes rund 18 000 vorstädtische Kleinsiedlungen und rund 250 000 Kleingärten gefördert werden konnten.

Zur Beschleunigung des Verfahrens werden alle Interessenten dringend gebeten, sich mit ihren Wünschen und Anträgen nur an die Gemeindebehörde ihres Wohnortes zu wenden.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 29. Juni 1932.

—* **Wettervorhersage für den 30. Juni 1932** (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Meist schwache Winde, vorwiegend aus westlichen Richtungen, größtenteils heiter, örtlich Nebel, warm, anfangs Gewitterneigung.

—* **Daten für den 30. Juni 1932.** Sonnenaufgang 3,47 Uhr. Sonnenuntergang 20,20 Uhr. Mondaufgang 0,39 Uhr. Monduntergang 17,43 Uhr.

1503: Kurfürst Johann Friedrich der Großmütige von Sachsen in Torgau geb. (gest. 1554).
1522: Der Humanist Johannes Reuchlin in Bad Liebenzell gest. (geb. 1455).
1807: Der Dichter Friedrich Theodor Vischer in Ludwigsburg geb. (gest. 1887).

*

—* Heute Abendmusik auf dem Rosenplatz. Der Riesaer Bläserchor (Ltg. F. Sielmann) veranstaltet in der Reihe seiner Platzkonzerte heute abend ½8 Uhr auf dem oberen Teil des Rosenplatzes eine Abendmusik. Wie nachstehende Vortragsfolge zeigt, dürfte sich ein Besuch dieser Veranstaltung ganz besonders lohnen.

Vortragsfolge:

1. Allein Gott in der Höh' sei Ehr, J. S. Bach
2. Die ganze Welt ist voll des Herrn Macht, Motette B. Klein
3. Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre, L. v. Beethoven
4. Zu Jesu will ich fröhlich stehn, Tonf. A. Müller
5. Gruß an Helgoland, Marsch, Tonf. A. Müller
6. Gruß aus Ober-Inntal, Tonf. A. Müller
7. Fahr wohl du Lenzesmorgen, Pfeil
8. Beim Holderstrauch, Th. Kirchner
9. In der Ferne, T. Silcher
10. Die Post im Walde, H. Schäffer
11. Waldandacht, Nach Franz Abt
12. Guten Abend, gut Nacht, Tonf. A. Müller

Aenderung der Vortragsfolge bleibt vorbehalten. Das Konzert findet nur bei günstiger Witterung statt.

—* **Polizeibericht.** In der Zeit vom 16. bis zum 23. 6. 1932 ist auf dem ehemaligen Pionier-Uebungswerk auf dem Gucklitz ein Arbeiteraufenthaltsraum erbrochen und daraus ein etwa 2 Meter langer Tisch mit sägebockartigem Untergestell und eine gleichlange aus rohen Brettern behelfsmäßig zusammengenagelte Bank gestohlen worden. — Weiter ist am Montag, den 27. 6. 32, aus dem Flur des Grundstückes Hauptstraße 38 ein Herrenfahrrad, Marke „Dromos", mit schwarz nachlackiertem Rahmen, englischem Lenker, gelben, mit schwarzen Streifen abgesetzten Stahlfelgen, Glocke mit der Aufschrift „Otto Mühlbach, Riesa", elektrischer Beleuchtung und roter Gummibereifung, gestohlen worden. Der Diebstahl ist nachmittags zwischen ½5 und ¼6 Uhr ausgeführt worden. — Mitteilungen über sachdienliche Wahrnehmungen erbittet der Kriminalposten.

—* **Elektricitätswerke-Betriebs-Aktien-Gesellschaft, Riesa.** (Konzern der Elektra, A.-G., Dresden.) Die Hauptversammlung vom 28. Juni genehmigte den Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1931 und die vorgeschlagene Dividende von 10 Prozent (im Vorjahre 12 Prozent). Der Gewinnanteil an den Aufsichtsrat wurde von 10 Prozent auf 7½ Prozent herabgesetzt. Der Aufsichtsrat wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung neu gewählt.

—* **Gültigkeit der Wohlfahrtswertzeichen verlängert.** Die Gültigkeit der Wohlfahrtswertzeichen zum Freimachen von Postsendungen ist bis Ende August verlängert worden.

—* **Verlängerung der Dauer von Ehrenämtern.** Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 25. Juni wird die Amtsdauer der Personen, die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes oder des Reichsknappschaftsgesetzes in ein Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer spätestens am 31. Dezember 1932 abläuft, um ein halbes Jahr verlängert.

—* **Die Kriegsrenten nach der Notverordnung.** Der Landesverband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen des Sächsischen Militärvereinsbundes (Kyffhäuser) in Dresden weist besonders darauf hin, daß die Kinderzulagen für Kriegsbeschädigte und die Kriegerwaisenrenten nach der neuesten Notverordnung vom 14. d. M. nur noch bis zum 15. Lebensjahre der Kinder bez. der Waisen gezahlt werden. Darüber hinaus können die Kinderzulagen und Waisenrenten nur noch gewährt werden, wenn sich die in Frage kommenden Kinder bez. Waisen noch in der Berufsausbildung befinden, oder wenn die Kinder bez. Waisen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechlichkeit unfähig sind, einem Erwerbe nachzugehen. Es ist nun zu erwarten, daß alle Kinderzulagen bez. Waisenrenten nach dem Reichsversorgungsgesetze ohne weiteres eingestellt werden, sobald die betreffenden Kinder oder Waisen das 15. Lebensjahr erfüllt haben. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, in allen Fällen noch laufender Berufsausbildung oder Gebrechlichkeit sofort beim zuständigen Versorgungsamte den Antrag auf Weitergewährung der genannten Versorgungsgebührnisse zu stellen, wenn die Voraussetzungen vorliegen. In allen Fällen, in denen Kinderzulagen oder Waisenrenten nach den alten Bestimmungen über das 18. Lebensjahr hinaus schon als Kannanspruch bewilligt worden sind und noch laufen, tritt zunächst keine Aenderung ein; es ist aber in nächster Zeit eine Nachprüfung dieser Bezüge zu erwarten. Eingehendere Auskünfte werden vom Landesverbande gern erteilt.

—* **Die Postbeamten tagen.** Der Reichsbund der mittleren Post- und Telegraphenbeamten hielt in Halle seinen Bundestag ab. Die Tagung war aus allen Teilen des Reichs und aus Danzig stark besucht. Einen großen Raum der Tagesordnung nahm die Wirkung der letzten Notverordnungen ein. Bei vollem Verständnis für die ungeheure Not von Volk und Staat müßten die mittleren Beamten jedoch Beseitigung des durch die Besoldungsreform von 1927 geschaffenen Unrechts fordern. Die stetige Einkommensminderung schwäche die Kaufkraft und schade damit der Wirtschaft und dem Staat. In Entschließungen faßte man die Stellung des Reichsbunds zu den verschiedenen Fragen zusammen. U. a. wird die Erweiterung des Tätigkeitsgebiets und der Beförderungsmöglichkeit für die Assistenten und Sekretäre gefordert.

—* **Der Reichsbund ehemaliger Wehrmachtangehörigen zur Siedlung und zum Arbeitsdienst.** Die sächsischen Ortsgruppen des Reichsbundes ehemaliger Wehrmachtsangehöriger e. V., Sitz Berlin, hielten am Montag in Dresden eine Tagung ab, in deren Mittelpunkt das Siedlungsproblem stand. Wie der Vorsitzende der Ortsgruppe Dresden, Ulrich, ausführte, sei an sich der ehemalige Soldat wohl mit der geeignetste Siedler, jedoch müßten Mittel und Wege gefunden werden, die ausscheidenden Kameraden vor gewissenlosen Bodenspekulanten zu schützen. Für die Führung von Kolonnen des freiwilligen Arbeitsdienstes sei der ehemalige Soldat besonders gut vorgebildet. Den Ortsgruppenvorständen wurde empfohlen, in der Frage der Siedlung und des Arbeitsdienstes eng mit den verschiedenen vaterländischen Organisationen zusammenzuarbeiten. Weiter sei die Verbindung mit der Truppe aufrecht zu erhalten, u. a. durch Zusammenarbeit mit den zuständigen Fürsorgeoffizieren. In Anbetracht der erst kurzen Dauer seines Bestehens habe der Reichsbund bereits erfreuliche Erfolge zu verzeichnen; er sehe die Verwirklichung seiner Ziele als ein Stück praktischer vaterländischer Arbeit an.

—* **Werwolf-Sachsenfahrt 1932.** Wenn am kommenden Sonnabend und Sonntag, den 2. und 3. Juli 1932 sich die Gliederungen des Werwolfs auf Fahrt zum Grenzlandtreffen Dresden—Sächsische Schweiz begeben, dann bewegen Leitung und Mitglieder drei hauptsächliche Gründe. Der erste beruht in der ideellen Grundauffassung des Werwolf in seiner soldatischen Zielstellung. Die Verwirtschaftung politischer und wirtschaftlicher Postulate in Deutschland hat die Frage der Wirtschaftsumstellung und des Parlamentarismus durch neue Form der Staatsordnung aufgeworfen. Einen Mahnruf deutscher Jugend, des Arbeiters, Bauern-, Handwerker- und Studententums, wie sie sich in gemeinschaftlicher Kampffront im Werwolf zusammengefügt hat, zu erheben, soll die Sachsenfahrt Gelegenheit bieten. Der Bundesführer selbst wird in einer Kundgebung am Sonnabend abend im Ausstellungspalast in Dresden den Fragen „Faschismus, Bolschewismus, Demokratie oder Diktatur" die Gedanken des Aristokratischen Einheitsstaates gegenüberstellen, während zur Fragenstellung Kapitalismus-Sozialismus durch die Darlegung der neuen Deutschen Wirtschaftsordnung, des „Possedismus" Antwort gegeben werden wird. Und schließlich soll die Sachsenfahrt ein Treubekenntnis zum Deutschen Volk ablegen. Den Grenzlanddeutschen, den durch machtpolitischen Zwang von uns getrennten Schwestern und Brüdern jenseits der Reichsgrenzen, wird ein Gruß gelten.

—* **Die Jagd geht auf — Vorsicht geboten!** Von der Sächsischen Jagdkammer e. V. wird uns geschrieben: „Am 1. Juli geht auch im Freistaat Sachsen die Jagd auf den Rehbock auf. Der Natur dieses Wildes entsprechend wird sie fast ausschließlich in den zeitigen Morgenstunden und gegen Abend ausgeübt. Da nun der weidgerechte Jäger einen Rehbock nur mit der Kugel schießt, würden Spaziergänger, die sich zur Jagdzeit im Walde, insbesondere außerhalb der öffentlichen Wege aufhalten, sehr leicht in den Gefahrenbereich der Kugelschüsse kommen, die einem Rehbock gelten. Selbst bei größter Vorsicht und Sorgfalt kann ein auf dem Anstande sitzender oder im Walde pirschender Jäger diese Gefahr nicht ausschalten. Deshalb möchten wir an alle Wanderer die dringende Bitte richten, im eigensten Interesse zu den erwähnten Tageszeiten den Wald nicht außerhalb der öffentlichen Wege zu betreten."

—* **Die Bekämpfung der Fahrraddiebstähle.** Wie alljährlich, so hat auch jetzt wieder bei Eintritt der warmen Jahreszeit die Zahl der Fahrraddiebstähle ganz erheblich zugenommen. Tausende von Fahrrädern werden allwöchentlich in den Großstädten gestohlen. Die Bestohlenen sind durchweg Erwerbslose bezw. solche Personen, die in niedrigerem Verdienst stehen und für die der Besitz von Fahrrädern eine erhebliche Ersparnis von Unkosten bedeutet. Die Kriminalpolizei hat wiederholt im Interesse von Fahrradbesitzern darauf hingewiesen, daß den Fahrraddieben ihr unsauberes Handwerk wesentlich dadurch erleichtert wird, daß immer wieder Räder ohne Aufsicht auf Plätzen, an Straßen und in Hausfluren aufgestellt werden. Für viele bedeutet diese Art der Aufstellung von Fahrrädern eine schwere Versuchung zur Begehung von Fahrraddiebstählen. Radbesitzer sollten in eigenem Interesse niemals — auch nicht für kurze Zeit — ihre Räder ohne Aufsicht an den genannten Stellen stehen lassen. Fahrraddiebe pflegen fast immer zu versuchen, die Räder sofort zu versetzen bezw. an dritte Personen zu verkaufen. Die Kriminalpolizei warnt in gegebener Veranlassung dringend davon, Räder in Pfand zu nehmen oder anzukaufen, deren Herkunft nicht zweifelsfrei feststeht. Zuwiderhandelnde setzen sich nicht nur zivilrechtlicher Regreßpflicht gegenüber dem jeweiligen rechtmäßigen Eigentümer aus, sondern laufen Gefahr, wegen Hehlerei oder Begünstigung strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden. Die Arbeit der Kriminalpolizei zur Ermittlung von Fahrraddieben und zur Feststellung der bestohlenen Fahrradbesitzer würde wesentlich erleichtert, wenn der jeweilige Radbesitzer sich die Fahrradmarke und die Nummer seines Rades notierte. Bei den Verwahrstellen der Polizei befinden sich zahlreiche beschlagnahmte Fahrräder, deren rechtmäßige Eigentümer sich nur deshalb noch nicht feststellen ließen, weil bestohlene Personen bei Anzeigeerstattung weder Marken noch Nummer ihrer Räder angeben konnten.

—* **Schutz dem Johanniswedel.** Eine prachtvolle Spiraee entfaltet jetzt ihre feingliedrigen Rispen von zartgelblicher Farbe an den Ufern unserer Bäche und an nicht zu trockenen Hängen. Es ist der Johanniswedel oder Waldgeisbart (Aruncus silvester). Meterhoch erheben sich die feingebauten Stengel, deren gefiederte Blätter zu den winzigen Blüten, die aber zu Hunderten zusammenstehen, eine wirkungsvolle Ergänzung bilden. Erst bei genauerer Betrachtung erweist sich die stolze, schöne Pflanze als zu den Rosen gehörig. Seit alten Zeiten ist es üblich, zum Johannisfeste die Gräber der Verstorbenen mit dieser prächtigen Sommerstaude zu schmücken. Gegen solche alten Volkssitten läßt sich ganz gewiß nichts einwenden, stammen doch auch die dazu verwendeten Pflanzen wohl stets aus der heimatlichen Flur. In den Städten weiß man freilich von dieser alten Sitte nichts mehr. Es werden ja auch so mannigfaltige Blumen von unseren Gärtnereien angeboten. Trotzdem wandern jetzt aber sehr viele dieser Pflanzen in die Städte. Mancher Spaziergänger glaubt, sich zur Erinnerung an den Sonntagsspaziergang einen mächtigen Busch mitnehmen zu müssen. Fast triebhaft pflücken viele da draußen, eine verödete, zerstörte Natur zurücklassend, sind es doch viel mehr, die sich heute auf eine solche Flur verteilen, und ist doch auch die Begehrlichkeit in dieser Beziehung gewachsen. Aber nicht genug damit. Tragkorbweise werden die zarten Stengel auf den Markt zum Verkauf gebracht und oft genug von gedankenlosen Menschen auch gekauft. Es ist gewiß jedem in dieser schweren Zeit ein Verdienst zu gönnen. Das darf aber nicht so weit gehen, daß damit eine übermäßige Beraubung der Natur eintritt. Treiben wir diesen Raubbau an der Schönheit der Natur nur kurze Zeit weiter, so ist diese schöne Pflanze gänzlich ausgerottet. Dann kann sich auch niemand mehr einen Verdienst mit ihr verschaffen, und der Schönheit sind wir dazu noch ledig. Es ergeht darum an alle, die die Natur als unser letztes, unveräußerliches

Hundert Jahre Wilhelm Busch.

Von Hans Balzer.*)

Drei literarische Jubiläen erster Ordnung galt es in diesem Winter zu feiern: Goethes 100. Todestag, Wilhelm Raabes und Wilhelm Buschs 100. Geburtstag.

Vielleicht ist die Bemerkung nicht ganz von der Hand zu weisen, daß der Name Wilhelm Buschs in diesem Triumvirat ein wenig zu leicht genommen und bei den offiziellen Feiern zu kurz gekommen ist. Ertragen könnte er es schließlich, denn die wahre Liebe des Volkes zu seinen Dichtern zeigt sich nicht in den Feiern zu den runden Geburtstagen, sondern in der lebendigen Anteilnahme an ihren Werken. Und da darf Wilhelm Busch wohl zufrieden sein. Die zünftige Literaturwissenschaft allerdings hätte einige Ursache, die Gelegenheit des 100. Geburtstages des Meisters zum Anlaß zu nehmen, grobe Unterlassungssünden wieder gutzumachen. Denn es ist kaum übertrieben, wenn man behauptet, daß eine Zusammenstellung dessen, was die Literaturgeschichten über Busch zu sagen wissen — von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen — eigentlich nichts anderes sein würde als ein derbes Sündenregister dieser Wissenschaft.

Man schreibt so oft darüber, daß das deutsche Volk vielen seiner Dichter die verdiente Popularität versage, aber im Falle Busch darf man den Spieß umkehren und sich darüber wundern, daß die Wissenschaft diesen Künstler mit sehr mageren Worten abzutun pflegt, obwohl er durch die ungeheuere Verbreitung seiner Schriften den Beweis dafür erbracht hat, daß er sein Volk irgendwie ins Herz getroffen haben muß.

Selbstverständlich ist die Auflagenzahl seiner Werke kein Maßstab für den Wert eines Dichters. Es gibt unbedeutende, ja wertlose Bücher, die wegen irgendeines aktuellen Reizes eine phantastische Verbreitung erleben. Aber das ist immer nur für kurze Zeit, denn die Tatsache ist unbezweifelbar, daß ein Volk sich wohl für den Augenblick blenden, aber nie auf die Dauer täuschen läßt.

Wenn man beim Erscheinen der Bücher Buschs, die alle wie Bomben einschlugen, auch noch im Zweifel sein konnte über den letzten Wert dieser anscheinend so leicht geschürzten Musenkinder, heute ist der Abstand groß genug, um sagen zu können, sagen zu müssen, daß hier dem deutschen Volke ein ganz großes Geschenk gemacht wurde, ein unverlierbares, von dauerndem Wert.

Woran es liegt, daß man sich gemeinhin Wilhelm Busch wohl gern als den guten drolligen Onkel des deutschen Volkes gefallen läßt, dem die Schnurrpfeifereien nur so aus allen Taschen lugen, sich aber nicht der Tatsache bewußt wird, daß hier ein ganz eigener Geist von höchster künstlerischer Kraft am Werke ist, der Dutzende von denen in den Sack steckt, die in den Literaturgeschichten das Vielfache des Platzes einnehmen, der ihm gewährt wird, das ist nicht leicht zu sagen.

Es ist sicher kein böser Wille, der dahinter steckt, mir scheints in der Hauptsache Bequemlichkeit zu sein. Als Kind hat man seinen Busch gelesen und geliebt, später nimmt man sich kaum die Mühe mehr, einmal ernstlich nachzuschauen, was es denn eigentlich mit diesen Dingen auf sich hat, die mit so unwiderstehlicher Lebenskraft nun schon Generationen erheitert und beglückt haben. Und gar an das, was da noch etwa vorhanden ist, was einem als Kind unzugänglich war, geht man erst recht nicht heran, denn was könnte Wilhelm Busch wohl noch an Offenbarungen bringen, wenn man den Max und Moritz, die Fromme Helene und all die anderen Bildergeschichten kennt!

So bleibt denn den meisten verborgen, daß es einige Bändchen ungewöhnlich tiefer und glänzend geformter Problemlyrik von Wilhelm Busch gibt — von dem ungeheueren zeichnerischen Werk soll hier gar nicht geredet werden — und darüber hinaus — als dichterisch Wertvollstes — sogar Prosabücher, die schon manchen in helle Begeisterung versetzten, dem der Zufall diese zu Unrecht so vernachlässigten Werkchen in die Hände spielte.

In der Tat, es wäre an der Zeit, die allgemeine Einschätzung des großen Humoristen bedeutend aufzuwerten, bisher ist die wahre Erkenntnis seines Wesens und seiner Kunst nur sehr vereinzelt anzutreffen.

Doch, was hilft alles reden! „Vergebens predigt Salomo, die Leute machens doch nicht so", sagt Busch. Aber die Zeit ist für ihn. Vielleicht muß man bis zu seinem 200. Geburtstag warten, um es zu erleben, daß es ins allgemeine Bewußtsein gedrungen ist, wer Wilhelm Busch eigentlich war.

*) Der Verfasser dieses Artikels gibt am 5. Juli 1932 im „Wettiner Hof" Riesa, einen Wilhelm-Busch-Abend als Nachfeier zum 100. Geburtstag des großen deutschen Humoristen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Gut noch lieben, die dringende Bitte, sich an diesem Raube nicht zu beteiligen, ihn aber auch nicht durch Ankauf dieser Sträuße zu unterstützen.

* **Lichtensee.** Am Sonnabend hielt der Männergesangverein von Lichtensee seine 2. Quartalsversammlung im Gasthof Tiefenau ab. Der Vorsitzende, Herr Reichsförster Müller, begrüßte die zahlreich erschienenen Sänger. Die Tagesordnung wurde glatt erledigt. Alsdann hielt der Liedermeister, Herr Kantor Vogel, eine Ansprache über die deutsche Heimat und ermahnte schließlich, der Heimat treu zu bleiben. Nachdem ergriff der Vorsitzende des Militärvereins von Wülknitz, Herr Mehle, das Wort zu einer längeren Rede. Er begrüßte die fröhliche Stimmung und griff noch einmal zurück auf die Bedeutung des Johannistages, an dem es eine schöne Sitte sei, die Gräber zu schmücken. Weiter sprach er von den wogenden Aehrenfeldern, die doch des Landmannes Freude seien, der nun bald mit der Sense über die Felder schreiten würde, um abzuernten, was er ausgesät und verglich den Schnitter mit dem Schnitter Tod, der täglich abmähe jung und alt, reich und arm. Im Gedenken an die gefallenen Helden im Feindesland wurde ermahnt, allen Parteigeist beiseite zu lassen und miteinander treudeutsch und einig zu sein. Anschließend wurde das Deutschlandlied gesungen.

Calbitz. Schwerer Unfall beim Heueinfahren. Am Sonnabend gegen 6 Uhr verunglückte ein 19jähriger Wirtschaftsgehilfe, der beim Gutsbesitzer Müller beschäftigt ist, schwer. Der Wirtschaftsgehilfe hatte eine Fuhre Heu einzufahren. Als er mit dem beladenen Wagen in das Hoftor einfuhr, geriet der Wagen gegen einen Torpfeiler. Der Pfeiler stürzte und riß das Tor und einen Teil der Mauer mit sich. Der Wirtschaftsgehilfe geriet unter die stürzende Masse und trug einen Ober- und Unterschenkelbruch, eine Gehirnerschütterung und weitere schwere Verletzungen davon. Er wurde mit dem Bezirkskrankenwagen ins Oschatzer Krankenhaus überführt.

* **Oschatz.** In seiner fünften diesjährigen Sitzung am Mittwoch erledigte der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Oschatz mehrere Gesuche und Anträge. Trotz großen Bedenken wurde der Haushaltplan einstimmig angenommen. Darauf wurde davon Mitteilung gemacht, daß der Prüfungsausschuß des Landtags nach Gohlis gekommen sei, um über eine von dieser Gemeinde an den Landtag gerichteten Eingabe an Ort und Stelle zu beraten, die die Umbezirkung des sog. Lagers C in den Gutsbezirk Zeithain verlangt. Der Ausschuß sei noch zu keiner Entschließung gekommen. Der Vorsitzende wurde vom Bezirksausschuß beauftragt, beim Innenministerium dringend dahin vorstellig zu werden, daß die Lasten, die die Wohlfahrtspflege im Lager C dem Bezirksverband und der Gemeinde auferlegt, diesen dauernd und in voller Höhe abgenommen werden.

Luppa. Um das Wild zu vertreiben. Eine strafbare Handlung ließen sich einige Landwirte am Sonntag dadurch zuschulden kommen, daß sie auf den an den staatlichen Forst Wendischluppa grenzenden Ländereien Feuer anzündeten, um die Hirsche durch Rauchentwicklung zu vertreiben. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß diese Handlungen verboten sind und derjenige, der in der Nähe von Wald Feuer anzündet, bestraft wird. (Dr. Nachr.)

Großenhain. Ein gemeiner Streich ist hier in der Nacht zum Montag verübt worden. An einer der am Hauptmarkt stationierten Kraftdroschke hat ein bisher unbekannter Täter das Verdeck mit einem scharfen Schneidewerkzeug (vermutlich Schustermesser) zerschlitzt. Dadurch entstand dem Wagenbesitzer natürlich ein erheblicher Schaden.

Mischwitz. In letzter Zeit wurden Frauen und noch schulpflichtige Mädchen durch junge Männer in schamloser Weise unsittlich belästigt. Die Burschen, die getrennt auftreten und von denen einer ein Fahrrad bei sich führte, lauern weibliche Personen am Wege nach Mischwitz auf. Bisher konnten sich Kinder durch die Flucht vor Tätlichkeiten retten, einer älteren Einwohnerin wurde jedoch in unerhörter Weise entgegengetreten. Die Unholde, vor denen gewarnt wird, haben Mischwitz in Richtung Meißen verlassen. Bei ihrem Wiederauftreten benachrichtige man die Polizei.

* **Dresden. Politische Zusammenstöße in Dresden. Zwei Schwer-, zahlreiche Leichtverletzte. Wie vom Polizeipräsidium auf Anfrage mitgeteilt wird, kam es in Vorstadt Löbtau in der Gegend der Siebenlehner und der Hohenzollernstraße zu politischen Schlägereien, bei denen zwei Personen schwer und mehrere leicht verletzt wurden. In der siebenten Abendstunde sammelte sich dort die Standarte 100 der NSDAP. zu einem Werbemarsch. Die nach dem Sammelplatz strömenden Nationalsozialisten wurden teilweise von politischen Gegnern angegriffen und belästigt. Schließlich entstand eine Schlägerei. Ein 27jähriger Kraftwagenführer und ein 28jähriger Gärtner, beide Mitglieder der SPD., erhielten Rücken- bezw. innere Verletzungen und mußten durch Krankenwagen nach dem Krankenhaus Friedrichstadt gebracht werden.**

* Dresden. Ein räuberischer Schneiderlehrling. In der Nacht zum 16. Juni wurde, wie berichtet, ein Schneidermeister in seiner Wohnung auf der Grunaer Straße von einem Unbekannten überfallen und durch Schläge auf den Kopf verletzt. Von dem Täter, der nur 8 Mark Bargeld entwendet hatte, fehlte zunächst jede Spur. Von der Kriminalpolizei wurde seinerzeit festgestellt, daß die Wohnungstür nicht mit Nachschlüsseln oder anderen Werkzeugen geöffnet worden war. Der Täter mußte sich demnach schon vorher in die Wohnung eingeschlichen haben. Umfangreiche Erörterungen bestätigten diese Annahme und führten schließlich zu dem überraschenden Ergebnis, daß ein 17 Jahre alter Lehrling des Schneidermeisters die Tat ausgeführt hatte. Der junge Mann ist voll geständig.

* Dresden. Schwerer Verkehrsunfall. Am Dienstag mittag ereignete sich am Zwingerteich ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Radfahrer, der zwischen zwei Autos hindurchkommen wollte, streifte das eine Auto und stieß mit dem Kopf durch die Windschutzscheibe. Er erlitt Armbrüche und innere Verletzungen. Der Wagenführer, der scharf bremste, stieß ebenfalls durch die Windschutzscheibe und zog sich schwere Schnittwunden am Halse zu. Die beiden Verletzten wurden dem Krankenhause zugeführt.

* Freital. Eine Erwiderung der Stadtverwaltung. In Presseberichten über die Verhandlung vor dem Sächsischen Oberverwaltungsgericht über die Gültigkeit des sächsischen Volksentscheids war eine Behauptung erwähnt worden, daß in Freital zwei Beamte Fürsorgeunterstützungsempfängern mit Entziehung der Rente gedroht hätten, falls sie sich am Volksentscheid beteiligen sollten. Hierzu wird uns vom Rat der Stadt Freital mitgeteilt: Es trifft nicht zu, daß zwei Beamte Fürsorgeunterstützungsempfängern mit Entziehung der Rente gedroht haben, falls sie sich am Volksentscheid beteiligen sollten. Zutreffend ist, daß gegen zwei ehrenamtliche Wohlfahrtspfleger ein solcher Vorwurf erhoben worden ist. Auf Antrag dieser Wohlfahrtspfleger ist gegen den Verbreiter dieser Behauptung Strafantrag gestellt worden, weil sie bestreiten, die angedeutete Haltung eingenommen zu haben. Das gerichtliche Verfahren ist noch im Gange.

* **Freital. Zwangsräumung. Bei der Zwangsräumung einer Wohnung am Raschelberg kam es am Montag zu erheblichen Ausschreitungen, die von Kommunisten veranlaßt waren. Eine Menge von mehreren 100 Personen versuchte den Abtransport der Möbel zu verhindern, und bedrohte die Polizei derart, daß Verstärkung aus Dresden herbeigeholt werden mußte. Schließlich gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.**

* **Radeburg. Hier nimmt die Bisamrattenplage in diesem Jahre größere Ausmaße an. In der Röder wurden dieser Tage nicht weniger als zehn der Tiere beobachtet. Auf einer Wiese am Flusse brach sogar ein Pferd ein, weil die Ratten den Boden unterwühlt hatten. Vorläufig ist es noch nicht gelungen, die Tiere erfolgreich zu bekämpfen.**

* **Bautzen. Das tausendjährige Bautzen behandelte ein Vortrag, der am Dienstag zur Verabschiedung des um die Oberlausitzer Altertumskunde sehr verdienten Kreishauptmanns Dr. Waentig in der Gesellschaft für Vorgeschichte in Bautzen vor Mitgliedern und Gästen von Dr. Frenzel gehalten wurde. Zwischen 929 und 932 sei die Oberlausitz erstmals in staatsrechtliche Beziehung zum Deutschen Reich gekommen. Damals bestanden schon die Burg von Bautzen und verschiedene Dörfer auf jetzigem Stadtgrund. Schon die ersten hundert Jahre umfassen eine wechselvolle Geschichte, die bis jetzt noch sehr wenig bekannt geworden sei.**

* Weißenberg (Lausitz). Gewitterschäden. Die Gewitter am Wochenende haben hier schweren Schaden angerichtet. Lichtleitungen und Fernsprechanlagen wurden beschädigt und Radioapparate zerstört. Der in Strömen niedergehende Regen setzte Felder und Wiesen unter Wasser. Die Heuernte hat durch die häufigen schweren Nierderschläge sehr gelitten; auch der Roggen liegt stellenweise am Boden.

* **Nerchau. Fünfzig Jahre Schützengesellschaft. Die Schützengesellschaft Nerchau beging in diesen Tagen die Feier ihres 50jährigen Bestehens. Zahlreiche auswärtige Gilden nahmen an der Jubelfeier teil. Der Festzug am Sonntag zählte etwa 600 Teilnehmer mit 17 Fahnen. Die Königswürde für das Jubiläumsjahr errang der Besitzer des Gasthauses „Deutsches Haus" Arno Pfütze. 1893 wurde das Schützenhaus geweiht. 1902 entstand die „Schützen-Eskadron". 1930 wurde ein unterirdischer Schießstand errichtet.**

* Wurzen. Der Grimma-Oschatzer Feuerwehrbezirksverband, der 56 Wehren mit 2200 Mitgliedern umfaßt, hielt vom Sonnabend bis zum Montag in Wurzen seinen 51. Bezirkstag ab. In Verbindung damit beging die Wurzener Freiwillige Feuerwehr ihr 75jähriges Bestehen. Als Festgabe der Stadt wurde der jubilierenden Wehr ein neuer Mannschaftswagen übergeben. Auf dem Wagen können neben dem Feuerwehrgerät 1800 Meter Schlauch mitgeführt werden. Durch ein Zusatzgerät dient der neue Wagen gleichzeitig als Motorspritze. Mit der Indienststellung dieses Wagens kann die Wurzener Wehr bei großen Bränden sechs Schlauchleitungen mehr als bisher einsetzen. Am neu vorgerichteten Geräteschuppen wurde eine Gedenktafel für die gefallenen Wehrleute enthüllt. Die Festrede auf dem großen Feuerwehrkommers hielt Oberstudiendirektor Gürtler. Am Festzuge am Sonntag nahmen etwa 1000 Wehrleute mit 15 Kapellen teil. Den Verhandlungen des Verbandstages wohnte neben zahlreichen andern Vertretern der Behörden und Verbände auch Amtshauptmann Etienne aus Grimma bei. Als Ort für den Verbandstag 1933 wurde Grimma bestimmt.

* Leipzig. Neue schwere Ueberfälle auf Nationalsozialisten. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 28. Juni 1932 gegen Mittag wurde die Polizei davon in Kenntnis gesetzt, daß im Ranstädter Steinweg ein Nationalsozialist, als er auf seinem Fahrrad von einem Kraftwagen überholt worden war, aus diesem heraus beschossen worden sei. Der Verletzte erlitt am Knie einen Steckschuß und ist noch bis zur Katharinenstraße gefahren. Dann hat er sich in ärztliche Behandlung begeben. — Am 28. Juni in der ersten Stunde nachmittag sind in der Salomonstraße zwei Nationalsozialisten von einem größeren Trupp Kommunisten überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt worden. Dem hinzugerufenen Ueberfallkommando glückte es, noch 20 Kommunisten festzunehmen und dem Polizeipräsidium zuzuführen.

* **Brandis. Eine Schützenhalle. Am Sonntag wurde die neue Schützenhalle der Brandiser Schützengesellschaft durch den Ortspfarrer Anger feierlich geweiht. Die Halle, die ein Ausmaß von 28 mal 15 Meter hat, soll auch den Behörden und andern Heimatvereinen für Veranstaltungen zur Verfügung stehen.**

* Leipzig. Versuchter Ueberfall auf eine Hausangestellte. Am 27. Juni erschien in einem Grundstück in der Hempelstraße ein unbekannter Mann. Er klingelte an einer Wohnung und fragte die zum Vorsaalfenster hinausschauende Angestellte, ob der Herr Doktor zu Hause sei. Als die Frage verneint wurde, sagte er, er komme, um die Lebensversicherungsbeiträge zu kassieren. Die Hausangestellte hatte die Tür geöffnet und bemerkte zum Unbekannten, daß sie nicht bezahlen könne. Als sie sich zurückziehen und die Vorsaaltür schließen wollte, schlug sie der Unbekannte mit einem Gegenstand über den Kopf. Es gelang ihr noch, die Tür zu schließen. Der Täter ergriff dann die Flucht und ist unerkannt entkommen.

* Leipzig. Ein Fahrradmarder bestraft. Das Gemeinsame Schöffengericht verurteilte den 19mal vorbestraften 27 Jahre alten landwirtschaftlichen Praktikanten Ludwig Kern aus Würzburg wegen Rückfalldiebstahls zu 2½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust. Am 10. Februar 1932 wurde Kern aus dem Zuchthaus Straubing nach Verbüßung von zwei Jahren Zuchthaus entlassen. Da Kern Stadtverweis erhalten hatte, mußte er Straubing verlassen. Er kam im April 1932 nach Leipzig. Da er hier keine Arbeit fand, stahl er im April 1932 23 Fahrräder, die er verkaufte. Von dem Erlös bestritt er seinen Lebensunterhalt.

* **Chemnitz. Den Verletzungen erlegen. Am Sonnabend waren Ecke Uhland- und Alexanderstraße zwei Radfahrer zusammengestoßen. Einer von ihnen, ein 50 Jahre alter Arbeiter, hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß er tags darauf im Krankenhaus verstarb.**

* Rochsburg. Selbstmord eines Brandstifters. Der in eine Brandstiftungsangelegenheit verwickelte 65 Jahre alte Arbeiter Friedrich Eidner, der vor einigen Tagen aus der Untersuchungshaft in Chemnitz entlassen worden war, hat sich jetzt, wahrscheinlich aus Furcht vor Strafe, erhängt.

* Schellerhau bei Kipsdorf i. Erzgeb. Der Schellerhauer Gebirgsgarten des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz erfreut sich nunmehr, nachdem Hunderte von Pflanzen in herrlicher Blüte stehen, wieder zahlreichen Besuchs aus der engeren und weiteren Umgebung, und die Sommergäste, die in Schellerhau einziehen, können wieder die Pflanzenschätze dieses vom verstorbenen Geheimen Schulrat Sieber geschaffenen Gebirgsgartens bewundern. Man lernt dort eine reiche Pflanzenwelt kennen, die man bei Ausflügen in Feld und Wald sehen, aber als Laie schwer bestimmen kann. Schmucke Porzellanschildchen mit dem deutschen und botanischen Namen der einzelnen Arten helfen im Schellerhauer Pflanzengarten bald das Rätsel lösen. Die in Sachsen geschützten Pflanzenarten werden je auf einem besonderen Beete in größeren Beständen vorgeführt. Besonders reichhaltig und sehenswert ist das Quartier der Alpenpflanzen, die in der Höhenlage Schellerhaus von rund 750 Meter ganz prächtig gedeihen. Von Mai bis August herrscht dort oben, fast auf dem Kamm des Erzgebirges, eine ununterbrochene Blüte. Eine Fülle von Farbenreichtum bewundert man, wie er nur selten anzutreffen ist. Der Besuch des Gartens ist kostenlos. Der staatliche Autobus der Linie Kipsdorf—Bärenfels fährt bis vor die Gartentür.

* Oberoderwitz. Zwei Todesopfer der Gehirngrippe. Hier verstarben am Sonnabend nach kurzem Krankenlager ein 12jähriges Mädchen und eine 23jährige Schneiderin an Gehirngrippe. Ueber weitere Krankheitsfälle ist noch nichts bekannt geworden.

* Oberschlema. In den Tod. Am 28. April d. J. war der Fleischerlehrling Werner aus Schneeberg, der in Oberschlema beschäftigt war, von seinem Arbeitgeber mit einem Auftrag nach Neustädtel geschickt worden. Der junge Mann kehrte nicht mehr zurück und blieb verschollen. Nunmehr fand man ihn im Schönheider Staatsforstrevier erhängt auf. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, ist noch unbekannt.

* **Oberschlema. Tödlicher Motorradunfall. In der Nacht zum Sonntag fuhr auf der Schneeberg—Auer Staatsstraße der Motorradfahrer Eger aus Schneeberg gegen einen Baum. Eger wurde ins Auer Stadtkrankenhaus gebracht, wo er bald darauf verstarb. Sein Soziusfahrer kam mit leichteren Verletzungen davon. Ein Radfahrer, der an der Unglücksstelle von Eger angefahren wurde, erlitt einen Schlüsselbeinbruch.**

* **Lunzenau. Militärvereins-Jubiläen. Der hiesige Militärverein konnte auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken. — In Anwesenheit des Amtshauptmanns Freiherr von Welck-Glauchau konnte der Militärverein Oberwiera sein 50jähriges Fahnenjubiläum begehen.**

* Zwickau. Der älteste Veteran des Zwickauer Bezirks gestorben. In seinem 92. Lebensjahre starb hier der Bauunternehmer Joseph Rademacher. Er war Feldzugsteilnehmer von 1864, 1866 und 1870/71 und der älteste Veteran des Militärvereinsbezirks Zwickau.

*

* St. Joachimsthal. Das Zaubermittel von St. Joachimsthal. Vor etwa 14 Tagen wurden an der böhmisch-sächsischen Grenze zwei Männer angehalten, die Rückstände aus der Radiumgewinnung nach Sachsen paschen wollten. Die Untersuchung ergab die Mitschuld des Kaufmanns Liebig, des Wachmannes Stransky und vier Bergarbeiterpensionisten, die die wertvollen Rückstände aus der staatlichen Uranfabrik in St. Joachimsthal entwendet hatten. Insgesamt wurden acht Verhaftungen vorgenommen. Schon lange vor der Entdeckung des Radiums durch Madame Curie, also schon vor mehr als 30 Jahren, sind in Nordwestböhmen und im benachbarten Sachsen die sogenannten Joachimstaler Päckchen verkauft worden, denen der Volksmund die besondere und erprobte Wirkung zusprach, die erlöschende Manneskraft wieder aufzufrischen. Verkäufer dieser Päckchen, die nichts anderes enthielten als den Haldenstaub aus dem St. Joachimsthaler Bergwerk, waren zumeist alte Grubenarbeiter, die sich mit dem Verschleiß des Zaubermittels einen ganz ansehnlichen Zuschuß zu ihrem kargen Ruhestand verdienen konnten. Die von Madame Curie eingeleitete Radiumforschung brachte auch für die Aktivität der Joachimsthaler Päckchen eine plausible Erklärung, merkwürdigerweise aber auch gleichzeitig ein immer mehr verlöschendes Interesse an dem alten Bergmannsmittel. Erst in den letzten Jahren soll die Erinnerung an die gute alte Zeit wieder wach geworden sein. Was aber damals in St. Joachimsthal umsonst zu haben war, der Haldenstaub, das kostet jetzt viel Geld, heißt Radiumrückstand und steht unter strenger staatlicher Bergaufsicht. Deshalb auch mußten es die Männer von St. Joachimsthal, die die Menschheit wieder mit den Segnungen der Zauberpäckchen beglücken wollten, hintenherum beziehen. Die Grenzbeamten haben ein aussichtsvolles, deutschenverheißendes Geschäft vorzeitig gestört.

Um die Mietzinssteuersenkung.

* Dresden. Die Vertreter des **Landesverbandes Sachsen im Bunde Deutscher Mietervereine e. V.** (Sitz Dresden) und die Vertreter der **in Sachsen tätigen Gewerkschaften** aller Richtungen hatten dieser Tage eine Unterredung mit Ministerpräsident Schieck, Innen- und Arbeitsminister Richter und zugezogenen Regierungsvertretern wegen der Mietzinssteuersenkung und des Ausgleichs über Fürsorgemittel für wirtschaftlich schwache Mieter, sowie wegen der Senkung der Neubau- und der Altwohnungsmieten. Von seiten der Minister wurde darauf hingewiesen, daß reichsgesetzliche und finanzielle Erschwernisse anderen Lösungen als den zur Zeit bestehenden entgegenständen, daß aber die sächsische Regierung bemüht gewesen sei, für die besonders gearteten sächsischen Verhältnisse so viel als möglich herauszuholen, und daß es auch nach wie vor ihre besondere Sorge sein werde, den wirtschaftlich schwachen Mietern zu helfen, insbesondere Mittel zur Unterstützung der Neubaumieter und zur Senkung ihrer Mieten zur Verfügung zu stellen. Die sächsische Regierung glaubt nicht, daß eine Verordnung des Reiches über eine Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft ohne vorherige Verständigung mit den Ländern erfolgen werde. Die Regierung sei auch der Ueberzeugung, daß eine weitere Lockerung des Mieterschutzes für kleinere Wohnungen bei den bestehenden Verhältnissen mindestens für Sachsen zur Zeit gar nicht in Frage kommen könne

Gemeindepolitik

7,4 Millionen RM Fehlbetrag in Dresden

Die Dresdener Stadtverordneten nahmen zustimmend von einer Ratsvorlage Kenntnis, wonach die Stadt Dresden im Rechnungsjahr 1932 für die Staatstheater einen Beitrag von 769 810 RM leisten soll. Eine längere Debatte entspann sich über einen sozialdemokratischen Antrag, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die wirtschaftliche Notverordnung vom 14. Juni ds. Js., soweit sie die sozialen Leistungen herabsetzt, rückgängig gemacht wird. Der Antrag wurde mit einem sozialdemokratischen Zusatzantrag, allen Sozialrentnern und Kriegsopfern, deren Bezüge gekürzt worden sind, die Differenz bis zur Höhe der Bedarfssätze der gehobenen Fürsorge auszuzahlen, mit 60 gegen 10 Stimmen der Rechten angenommen. — Die Ratsvorlage über den städtischen Haushaltsplan wurde an den Finanzausschuß zurückverwiesen. Der Haushaltsplanentwurf schließt in der vom Gesamtrat beschlossenen Fassung mit 145 458 727 RM Ausgabe, 138 040 311 RM Einnahme, also mit einem Fehlbetrag von 7 418 416 RM ab. Die Ausgabensumme ist um 8 743 426 RM niedriger als im Vorjahr. Bei der Bürgersteuer ist ein Zuschlag von 400 Prozent (bisher 300 Prozent) zum Landessatz vorgesehen.

Pflichtverletzung eines gemeindlichen Kreditausschusses

Auf eine Aufsichtsbeschwerde des Stadtverordnetenvorstehers Ott über den Stadtrat wegen Pflichtverletzung bei der Gewährung von Krediten an eine Firma hat die Amtshauptmannschaft Stollberg festgestellt, daß erhebliche Pflichtverletzungen des Vorsitzenden und sämtlicher Mitglieder des Kreditausschusses der Girokasse Zwönitz vorliegen. Der Bürgermeister als verantwortlicher Leiter hatte von den Kreditüberschreitungen Kenntnis gehabt und trotzdem es unterlassen, das Konto in Ordnung zu bringen. Die Ueberziehungen belaufen sich auf etwa 20 000 RM.

SLUB
Wir führen Wissen.

Inlett

die **bekannt guten** Marken, **echt türkisch rot** und garantiert **federdicht**

Bettfedern

doppelt gereinigt, überaus **füllkräftige weiche** Qualität empfiehlt zu **neuesten niedrigsten** Preisen

Emil Förster

Hauptstr. 53, schrägüber Stadtapotheke

Rabattmarken Rabattmarken

---

fast unzerreißbar!

Damenstrümpfe, künstl. Waschseide, extra feinmaschig oder prima Seidenflor oder echt ägypt. Mako 0.95

Damenstrümpfe, Flor mit künstl. Seide platt., strapazierfähige Qualität in farb. und schwarz 0.95

Damenstrümpfe, künstl. Waschseide, sehr kräftige solide Ausführung, nur moderne Farben mit 4fachem Fuß 1.25

1 Riesenposten modernste Damenstrümpfe in feinmaschiger künstlicher Waschseide mit englischer Sohle und dem modernen Zwickel nur neueste Farben
Regulärer Preis Mk. 2.25
Ausnahmepreis 1.55

„GBL" Lotte, Damenstrümpfe, extra starke Florsohle, mit neuer Slendoferse und Zehenverstärkung 1.50

„GBL" Ilse, Damenstrümpfe, ein Strumpf von fabelhafter Haltbarkeit, natürlich mit allen Verstärkungen u. 6fach. Sohle 1.95

„GBL" Lissy, Luxusstrümpfe mit 6facher lederstarker engl. Sohle, Spitzhochferse u. Verstärkungen an all. Strapazierstellen 2.50

Damen-Rollsöckchen aus prima Mako, weiß und farbig 0.55

Damen-Rollsöckchen mit 3fach. Woll- od. Flor-Ringelrand farbig und weiß mit dezenten Kanten 0.85

Herren-Socken in Flor oder Mako mit künstl. Seide platt., mit 4- und 6facher Sohle, mod. Must., 1.95, 1.55, 0.95, 0.75 0.45

Herren-Socken, 3fach, echt ägypt. Mako **0.85**

Kinderstrümpfe, 1×1 gestrickt, Ia Strapazier-Qualität, moderne Farben

2	3	4	5	6	7	8	9 Gr.
15	20	25	30	35	40	45	50 Pfg.

Kinder-Rollsöckchen weiß und farbig

Gr. 4×5	6×7	8
Pfg. 30	35	40

Kinder-Rollsöckchen und Wadenstrümpfe in feinstem Flor mit buntem Wollrand Gr. 1 **0.25,** jede weitere Größe 0.05 mehr

Chemnitzer STRUMPF LAGER

Hauptstraße 101
Das führende Strumpfspezialgeschäft von Riesa

Roten Einmache-Zucker

Pfund 48 Pfg. zum Einmachen von Erdbeeren, Kirschen, Johannisbeeren, Himbeeren usw., zur Bereitung von Marmeladen und Gelees.

Paul Starke, am Rathausplatz
Zuckergroßhandlung
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Gestern vormittag verschied unser lieber Vater

Herr Ferdinand Kracht

im 76. Lebensjahre.

Riesa, Poppitzer Str. 24
am 29. Juni 1932.

In stiller Trauer
Familie Oehmig
Familie Dressel.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. 7. 32, 2 Uhr von der Halle aus statt.

12% Rabatt!

Vom 29. Juni bis 2. Juli

doppelte Rabattmarken

auf Gero-Qualitäts-Kaffee!

Pfund von 2,— bis 4,— RM.

GERLING & ROCKSTROH

Riesa, Hauptstraße 75.

Geschäftsverlegung.

Meiner hochverehrten Kundschaft von Stadt und Land die ergebene Mitteilung, daß ich mit heutigem Tage mein

Spezial-Putzgeschäft

von Hauptstraße 71 nach

Breite Straße 4

eine halbe Minute von der Autobushaltestelle Rosenplatz verlegte.

Ich danke für das mir während meines 35jähr. Bestehens bewiesene Wohlwollen. Es wird auch fernerhin mein eifrigstes Bestreben sein, meine verehrte Kundschaft stets zufrieden zu stellen durch

geschmackvolle Ausführung
reichhaltigste Auswahl
und zeitgemäße Preise

Hochachtungsvoll

Hedwig Haenelt
Putzmachermeisterin.

Staubbindende
Fußboden-Öele
in jeder Preislage,
in jedem Quantum,
Fußboden-Wachs
in bester Ware,
als auch billigste Sorte zu Warenhauspreisen empf.
F. W. Thomas & Sohn
Seifen, neb. Riesaer Bank.

Gebr. D.-Fahrrad
zu kauf. ges. Angeb. mit Ang. von Marke u. Preis u. N 2398 a. d. Tgbl. Riesa.

Eine kleine Anzeige im Riesaer Tageblatt unter Reisegefährten brachte rasch dieser Kleeblatt zusammen.

Wem einzeln reisen einsam ist,
wer frohe Freunde da vermißt,
soll wandeln auf dem rechten Pfad,
soll suchen sie durchs Inserat!

Vereinsnachrichten

Stahlhelm. Freitag, den 1. Juli, Monatsappell 20 Uhr Elbterrasse. Anzug: Kluft. — Näheres Monatsplan.

Verein der Beamten der vorm. S. St.-E.-B. Schluß für die Einzeichnung zum Sonderzug 1. Juli 1932.

Junglandbund Riesa. Sonnabend, den 2. 7. 1932, 8 Uhr in der Elbterrasse Mitgliederversammlung. Ausflug nach Mittweida am 10. 7. 1932.

Billig wie immer — und doch gut

Ein Schaufenster zeigt:
schöne, duftige Sommerstoffe . . . . . Meter nur **40 ₰**
Zefir für Sporthemden und Hauskleider . . . . . **39 ₰**

Fritz Kretzschmar am Durchgang

Portemonnaie
heute vorm. gefund. Abzuh.
W. Dietrich, Poppitz.

Gl. Zimmer als Schlafstelle frei
Meißner Str. 2.

Mädchen v. 15–17 Jhr.
zur Aufwartung gesucht
F. Grunert, Verleihgeschäft
Hauptstraße 6, 1.

17–18jähriges Mädchen
für Landwirtschaft bei Famil.-Anschluß gesucht. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

---

1 Mädchen v. 17—19 Jhr. in die Landwirtsch. gesucht. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Jüngeren Knecht
sucht **Marle, Bahra.**

Herr gesucht z. Vertrieb unserer Zigarren. **H. Jürgensen & Co., Hamburg 22.**

Heideschuppen
hat in großen u. kleinen Posten abzugeben
C. A. Böttger, Münchritz.

Gebr. Sportwagen
zu kauf. ges. Ang. u. P 2399 an das Tageblatt Riesa.

---

5 To. Hille-Lastkraftwagen
5½×2 m Bodenfläche, sehr gut erhalten, gibt billigst ab
Stadtfrachter Meinig
Chemnitz, Michaelstr. 8.

Mod. 6teil. Küche !
mit Aufwaschtisch 120.-
gute Chaiselongues v. 20.-
Federbetten v. 10.- u. and.
An- u. Verkauf Rosenplatz 2.

„Nordseehalle"
Pestalozzistraße 9 und Goethestraße 37
empfiehlt
täglich frisch geräucherte hochfeine fettriefende
neue Bücklinge
Ia Seefische
täglich frisch auf Eis.

Gasthof Moritz
Morgen Donnerstag
Dielentanz.

Morgen Donnerstag
Schlachtfest.
M. Knöfel, Bhf. Röderau

Hotel Casino
Zeithain-Lager.
Morgen Donnerstag
Tanz im Freien.
Es spielt die beliebte Kapelle Hans Beier.
Frdl. lad. ein Oskar Moritz.

Morgen Donnerstag
Schlachtfest
½9 Wellfleisch,
Semmelleberwürstchen.
Ernst Leopold, Parkstr. 23

Zahle Geld zurück, wenn „Perrol" nicht Hühneraugen, Warzen und Hornhaut beseitigt. Fl. 75 ₰
Zu haben bei Friseur **Rich. Goldig,** Hauptstr. 61.

Wo gehen wir am Sonntag hin?
zum Sommernachts-Ball im Gasthof Heyda

Familiendrucksachen liefern schnellstens
Langer & Winterlich, Riesa, Goethestr. 59

Achtung

Durch besonders günstigen Einkauf bin ich in der Lage einen großen Posten Wirtschafts-Schürzen **enorm billig** abzugeben

Ernst Müller Nachflg.
Inh. Paul Wende
Rabattmarken

Sonder-Ausstellung

einer reichhaltigen Kollektion farbenprächtiger und qualitätsreicher Teppiche und Brücken der weltbekannten

„Tefzet"-Teppich-Fabriken

und ihres Spezial-Erzeugnisses, des

Tefzet-Orient

handgewebt, mottensicher, farbecht

Ernst Mittag, am Capitol

Für die so zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und Verehrung in Wort und Schrift, für den herrlichen Blumenschmuck, erhebenden Gesang und ehrendes Geleit beim Heimgange unsres lieben Entschlafenen, des Herrn Böttchermeister

Oswald Lauschke

Friedensrichter in Gröba

sagen wir hierdurch allen den herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Familie Oswald Lauschke.

Schulhaus Pochra, 28. 6. 32.

Erdbeer-Marmelade bereiten Sie

mit **Opekta**
Säle aus Früchten gewonnen

Rezept

3½ Pfund Erdbeeren und 3½ Pfund Zucker (doch keinesfalls weniger) ohne Wasser zum Kochen bringen und 10 Minuten brausend durchkochen. Hierauf eine Normalflasche Opekta „flüssig" zu 86 Pfg. sowie den Saft einer Zitrone hineinrühren u. sofort in Gläser füllen. Genaueste Kochanweisung mit Rezepten liegt jeder Flasche bei. Vorsicht beim Opekta-Einkauf! Nicht zu verwechseln mit ähnlich lautenden Geliermitteln. Opekta ist nur echt mit dem dampfenden 10-Minuten-Topf.

Achtung! Rundfunk! Sie hören über die Sender des Mitteldeutschen Rundfunks jeden Mittwochvormittag von 11.45 bis 12.00 Uhr den sehr interessanten Lehrvortrag „10 Minuten für die fortschrittliche Hausfrau" aus der Opekta-Küche. — Rezeptdurchgabe!

Trocken-Opekta ist Opekta in Pulverform von gleich hoher Qualität wie Opekta flüssig. Beutel zu 25 Pfg. für etwa 2 Pfd. Marmelade, und Kartons zu 45 Pfg. für etwa 4 Pfd. Marmelade. Genaue Rezepte liegen jeder Packung bei.

Vielseitiges Kochbuch mit über 100 ausführlichen Rezepten für Marmeladen, Gelees, Tortenübergüsse, Eis und Süßspeisen in den Geschäften erhältlich oder gegen Voreinsendung von 20 Pfg. in Briefmarken von der OPEKTA-GESELLSCHAFT M. B. H., KÖLN-RIEHL 674

Opekta in allen Drogerien und Lebensmittelgeschäften

Der Tod aus der Luft.

Rotes Kreuz und chemischer Luftkrieg.

Von Oberstleutnant a. D. Draudt, Vizepräsident des Deutschen Roten Kreuzes und der Liga der Rotkreuzgesellschaften.

Die Vorbereitung von praktischen Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung bei Anwendung des chemischen Luftkrieges ist in erster Linie eine nationale Aufgabe. Kostenaufbringung und Durchführung bedürfen ausschließlich nationaler Exekutive.

Gleichwohl hat sich auch hier das Internationale Rote Kreuz in sogenannten Sachverständigenkommissionen mit den Fragen des praktischen Schutzes beschäftigt und versucht, die als beste anerkannten Schutzmaßnahmen der nationalen Durchführung zu empfehlen. Es ist hierbei auch das Mittel des internationalen Wettbewerbes angewandt worden. Bisher kam nur ein derartiger Wettbewerb über die Auffindung eines Reagens gegen Yperitgas in der Luft zur Ausschreibung, und zwar mit negativem Erfolg. Die Jury, die sich aus ersten Chemikern und Wissenschaftlern verschiedener Länder zusammensetzte — deutscher Sachverständiger war Professor Haber — tagte im April 1931 im Chemischen Institut der Universität von Paris und legte ihre Beschlüsse in einem offiziellen Protokoll nieder. Dabei erwies sich keines der eingereichten Verfahren als beweiskräftig und das als Jury amtierende internationale Schiedsgericht nahm Gelegenheit, auf die unübersehbaren Gefahren hinzuweisen, die „ein neuer, mit allen Mitteln der Technik geführter Krieg" für die menschliche Zivilisation heraufbeschwören würde.

Andere Preisausschreiben über die beste Gasmaske und den besten Massenunterstand wurden von internationaler Seite geplant, sie sind jedoch bisher nicht zur Durchführung gekommen. Sieht man auf die bisherigen Bemühungen zurück, so ergibt sich die Frage, ob überhaupt der Versuch einer internationalen Standardisierung von Abwehr- oder Schutzmitteln dem Tempo der Erfindung von Angriffsmitteln Schritt zu halten vermag. Die Eindrücke, die ich aus den Beratungen der Abrüstungskonferenz gewonnen habe, scheinen diese Frage zu verneinen. Es ist von zahlreichen maßgebenden Rednern ohne weiteres zugegeben worden, daß die heutige Technik den **Angriffswaffen eine unbedingte Ueberlegenheit über die Verteidigungswaffen** gibt.

Wenn also der praktische Schutz der Zivilbevölkerung gegen den aerochemischen Krieg nach meinem Dafürhalten vorwiegend eine nationale Aufgabe bleiben muß, so ist der Weg der völkerrechtlichen Kodifikationen bedingungslos auf die internationale Verständigung angewiesen. Und gerade hier können die Verdienste des Internationalen Roten Kreuzes nicht genug anerkannt werden. Ich verweise auf die Berichte in den „Blättern des Deutschen Roten Kreuzes" über den bisherigen Werdegang der internationalen Rotkreuzarbeit im Zusammenhang mit dem aerochemischen Krieg. Den Grund legten die Beschlüsse der Internationalen Rotkreuzkonferenzen, die den Gaskrieg verurteilten und entsprechend die Ratifizierung des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 propagierten, das ganz allgemein die Anwendung von giftigen und bakteriologischen Waffen verbietet. Dabei war es von besonderer Bedeutung, daß die Beratungen des Roten Kreuzes bald zu der Erkenntnis führten, daß nicht der Gaskrieg allein die Zivilbevölkerung gefährde, sondern daß die eigentliche Gefahr in der **Kombination von Gas- und Luftkrieg**, ja vorwiegend in dem Luftangriff bestehe. Seit diese Erkenntnis laut geworden ist, steht nur noch das Gesamtthema Gas-Luftkrieg zur Diskussion und man hat eingesehen, daß die Ratifikation des Genfer Protokolls zur Verdammung des Gaskrieges allein nicht mehr genügt.

Um in kurzen Worten das bisherige Ergebnis der internationalen Rotkreuzberatungen zum Ausdruck zu bringen, wie es aus den internationalen Rotkreuzkonferenzen, aus Sachverständigenkommissionen und aus wissenschaftlichen Juristengutachten hervorgegangen ist, so besteht es in der klaren Erkenntnis, daß die Anwendung der Luft- und Gaswaffe im Kriege die Zivilbevölkerung schärfsten Gefahren aussetzt, **gegen die es einen wirksamen Schutz nicht gibt.** Die logische Schlußfolgerung hier ist die Forderung des Internationalen Roten Kreuzes, daß der aerochemische Krieg in Vorbereitung und Anwendung durch Staatenabkommen mit **völkerrechtlicher Kraft verboten** wird. In diesem Sinne hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz durch eine Vorlage vom 18. Februar 1932 an die Abrüstungskonferenz appelliert. Es hat dabei ein Dokument überreicht, in dem die bisherigen Arbeitsergebnisse des Roten Kreuzes aus den Untersuchungen des Problems niedergelegt sind.

Welchen Erfolg dieser Appell auslösen wird, ist nicht vorauszusagen. Doch auch der Skeptiker muß anerkennen, daß es ein für die Gesamtentwicklung des Rüstungsproblems wesentliches Verdienst des Roten Kreuzes ist, das Schutzrecht der Zivilbevölkerung im Kriege vor der Oeffentlichkeit vertreten und die offiziellen Gremien gezwungen zu haben, dieses Problem in ihre Beratungen einzubeziehen. Vielleicht ist es heute schwerer denn je, an eine Besserung der Verhältnisse und Menschen zu glauben. Aber gerade das Rote Kreuz hätte keine Daseinsberechtigung, wenn es nicht unbeirrt seine Arbeit fortsetzen und diese Arbeit auf Vertrauen und Glauben gründen würde.

Adolf Hitler über die Reichseinheit.

)(**München.** Im Mittelpunkt der gestrigen Schlußsitzung der Gauleitertagung der NSDAP. standen Ausführungen Adolf Hitlers, der erklärte, **der nationalsozialistischen Bewegung sei durch die Auflehnung gewisser geschäftsführender Länderregierungen gegen das Reich und durch die offene Kriegserklärung einflußreicher Mitglieder der Bayerischen Volkspartei an das Reich die Aufgabe zugewachsen, Wahrerin der Reichseinheit zu sein.** Die NSDAP. nehme den Kampf für die unzertrennbare Einheit des Deutschen Reiches auf und werde die Einheit mit aller Energie und ihr zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen. Insbesondere in Bayern werde sie der Eckpfeiler sein, an dem sich die Feinde des Reiches die Köpfe einstoßen würden. Die treibenden Kräfte dieser Bestrebungen seien nicht mit dem bayerischen Volke zu verwechseln.

Reichs-Etat wird durch Notverordnung verkündet.

Bedeutsame Etat-Verhandlungen im Reichsrat.

vdz. Der Reichsrat nahm am Mittwoch nach mehrwöchiger Vorbereitung in den Reichsrats-Ausschüssen den Reichs-Etat für 1932 ohne eigentliche Debatte auf der Grundlage der Ausschußbeschlüsse an. Diese Etatsitzung des Reichsrats begegnete größtem Interesse, weil sie als Ersatz für die vorläufig ausgefallenen Etatverhandlungen des Reichstags gewertet wurde. Alles, was in den langen Ausschußverhandlungen der Reichsrat zu dem Etat festgestellt hatte, teilte Generalberichterstatter Min.-Direktor **Dr. Brecht** in einem längeren Referat mit. Bei Schilderung des Zahlenmaterials hob er hervor, **daß der Fehlbetrag aller Vorjahre jetzt mit insgesamt 1690 Millionen RM. ausgewiesen werde.** Trotz aller Ersparnisse sei eine gesunde Entwicklung für die Zukunft noch nicht gesichert. Er gedachte auch der **Schulden in Milliardenhöhe,** die das Reich an die Länder habe. Die Reichsrats-Ausschüsse hätten in das Haushalts-Gesetz die Bestimmung gebracht, daß 70 Millionen RM. Vorzugsaktien der Reichsbahn auf die für Uebertragung der Eisenbahnen zu entschädigenden Länder verteilt werden sollten.

Außenpolitisch bedeutsam waren die Worte, die der Generalberichterstatter als Antwort an den französischen Ministerpräsidenten Herriot wegen dessen Behauptung fand, **daß bei einer Streichung der Reparationen Deutschland ein zu starker Wettbewerber am internationalen Markt sein würde.** Dr. Brecht bezeichnete es, ohne den Namen Herriot zu nennen, als Irrtum, zu sagen, daß wir eine Vorzugsstellung im internationalen Wettbewerb hätten, weil unsere inneren Schulden geringer seien als die Englands und Frankreichs. **Allerdings seien weit mehr als 100 Milliarden Goldmark solcher Schulden durch die Inflation niedergeschlagen.** Das Reich sei dadurch als Schuldner entlastet; aber in demselben Maße **sei die Bevölkerung finanziell verarmt.** Außerdem verwies er auf die **gesteigerten Wohlfahrtslasten** und bemerkte, daß Deutschland seinen äußeren Gläubigern sechs bis acht Mal soviel gezahlt habe wie seinen inneren Gläubigern. Bei den neuen scharfen Sparmaßnahmen des Reichs würden auch ohne die Reparationen die Ausgaben für 1932 gegenüber 1930 noch um 20 Prozent gesenkt. Von den **Netto-Ausgaben des Reichs mit insgesamt 8,173 Milliarden** verblieben nach Abzug der Ausgaben für die Liquidation des Krieges, für den Schuldendienst und die Versorgung noch 4,956 Milliarden, von denen 2,961 Milliarden an Länder und Gemeinden gingen, einschließlich von 652 Millionen für Wohlfahrtsbeihilfen. Für die eigentlichen Sachaufgaben des Reichs verblieben danach nur noch 1,995 Milliarden. Davon entfielen u. a. auf die Wehrmacht 744 Millionen, auf soziale Zwecke (abgesehen von den Leistungen an die Länder) 934 Millionen. **Der Gesamtbetrag für die deutschen Sachaufgaben sei geringer als die Summe, die Frankreich, England oder Amerika jedes allein für ihre Wehrmacht ausgeben.** Was die **Einnahmen** anlange, so blieben sie angesichts der Wirtschaftskatastrophe trotz der inzwischen neu eingeführten Abgaben **um ein Viertel unter dem Höchststande von 1928.** Schlimmer noch hätten sich die Einnahmen von **Ländern** und **Gemeinden** entwickelt. Allein die Steuerüberweisungen des Reiches an Preußen seien für 1932 um fast 40 Prozent geringer als 1930. Die Reichsregierung sei sich durchaus bewußt, daß bei ihren Steuerschätzungen für 1932 noch 200 bis 300 Millionen mit einem Fragezeichen zu versehen seien. **Das Bedenkliche sei, daß höhere oder neue Abgaben trotz zu erwartender weiterer Ausgaben auch für den schlimmsten Fall kaum mehr in Reserve ständen.** Angesichts der entscheidenden Rolle der Arbeitslosenfrage für die öffentlichen Finanzen **habe Preußen beantragt, umgehend Maßnahmen zur Kürzung der Arbeitszeit zu treffen und die dadurch frei werdenden Mittel zur zusätzlichen Arbeitsbeschaffung, Beseitigung von sozialen Härten und überhöhten Abgaben zu verwenden.** Angesichts der Kürze der Zeit habe Preußen sich damit begnügt, den Antrag als Material zu überreichen.

Der Generalberichterstatter verwies darauf, daß die Reichsregierung die Sätze des **Osthilfe-Gesetzes** für die Osthilfe im Etat nicht glaubte einhalten zu können. **Die Reichsrats-Ausschüsse hätten die Ansätze für die Ostsiedlung um zwölf Millionen, für Frachtenerleichterung und andere Maßnahmen ebenfalls um mehrere Millionen erhöht,** ferner zur **Stützung des Metallerzbergbaus** 8 statt 6 Millionen eingestellt und zur Deckung dieser Mehrausgaben beschlossen, **in diesem Jahre die 20 Millionen für Einlösung von Rentenmarkschinen zu streichen.** Abgesetzt seien u. a. 200 000 Mark für Freifahrtkarten wegen der Tarifermäßigungen, **ferner 153 000 RM. für Beteiligung am Völkerbund, weil nach Ansicht des Reichsrats der dortige Apparat zu teuer sei.** Zugesetzt seien 200 000 RM. Erziehungsbeihilfe für Minderbemittelte, 95 000 Mark für Technische Nothilfe, 200 000 M. Reichsbeitrag für den Ersatz des abgebrannten Glaspalastes in München. Genehmigt seien die 1,5 Millionen für die Ertüchtigung der Jugend, nachdem der Reichsinnenminister erklärt habe, daß die geplanten Maßnahmen auf überparteilicher Grundlage gedacht seien. Im **Reichsernährungsministerium** seien 27 Millionen für das landwirtschaftliche Marktwesen und die Absatzförderung, sowie 40 Millionen für Förderung der Getreidebewegung bewilligt.

In Entschließungen des Reichsrats, die gleichfalls mit dem Etat angenommen wurden, wird u. a. verlangt, **daß die Einnahmen aus dem höheren Benzin-Zoll usw. zum Teil den Ländern für die Wegeunterhaltung überwiesen würden und daß ein Ausgleich zwischen der verschiedenartigen Behandlung der Beamten usw. im Reich und den Ländern anzustreben sei.**

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. **Zarden** teilte dann u. a. mit, **daß die Reichsregierung den Etat für 1932, vorbehaltlich der Feststellung als Gesetz, jetzt als Plan durch Notverordnung in Kraft setzen wolle und dabei soweit wie möglich den Wünschen des Reichsrats Rechnung tragen werde.** Die Reichsregierung werde sich nun den organisatorischen Aufgaben zuwenden können, insbesondere der **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.** Die entscheidenden Beratungen würden beginnen, **sobald die deutsche Delegation aus Lausanne zurückgekommen sei.** — Reichsinnenminister **Frhr. v. Gayl** erklärte zur **Osthilfe,** daß die Reichsregierung nur unter Hintansetzung größter Bedenken die im Osthilfegesetz festgelegten Mindestbeträge im Etat herabgesetzt habe. Diese Ausfälle sollten aber durch Nachbewilligungen wieder ausgeglichen werden, sobald die Finanzlage des Reiches dies gestatte. Damit würden der Bevölkerung des Ostens die durch das Fünf-Jahresprogramm des Osthilfe-Gesetzes vorgesehenen Bewilligungen im Endergebnis gesichert bleiben. Vor allem solle die Erleichterung der kommunalen Lasten im bisherigen Umfang auch 1932 gewährleistet werden. Gegebenenfalls werde die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Titel zur Aufrechterhaltung der Maßnahmen verhelfen und etwaige Härten aus anderen Teilen des Programms wettmachen lassen. **Die Reichsregierung halte somit die Zusagen des Osthilfe-Gesetzes aufrecht, müsse jedoch die Ausführung der Maßnahmen nach Maßgabe der vorhandenen Mittel zum Teil auf künftige Haushaltsjahre verteilen.**

Neue Erschwerung für die Zulassung ausländischer Filme.

vdz. In seiner Sitzung erledigte der **Reichsrat** neben dem Etat für 1932 noch eine Reihe anderer Angelegenheiten. Für den infolge Ernennung zum Reichsinnenminister ausgeschiedenen Frhr. v. Gayl trat **Graf zu Eulenburg** als Vertreter Ostpreußens in den Reichsrat ein; sein Stellvertreter wurde der Oberbürgermeister von Königsberg **Dr. Lohmeyer.** Für den gleichfalls aus dem Reichsrat ausgeschiedenen Dr. Poetzsch-Heffter wurde **der sächsische Ministerialrat Hardraht** als Reichsratsvertreter in den Aufsichtsrat der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten entsandt. Angenommen wurde die Novelle zum Gesetz über die **Bekämpfung der Reblaus,** wonach den Winzern statt der bisherigen Barentschädigungen auch die zur Bekämpfung benötigten Pflanzenmaterialien zur Verfügung gestellt werden können. Eine für die Praxis weniger bedeutsame Paßnovelle fand gleichfalls Annahme. Der Gesetzentwurf über die **Vorführung ausländischer Bildstreifen** wurde um ein Jahr bis 30. Juni 1933 verlängert und zugleich eine neue Vorschrift über die **Zulassung ausländischer Bildstreifen** angenommen, die erschwerende Bestimmungen bringt. Es wird in dieser Vorschrift klargestellt, wann ein Film als deutscher anzusprechen sei und gesagt, daß jeder andere Bildstreifen unter die Kontingent-Bestimmungen falle. Deutsche Filme müssen danach u. a. folgende Merkmale aufweisen: Die Atelier-Aufnahmen und, soweit der verfilmte Gegenstand es erlaubt, auch die Außenaufnahmen, sind in Deutschland herzustellen; Manuskript und Musik müssen von Deutschen verfaßt sein; Produktionsleiter, Regisseure und 75 Prozent der Mitwirkenden müssen Deutsche sein. Ferner muß die nachträgliche Unterlegung der deutschen Sprache in Deutschland durchgeführt werden. Generell kann die Zulassung ausländischer Bildstreifen verweigert werden, wenn deren Hersteller trotz Verwarnung durch die zuständigen deutschen Stellen Filme in der Welt weitervertreiben, die dem deutschen Ansehen abträgliche Tendenz oder Wirkung haben oder die in einem Staate hergestellt sind, in dem die Verwertung deutscher Bildstreifen unter erschwerende Bedingungen gestellt ist.

Zugestimmt wurde der Zuteilung eines Zusatzkontingents von 120 000 Hektoliter Weingeist an die **Sulfit-Spiritus-G.m.b.H.,** nachdem der Reichsinnenminister erklärt hatte, daß die Reichsregierung demnächst entscheidende Beschlüsse in Bezug auf Erhöhung des Beimischungszwanges treffen werde. Die Gültigkeitsdauer von Umsatzsteuer-Vergünstigungen für Ostpreußen wurde um zwei Jahre verlängert.

Nächste Sitzung 7. Juli.

Am lachenden Gesicht

erkennt man den Bulgaria-Raucher. Denn das ist die Zigarette für alle, die Freude an einer frischen, vollen, hochwertigen Qualität haben.

Bulgaria Sport, die **3⅓** der Bulgaria

6 Zigaretten 20 Pfg. mit Sport-Photos

Sächsischer Landtag.

Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung angenommen.

Dresden, 29. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Vollsitzung am Dienstag brachte Abg. Hermann (Kom.) einen Antrag gegen den in letzter Zeit angeblich stärker gewordenen Straßenterror ein. Es wird verlangt, daß die Regierung sofort Maßnahmen dagegen ergreife und die dabei schuldigen Polizeibeamten streng bestrafe. Präsident Weckel erklärte, daß der Antrag noch nicht gedruckt vorliege, mithin laut Geschäftsordnung noch nicht behandelt werden könne. Ferner gab der Präsident auf einen Einspruch des Abg. Dönicke (Natf.) bekannt, daß dessen Ausschluß von fünf Sitzungen infolge der Vorgänge in der Vollsitzung vom 23. dieses Monats nicht eine Maßnahme des Landtagsvorstandes darstelle, sondern daß sie auf Grund der Geschäftsordnung automatisch erfolgen mußte.

Abg. Dieckmann (DVP) eröffnete hierauf die Aussprache über die in voriger Sitzung nichterledigten Tagesordnungspunkte. Er sprach zunächst zum Antrag Arndt (Soz.) gegen die Notverordnung der Reichsregierung und zu einem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung. Der sozialdemokratische Antrag fordert schärfsten Einspruch Sachsens gegen die Notverordnung der Reichsregierung mit dem Ziele, die Kürzung der Unterstützungssätze bei der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsfürsorge rückgängig zu machen und alle Maßnahmen, die eine Belastung der unteren Volksschichten mit sich bringen, zu unterbinden.

Abg. Dieckmann (DVP) lehnte den kommunistischen Antrag ab, weil weder der Sächsische Landtag, noch die Sächsische Regierung die zuständigen Stellen dafür seien. Doch könne die DVP der Reichsregierung ihre Unterstützung nicht gewähren, nachdem sie festgestellt habe, daß die Reichsregierung nicht gewillt oder in der Lage sei zu einer großzügigen Neuregelung der deutschen Lage. Darum werde sie teilweise für den sozialdemokratischen Antrag stimmen, und zwar soweit er gegen die wirtschaftlichen Notverordnungen Einspruch erhebe. Der Redner beantragte, die Regierung zu veranlassen, bei der Reichsregierung gegen die neuen steuerlichen Belastungen weitester Kreise und besonders gegen die Kürzung der Unterstützungssätze Einspruch zu erheben.

Abg. Geiser (Soz.) wandte sich in scharfen Worten gegen die Nationalsozialisten. Es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Abg. Krahl (Natf.), dem u. a. von der Linken „Esel" zugerufen wurde. Vizepräsident Bretschneider erteilte eine Reihe von Ordnungsrufen.

Als Abg. Studentkowski (Natf.) dem Abg. Geiser antworten wollte, kam es zu ungeheurem Lärm auf den Bänken der Linken, so daß sich der Redner nur schwer verständlich machen konnte. Präsident Weckel mußte wiederholt eingreifen und drohte mit Unterbrechung der Sitzung. Abg. Studentkowski machte den Sozialdemokraten in sarkastischer Weise klar, daß sie wahrscheinlich Hindenburg nicht gewählt hätten, wenn sie gewußt hätten, daß er sie so enttäuschen würde.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Sindermann (Kom.) und einem Schlußwort des Abg. Arndt (Soz.) kam es zur namentlichen Abstimmung.

Der kommunistische Antrag, der Regierung von Papen das Mißtrauen des Sächsischen Landtages zu bekunden, wurde in Abwesenheit der nationalsozialistischen Fraktion mit 44 gegen 27 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen. Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag gegen die Notverordnung der Reichsregierung wurde zunächst ein vorliegender weitergehender Abänderungsantrag der Sozialdemokraten angenommen. Damit waren die anderen Anträge in dieser Sache erledigt.

Dem Haus ist eine Vorlage über eine Vereinbarung zwischen dem Sächsischen Staat und den derzeitigen Rentenberechtigten der Sekundogeniturrente wegen der Entscheidung des Rechtsstreites über deren Aufwertung zugegangen. Die Regierung verzichtete auf eine Begründung der Vorlage. Die Abgeordneten Sindermann (Kom.) und Neu (Soz.) sprachen gegen die Vorlage, die dem Rechtsausschuß überwiesen wurde.

Zu einem von der Regierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über das

Steuerrecht der öffentlichrechtlichen Religionsgesellschaften

gab Ministerpräsident Schieck eine Erklärung ab. Er weist darauf hin, daß der Entwurf der Tatsache Rechnung zu tragen hatte, daß nach Einführung der landwirtschaftlichen Einheitssteuer die Einkommensteuer aus landwirtschaftlichen, forstlichen und gärtnerischen Vermögen für die ersten 6000 RM. des Einkommens weggefallen ist und durch die Grundsteuer abgegolten wird. Da gegenwärtig die Religionsgesellschaften in Sachsen das Recht haben, „einen Zuschlag zur Reichseinkommensteuer" zu erheben, würden nach der Einführung der landwirtschaftlichen Einheitssteuer die meisten Landwirte in Sachsen zu Steuern ihrer Religionsgesellschaften auf Grund des geltenden Rechts überhaupt nicht mehr herangezogen werden können. Durch die vorgesehene Ersatzsteuer werden den Religionsgesellschaften also keine neue Steuerquelle eröffnet, sondern nur das wieder zugeführt, was ihnen bisher aus dem Einkommen der Besteuerten zufloß. Dem Wunsch, Zuschläge zur Körperschaftssteuer erheben zu dürfen, hat die Regierung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht stattgeben können, da sie nach wie vor den Standpunkt vertritt, daß nur eine Besteuerung der Mitglieder der Religionsgesellschaften gerechtfertigt sei. Anders liege es bei der Verbreiterung der Steuergrundlage durch Erhebung eines Grundbetrages. Der Höchstsatz dieses Grundbetrages ist auf 3 Mark festgesetzt. **Die Religionsgesellschaften sollen nicht mehr als 3 Mark erheben dürfen, wohl aber sind sie berechtigt, auch einen geringeren oder überhaupt keinen Grundbetrag zu fordern.** Sie erhalten bei Annahme der Vorlage nur das Recht zur Erhebung des Grundbetrages. Weiter soll die Steuerstaffel den jetzt tatsächlich bestehenden Verhältnissen angepaßt werden.

Zwei zur Vorlage eingebrachte Anträge werden durch die Abg. Siegert (Dnat.) und Hickmann (DVP) begründet. Zur Sache sprachen noch die Abgeordneten Mätzig (Komm.), Neu (Soz.) und Tögel (Dnat.).

Die Vorlage geht an den Rechtsausschuß.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 30. Juni, nachmittags 1 Uhr.

*

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion wendet sich in einem Antrag gegen die Aufhebung einzelner Amtshauptmannschaften. Die Gemeindeordnung vom 1. August 1923 solle dahin abgeändert werden, daß die Vergrößerung, Verkleinerung oder Zusammenlegung der Bezirke durch Landesgesetz erfolgt. Vor Erlaß dieses Landesgesetzes sollen die beteiligten Gemeinden, Bezirkstage und Kreisausschüsse gehört werden. Diese Aenderung der Gemeindeordnung solle rückwirkend ab 1. Januar 1931 in Kraft treten; inzwischen vorgenommene Aenderungen sollen aufgehoben werden.

*

Sachsen beantragt neue Länderkonferenz

wegen der Fürsorgeunterstützung

Bei Beratung des Kapitels „Landesfürsorgeverbände und Wohlfahrtspflege" kam im Haushaltsausschuß A die zunehmende Not im Lande in vielen Eingaben großer Organisationen deutlich zum Ausdruck. Gebieten wie Kinderspeisungen u. a. komme jetzt wieder eine gesteigerte Bedeutung zu. Demgegenüber stehen die schwierigen Finanzverhältnisse des Staates. Im Haushaltsplan sind für Wohlfahrtspflege, soweit sie bei diesem Kapitel in Betracht kommt, 13,5 Millionen RM angesetzt. Minister Richter bezeichnete die Reichsnotverordnung vom 14. dieses Monats für Sachsen als eine katastrophale Maßnahme. Die verordnete Kürzung der Sozialrente werde den Aufwand an Unterstützungen der Bezirksfürsorgeverbände beträchtlich erhöhen, so daß es sich dann lediglich um eine Verschiebung der Lasten handle. Allein bei der Landesversicherungsanstalt rechne man mit einer jährlichen Minderausgabe für Renten von etwa 20 Millionen RM. Die Reichsverordnung habe die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung zum großen Teil sogar unter die Sätze der Wohlfahrtsunterstützung herabgedrückt. **Sachsens Richtsätze für die Wohlfahrtshilfe vertrügen keinerlei Senkung mehr; eine Steigerung könne ebensowenig in Frage kommen. Die Sächsische Regierung habe neuerlich eine Länderbesprechung beim Reichsarbeitsminister über diesen Fragenkomplex angeregt, um das Schlimmste abzuwenden.** Für Schulkinderspeisungen ständen entgegen früheren Jahren Reichsmittel überhaupt nicht mehr zur Verfügung.

Ein volksparteilicher Redner setzte sich für Erweiterung der Schulspeisungen und staatliche Förderung der Jugendpflege ein. In der Abstimmung wurden einige sozialdemokratische Anträge, die wesentliche Höherziehungen um Millionenbeträge bedeuten, angenommen. Das dahin veränderte Etatkapitel wurde nach der Vorlage genehmigt.

Kirchenvergleich abgelehnt

Der Rechtsausschuß des Landtags verhandelte über den Vergleich des Staatsgerichtshofes über die Staatsleistungen an die Evang.-luther. Landeskirche. Der Berichterstatter Abg. Hickmann (DVP) legte eingehend die Rechtsverhältnisse dar und empfahl die Genehmigung des Vergleichs, der für die Gegenwart gegenüber dem Ablösungsvertrag einige Ersparnisse für den Staat erziele, während er für die Zukunft die Möglichkeit einer nicht ganz unerheblichen Mehrbelastung einschließe. Der Mitberichterstatter Abg. Neu (Soz.) lehnte aus grundsätzlichen Erwägungen den Vergleich ab, weil mit der Annahme der Landtag auf sein Etatrecht verzichten würde. Abg. Claus (Staatsp.) schloß sich diesen Bedenken an. Dagegen empfahlen die Vertreter der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei die Annahme des Antrages des Berichterstatters, vorwiegend aus ideellen Rücksichten. Schließlich wurde der Antrag des Berichterstatters, den Vergleich mit der Kirche zu genehmigen, mit den Stimmen der Linken und der Staatspartei abgelehnt.

Die gestrigen Verhandlungen in Lausanne.

Erfolg der englischen Vermittlung.

Lausanne, 29. Juni.

Nach Schluß der Besprechungen am Dienstag zwischen MacDonald, dem Kanzler und Herriot wurde folgendes mitgeteilt:

„Der Präsident der Konferenz hat heute gemeinsam mit den Führern anderer Delegationen und den Delegierten Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens die Ergebnisse der Besprechungen, die zwischen diesen Delegationen stattgefunden haben, noch einmal dargelegt. Morgen nachmittag wird der Präsident den sechs einladenden Mächten über die Lage berichten und sie einladen, Vorkehrungen für die Weiterführung der Konferenzarbeiten zu treffen. Die Besprechungen zwischen der französischen und deutschen Delegation werden fortgeführt."

Ueber den Verlauf der gestrigen Besprechungen, die mittags 1¾ und nachmittag 3½ Stunden dauerten, erfahren wir noch folgendes:

Es wurde Dienstagfrüh in der Aussprache versucht, aus den Besprechungen, die zwischen den deutschen und französischen Delegationsführern stattgefunden hatten, die bisherigen Standpunkte der beiden Parteien herauszukristallisieren. **Das französische Verlangen nach einer Restzahlung und das riare und von neuem begründete deutsche Verlangen nach einer endgültigen Streichung der Reparationen standen sich dabei unverändert gegenüber.** Man hat im weiteren Verlauf des Tages sich über einzelne Punkte unterhalten, besonders über die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Konstruktion, die ausgiebig erörtert worden ist.

Mittwochfrüh treten die Wirtschafts- und Finanzminister Deutschlands und Frankreichs zusammen, um in dieser Richtung sich weiter auseinanderzusetzen. Die vorgesehene offizielle Sitzung der beiden Delegationen, in der von französischer Seite auf die vorgestrigen Ausführungen des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers geantwortet werden sollte, fällt dagegen aus.

Mittwochnachmittag um 5 Uhr findet dann eine Sitzung der sechs einladenden Mächte statt, um dem Bedürfnis der an den deutsch-französischen Verhandlungen nichtbeteiligten Mächte zu dienen, das auf eine laufende Unterrichtung durch die zwischenzeitlichen Verhandlungen abzielt. MacDonald als Vorsitzender wird dabei über den Verlauf dieser Besprechungen berichten.

Französischer Zweckpessimismus

Von französischer Seite wird über den Eindruck der gestrigen deutsch-französischen Verhandlungen erklärt, daß die Stimmung gedrückt und ernst sei. Der Stand der Dinge werde als ein Rückschlag empfunden, auch bei MacDonald, der sich wirklich um eine Hilfeleistung bemühe. Es seien sehr schwierige Besprechungen, die sich auch auf politische Fragen erstreckt hätten. Der Reichskanzler habe offenbar von Berlin ein imperatives Mandat mitgebracht. Seine Vorschläge seien ungenügend; Frankreich sei verständigungs- und versöhnungsbereit nach Lausanne gekommen, und es sei auch bereit, seine Geldansprüche aufzugeben, wolle aber den Rechtstitel behalten, um ihn zu gegeben erscheinender Zeit zu gebrauchen. Es wäre bereit, diese geldlichen Ansprüche auszutauschen gegen ökonomische Vorteile oder eine Vergrößerung der französischen Sicherheit, die das Volk verlange.

Gegenüber diesem französischen Versuch, die Verantwortung für ein etwaiges Scheitern der Konferenz auf Deutschland zu schieben, wird aus Kreisen der deutschen Delegation darauf hingewiesen, daß die deutsche Stellungnahme zur Frage der Streichung der Reparationen durchaus mit den Ansichten der italienischen und englischen Regierung übereinstimmt. Die Reichsregierung hat neben ihrer Erklärung zur Begründung der Forderung auf Streichung der Reparationen einen positiven Plan entwickelt, in dem im Rahmen des großen Wiederaufbaues Deutschland sich bereiterklärt, daran mitzuwirken und hat die französische Delegation aufgefordert, ihrerseits dazu Stellung zu nehmen. Eine diesbezügliche Erklärung von französischer Seite ist bisher nicht erfolgt.

Der tatsächliche Sachverhalt.

)(Lausanne. Die Darstellung, die die französische Presse über die gestrigen Verhandlungen der französischen, britischen und deutschen Delegation gibt, ist irreführend. Der tatsächliche Sachverhalt ist der folgende:

Schon in seiner ersten Rede in der Plenarsitzung hat der Reichskanzler betont, daß es im Interesse der Wiederherstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse unumgänglich sei, mit dem System der Reparationen Schluß zu machen und daß aus eben diesen Gründen eine wie immer geartete Schlußzahlung Deutschlands nicht in Frage kommen könne. Als in den privaten Besprechungen zwischen den Delegationsführern der englische Premierminister den Reichskanzler darauf hinwies, daß die Forderung einer Anzahl von Delegationen auf die Zahlung einer Endentschädigung hinauslaufe, hat der Reichskanzler am 20. Juni Herrn MacDonald erklärt und auseinandergesetzt, weshalb und warum Deutschland einer solchen Schlußzahlung nicht zustimmen könne.

In der gestern stattgefundenen Verhandlung zwischen der britischen, französischen und deutschen Delegation richtete **MacDonald** die Frage an den **Reichskanzler**, ob er seinerseits nicht irgendetwas tun könne, um eine Endlösung herbeizuführen. Der Reichskanzler hat daraufhin ausgeführt:

Das Vertrauen der Welt könne nur wiederhergestellt werden, wenn die Siegermächte sich entschließen würden, die Diskrimination des Versailler Vertrages zu beseitigen. Wenn somit die Gleichberechtigung Deutschlands und die Sicherheit hergestellt werde, dann würde der Reichskanzler es für möglich halten, daß Deutschland an der allgemeinen Anstrengung zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft seinen Anteil in Form eines Beitrages zahle, der selbstverständlich die vollkommene Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes in Deutschland und der Welt zur Voraussetzung hat.

Deutschland verlangt Zinssenkung für die privaten Auslandsschulden.

vdz. In englischen und französischen Zeitungen werden finanzwirtschaftliche Angriffe gegen Deutschland mit der Behauptung erhoben, die deutsche Delegation habe auf der Lausanner Reparationskonferenz verlangt, daß die ausländischen Privatschulden Deutschlands in ihrem Nennwert entsprechend den seit Aufnahme der Schulden gesunkenen Warenpreisen herabgesetzt werden. **Demgegenüber wird an maßgebender Berliner Stelle ausgeführt, daß die Angriffe deshalb fehl gingen, weil die Lausanner Delegation Deutschlands bisher von einer Herabsetzung des Kapitalwertes der privaten Auslandsschulden nicht gesprochen habe.** Wohl aber könne man als Auffassung Deutschlands in dieser Frage die Notwendigkeit unterstreichen, mit Rücksicht auf die geringer gewordenen Warenpreise **den Zinsendienst für die privaten Auslandsschulden zu ermäßigen. Das sei allerdings ein gebotener Ausgleich für die Senkung der Warenpreise, und in diesem Sinne habe sich bereits die Baseler Sachverständigen-Konferenz in ihrem Gutachten ausgesprochen, daß eine wesentliche Grundlage für die jetzigen Reparationsverhandlungen bilde.** Im Zusammenhang mit diesen Erörterungen sind weiter Gerüchte darüber aufgetaucht, **daß auch die deutsche Inlandsverschuldung gesenkt werden solle, und zwar gleichfalls mit der Begründung, daß seit ihrem Entstehen das Niveau der Warenpreise gesunken wäre. Eine amtliche Erklärung hierzu war bisher weder in positivem noch in negativem Sinne zu erlangen. Doch dürften die amtlichen Stellen sich bald zu dieser das ganze Wirtschaftsleben stark interessierenden Angelegenheit äußern.**

Erfundene Erklärungen des Reichskanzlers über die Ostfrage.

)(Lausanne. Die Meldung des diplomatischen Mitarbeiters des Daily Telegraph, wonach Reichskanzler von Papen den Wunsch habe, eine Verständigung mit Polen auf der Grundlage einer Internationalisierung des polnischen Korridors herbeizuführen, ist vollkommen frei erfunden. Von maßgebender Seite der deutschen Delegation wird uns mitgeteilt, daß die Einstellung der Regierung Papen zu den Ostproblemen sich vollkommen mit dem Standpunkt decke, den alle deutschen Regierungen stets eingenommen haben.

*

MacDonald bleibt bis zum 5. Juli in Lausanne.

)(Paris. Laut Havas versichert man in Lausanner englischen Kreisen, daß MacDonald alles ins Werk setzen werde, um einen Stillstand der Lausanner Verhandlungen zu vermeiden. Er sei daher bereit, bis gegen den 5. Juli in Lausanne zu bleiben.

Der Südamerika-Flug Elly Beinhorns.

)(Newyork. **Associated Preß meldet aus Buenos Aires, daß die Fliegerin Elly Beinhorn ihren Südamerikaflug infolge Motorschadens möglicherweise schon hier und nicht in Rio de Janeiro abschließen werde.**

Eisenbahnunglück in Colorado.

)(Castle Rock. **18 Wagen eines Güterzuges, der dem Fruchttransport diente, entgleisten. Man rechnet mit 8 Toten und 40 Verletzten**

Die völlig zerfahrene Lage der Abrüstungskonferenz.

Gibson wieder in Lausanne.

tu. **Lausanne. Der amerikanische Botschafter Gibson, der Führer der Genfer Abrüstungsabordnung der Vereinigten Staaten traf Dienstag nachmittag unerwartet im Hotel „Beau Rivage", dem Hauptquartier der englischen Regierung, ein und hatte dort eine längere Unterredung mit MacDonald, in der, wie verlautet, die weitere Behandlung des neuen amerikanischen Abrüstungsplanes und die Stellungnahme der englischen Regierung zu den amerikanischen Vorschlägen erörtert worden ist.**

Die amerikanische Regierung verlangt eine baldige durchgreifende Erörterung der amerikanischen Vorschläge, während in den leitenden Kreisen der Abrüstungskonferenz die Absicht besteht, die Konferenz am 15. Juli auf mehrere Monate zu unterbrechen, ohne daß eine Durchberatung der amerikanischen Vorschläge stattfindet. Da die Arbeiten der Abrüstungskonferenz gegenwärtig fast vollständig ruhen, **zeigt sich jetzt in Kreisen der Neutralen und der übrigen an der Lausanner Konferenz mit beteiligten Mächte eine wachsende Mißstimmung über die fortgesetzte, jetzt schon fünf Monate andauernde Verschleppung der Abrüstungsentscheidungen.** Man berät daher gegenwärtig in englisch-amerikanischen Kreisen, in welcher Weise nach dem Abschluß der Lausanner Konferenz eine Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz bewerkstelligt werden kann. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz soll nach den bisherigen Plänen in der nächsten Woche zusammentreten. Anschließend soll dann der Hauptausschuß wieder seine Arbeiten aufnehmen, die bis Mitte Juli durchgeführt werden sollen. Die großen Gegensätze in der Abrüstungsfrage konnten jedoch bisher noch nicht überwunden werden, so daß auch auf dieser großen internationalen Konferenz vorläufig kein Ausweg aus der Lage gesehen wird.

Die Frage der Internationalisierung der Zivilluftfahrt.

)(**Genf. Die amerikanische Delegation hat gestern im Unterkomitee des Luftfahrtausschusses der Abrüstungskonferenz ihren Antrag, die evtl. Internationalisierungsmaßnahmen bei der Zivilluftfahrt auf Europa zu beschränken, zurückgezogen. Der deutsche Vertreter wandte sich gegen diesen Antrag.** Er erklärte, daß es unmöglich sei, die Frage der Internationalisierung der Zivilluftfahrt nur auf Europa abzustellen, nachdem in der Luftkommission die an sich sehr achtbare Meinung vertreten worden sei, daß Zivilluftfahrzeuge unter gewissen Voraussetzungen als Waffe angesehen werden können. Man könne unmöglich leugnen, daß es gerade europäische Waffen gewesen seien, die den Lauf des Weltkrieges entscheidend beeinflußt hätten, aber auch aus rein verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Erwägungen sei es nicht möglich, irgendeine Vereinbarung über die allgemeine Gestaltung der Zivilluftfahrt auf Europa zu beschränken.

Die weiteren Beratungen des Unterausschusses der Luftkommission werden sich nunmehr den Maßnahmen zuwenden, die gegebenenfalls getroffen werden müssen, um eine Benutzung der Zivilluftfahrt zu militärischen Zwecken auszuschließen.

Appell des internationalen Gewerkschaftskongresses an die Abrüstungskonferenz.

)(**Berlin.** Der Abrüstungsvorschlag Hoovers und die Ergebnisse der Lausanner Besprechungen veranlaßten den internationalen Gewerkschaftsbund, an die Abrüstungskonferenz einen telegraphischen Appell zu richten, in welchem die in Genf versammelten Staatsmänner im Namen von mehr als 14 Millionen Arbeitern von neuem aufgefordert werden, die von den Regierungen versprochene Abrüstung, sowie die Organisierung und Sicherung des Friedens zwischen den Völkern endlich zur Tat werden zu lassen.

Politische Tagesübersicht.

Keine Spaltung im englischen Kabinett. In seiner gestrigen Unterhaus-Erklärung wies Baldwin die von mehreren Londoner Blättern aufgestellte Behauptung, daß bezüglich des Hoovervorschlages eine Spaltung im britischen Kabinett bestehe, als unzutreffend zurück.

Beschlüsse zur Siedlungsfrage erst nach der Rückkehr der Reichsminister aus Lausanne. Im Zusammenhang mit der Mitteilung über die Bewilligung von Mitteln für die Stadtrandsiedlung hatte ein Berliner Blatt geschrieben, es sei nun erwiesen, daß die völlige Einstellung der Siedlung nicht angängig sei. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle erklärt, daß auch die ländliche Siedlung im Rahmen des finanziell Möglichen gefördert werden solle. Die Ausführungen, die kürzlich Reichsernährungsminister von Braun vor dem deutschen Landwirtschaftsrat gemacht habe, hätten bereits gezeigt, daß die Reichsregierung die Siedlungsfrage als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansehe. Die Pläne der früheren Regierung zur Förderung der Siedlung seien keineswegs aufgegeben worden. Die endgültigen Beschlüsse der Reichsregierung über die Fortführung des Siedlungswerkes seien jedoch erst nach Rückkehr der in Lausanne anwesenden deutschen Minister zu erwarten.

Deutsch-schweizerische Wirtschaftsverständigung. Die in Bern im Gang befindlichen deutsch-schweizerischen Verhandlungen scheinen nun doch zu einer Verständigung geführt zu haben. Am Mittwoch wird der Bundesrat zu den zwischen den Unterhändlern getroffenen Vereinbarungen Stellung nehmen.

Der italienische Luftfahrtminister besucht Berlin. Der italienische Luftfahrtminister General Balbo macht auf dem Rückfluge von dem Besuch der englischen Hendon Air Displays einen Abstecher nach Berlin, um sich mit Herrn von Gronau über Probleme des transatlantischen Luftverkehrs zu unterhalten.

Der amerikanische Senat nimmt eine Sparvorlage an. Der Senat hat eine Vorlage angenommen, die Abstriche im Budget in Höhe von 150 bis 175 Millionen Dollar vorsieht.

Sitzung des französischen Senats und der Kammer.

Sitzung der radikalen Sozialisten.

tu. **Paris.** Der französische Senat ist am Dienstag nachmittag erneut unter verstärkten Schutzmaßnahmen zusammengetreten, um über das Frauenwahlrecht zu verhandeln. Eine Reihe von Senatoren äußerte sich zur Vorlage Louis Martins, die das aktive und passive Wahlrecht für Frauen nach Vollendung des 25. Lebensjahres vorsieht.

Die Kammer versammelte sich gleichfalls um 15 Uhr, um die Aussprache über die Interpellation zur Arbeitslosenfrage wieder aufzunehmen.

Vorher fand eine Sitzung der Radikalsozialistischen Fraktion statt. Der Vorsitzende **Francois-Albert** berichtete über seine Unterredung mit Herriot über Lausanne und Genf. Der Abgeordnete Nogaro sagte, daß man den gemachten Erfahrungen nach **für längere Zeit keine festen Reparationsleistungen vorsehen könne.** Vom politischen Standpunkt aus sei es für Frankreich jetzt am allerwichtigsten, sich von seinen eigenen Schulden zu befreien. Frankreich könne sich in dieser Hinsicht dem britischen Standpunkt annähern und seinen Gläubigern gegenüber einen ebenso festen Standpunkt einnehmen. Frankreich sei jetzt auch in der Lage, den Hoover-Vorstoß in der Schulden- und Reparationsfrage seinerseits gegen Amerika umzudrehen. Die in der geschlossenen Sitzung gehaltene und von der Presse schlecht zusammengefaßte Rede Nogaros hat zweifellos den Sinn, daß Frankreich nur in dem Maße an Amerika zahlen wolle, wie es selbst von Deutschland Zahlungen erhält.

Gegen Versailles

Berlin, 29. Juni.

Der **Arbeitsausschuß Deutscher Verbände** veranstaltete zum 13. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Diktates im Plenarsaal des Reichstags eine Kundgebung. Unter den zahlreichen Ehrengästen bemerkte man u. a. Reichsminister Freiherr von Gayl und Staatssekretär Dr. Zweigert.

Der geschäftsführende Vizepräsident des ADB, Dr. Hans **Draeger**, betonte in seiner Ansprache, es könne heute und in Zukunft keine deutsche Außenpolitik geben, deren Ziel nicht die Beseitigung des Versailler Diktates sei. Der politische Kampf gegen die Kriegsschuldlüge müsse auf der allgemeinen Grundlage der Gesamtrevision ausgetragen werden. Die französische These von der Heiligkeit der Verträge sei kein Argument gegen die Revision. Deutschland wolle an einer europäischen Gemeinschaftsarbeit mitwirken, aber es werde sich ganz gewiß nicht an einer europäischen Front gegen Amerika beteiligen.

Die **Deutsche Studentenschaft**, der **Sudetendeutsche Heimatbund** und die **Bündische Jugend** veranstalteten eine stark besuchte Kundgebung im Lustgarten, an der auch der Leiter der SS, Major Schmidt, und der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Prinz August Wilhelm in der neuen Uniform teilnahmen.

Der nationalsozialistische Abgeordnete **Rosenberg** betonte in seinen Ausführungen über das Verhältnis zu Polen, daß Deutschland **niemals Verzicht leisten** werde auf ein Gebiet, das von Deutschen aufgebaut und mit deutschem Blut getränkt sei. Man werde auch nicht ruhen, bis nicht „der Völkerbund den schmählichen Wortbruch wiedergutgemacht habe, als er entgegen der Volksabstimmung Teile **Oberschlesiens** an Polen" gab.

Zu Beginn der Kundgebung war es zu einem Zwischenfall gekommen. Der Nationalsozialistische Studentenbund war mit einer Hakenkreuzfahne aufmarschiert, deren Entfernung von der Polizei verlangt wurde. Das Fahnentuch wurde von SA-Leuten abgerissen, die damit flüchteten. Nach Schluß der Versammlung wurde die Fahne in einem Auto über die Linden gefahren. Später kam es dann in der Friedrichstadt zu Tumulten, wo Polizei mit Karabinern bewaffnet, die ganze Straße räumte.

Sachsen und die Länderkonferenz

Dresden, 29. Juni.

Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat die Sächsische Regierung an der von Preußen einberufenen Besprechung **nicht teilgenommen.** Auf die Einladung hat sie geantwortet, daß sie ihren Standpunkt bereits auf der unter Vorsitz des Reichsinnenministers abgehaltenen Länderkonferenz zum Ausdruck gebracht habe und daß sie daran festhalte, daß das Reich die verantwortliche Entschließung habe, daß aber für Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel eine Anmeldepflicht unerläßlich sei und daß das Recht der Landesregierung, im Bedarfsfalle zeitlich begrenzte allgemeine Versammlungs- und Demonstrationsverbote auszusprechen, nicht zu entbehren sei. Es sei zu hoffen, daß die Reichsregierung das auch in der neuen Verordnung berücksichtige.

Die bayerische Staatsregierung zu der Sitzung leitender Länderminister.

)(**München.** Die Meldung von der Konferenz einer großen Zahl der leitenden Länderminister in Berlin begleitet die bayerische Staatsregierung mit einem Kommentar, in dem gesagt wird, daß die leitenden Minister der zu dieser Konferenz versammelten Länder über die politischen Entschlüsse des Reichskabinetts nur von einer einzigen Meinung beherrscht gewesen seien. Es ergebe sich aus dem Charakter der Aussprache, daß die Konferenz nicht lediglich eine private Unterhaltung der Länderminister ohne jede politische Bedeutung gewesen sei. Das gehe auch schon daraus hervor, daß die Länderminister das Recht für sich beanspruchten, auch weiterhin von Fall zu Fall solche Sitzungen abzuhalten.

Staatspräsident Dr. Bolz über den Schritt beim Reichspräsidenten.

)(**Stuttgart. Staatspräsident Dr. Bolz erklärte gestern im Landtag auf zwei nationalsozialistische Anfragen, daß die gegenwärtige württembergische geschäftsführende Regierung verfassungsmäßig sei. Er verweigerte jede Auskunft über die vertraulichen Verhandlungen innerhalb des Staatsministeriums und legte dann die Gründe dar für den Schritt beim Reichspräsidenten. Die Befürchtung von Uebergriffen gegenüber den Ländern, die Benachteiligung ihrer wirtschaftlicher Interessen und die Bedenken gegen die Aufhebung des SA.-Verbots. Er sei seit Jahren für ein Verbot aller dieser Organisationen. Aber die württembergische Regierung nehme die Reichsbestimmungen hin und rebelliere nicht. Das württembergische Demonstrationsverbot bestehe zurecht. Seine Aufhebung würde nur zu Blutvergießen führen. Eine üble Unterstellung sei es, wenn ihnen separatistische Bestrebungen vorgeworfen würden. Unverantwortlich sei auch der konfessionelle Kampf.**

Das Wollen des Stahlhelms für Staat und Volk.

Rundfunkrede Franz Seldtes.

)(**Berlin.** Der Gründer und Erste Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seldte, sprach gestern im Berliner Rundfunk über den Stahlhelm und sein Wollen für Staat und Volk. Der Vortrag wurde von fast allen deutschen Sendern übernommen.

„Der Stahlhelm, betonte Seldte, hat von der ersten Stunde an den unmoralischen Versailler Vertrag bekämpft und wird ihn bekämpfen, so lange er besteht. Wer aber die Freiheit für sein Vaterland erkämpfen will, muß selbst frei sein. Darum mußte der Bund frei sein von allen anderen Einflüssen und Mächten, mußte nur eigene Führer, nur eigene Gelder, nur eigene Menschen haben. Das wurde in jahrelanger kameradschaftlicher Arbeit erreicht. Alle Führung geschieht nur ehrenamtlich und unbezahlt. Kameradschaft und Disziplin sind die Säulen unseres Bundes. Wir kämpfen für Deutschlands Freiheit und wir ringen um unser Recht im Rate der anderen Nationen. Wir wollen nicht angreifen, wir wollen nur sichern, was uns gehört. Und wir müssen wieder haben, was man uns freventlich genommen hat. Wir wollen keinen **neuen Krieg**, gerade weil wir Frontsoldaten ihn in seinen Grauen bis zum letzten kennen. **Doch ruft man uns zur Verteidigung des Vaterlandes, dann steht der Stahlhelmmann selbstverständlich jederzeit bereit.** Wir lehnen die Kriegsschuldlüge und die unmoralischen Kriegstributlasten als freie Männer ab. Wir bekämpfen die **Arbeitslosigkeit und fordern als erstes die Arbeitsdienstpflicht** als den ersten Grad der Abhilfe. Wir fordern ein gesundes, starkes Volk und darum Nahrungsfreiheit und Stählung der Geister und der Körper durch den **Wehrsport.** In dem Staat sehen wir aber nicht ein Wohlfahrtsinstitut, wie er jahrzehntelang als falsches Ideal in den Köpfen spukte, sondern das überpersönliche Gemeinschaftsgut der Nation, in der jeder Deutsche voll verantwortlich mitzuarbeiten und aufzubauen hat. Aus diesem Gefühl heraus stehen wir auch der heutigen parlamentarischen Erscheinungsform des politischen Lebens abweisend gegenüber. Aus diesen Begriffen heraus konnte der Stahlhelm sich niemals einer Partei verschreiben und wird es auch in Zukunft nicht können. Er arbeitet aber gern mit allen nationalen Parteien und Gruppen zusammen, die das gleiche Ziel haben."

Neuer Kriegsbeschädigten-Protest.

nds. **Die Gesamtvorstände des zur Arbeitsgemeinschaft vereinigten Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und des Zentralverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter haben einstimmig beschlossen, den schon vor Verkündung der Notverordnung aufgenommenen Kampf mit aller Schärfe und unter Anwendung aller zulässigen Mittel fortzuführen. In einer Entschließung, die den zuständigen Stellen zugeleitet wurde, wird der Empörung über die erneute Verschlechterung der Versorgung Ausdruck gegeben. Es wird auf die Beschlüsse des Kriegsbeschädigtenausschusses des Reichstages verwiesen, der schon die früheren Belastungen der Kriegsopfer als viel zu weitgehende bezeichnet habe. Die Arbeitsgemeinschaft fordert mit allem Nachdruck die sofortige Aufhebung der Notverordnung und die Durchführung der Beschlüsse des zuständigen Reichstagsausschusses.**

Eine Kundgebung der Eisernen Front in Breslau.

W **Breslau.** In einer öffentlichen Kundgebung, die die Kampfleitung der Eisernen Front gestern abend hier veranstaltete, führte **Reichstagspräsident Löbe** u. a. aus, wenn die Nationalsozialisten sich jetzt der Verantwortung entziehen wollten, so dürfe die Eiserne Front das nicht zulassen. Durch die Auflösung des Reichstages sei verhindert worden, daß die Sozialdemokratie eine Erleichterung bezw. Aufhebung der Notverordnung habe erwirken können. Komme das Dritte Reich, dann drohe eine neue Zunahme des Elends. Der Beginn des Dritten Reichs bedeute weiter die Gefahr des Bürgerkriegs für Deutschland, bedeute die Terrorisierung aller Andersgesinnten. Wenn es zu einem Angriff kommen sollte, würde sich die Eiserne Front zur Wehr setzen. Wolle oder könne die Staatsgewalt ihre Macht nicht zum Schutze der Bürger ausüben, dann werde die Eiserne Front diesen Schutz übernehmen. Die Erschütterung, unter der heute die europäische Wirtschaft leide, so schloß der Redner, gebäre eine neue Welt. Sorgt dafür, so rief er aus, daß wir bei diesem Akt nicht der Amboß, sondern der Hammer sind.

Die Brüder Sklarek und Bürgermeister Kohl haben Revision eingelegt.

Berlin. (Funkspruch.) **Die Verteidiger der verurteilten Gebrüder Willi und Leo Sklarek haben heute nach Rücksprache mit den Angeklagten im Untersuchungsgefängnis die Revision gegen das Urteil im vollen Umfange wegen Verletzung formeller und materieller Rechtsnormen angemeldet. Auch der Verteidiger des verurteilten Bürgermeisters Kohl hat Revision angemeldet. Die Staatsanwaltschaft soll bisher nicht beabsichtigen, von den Rechtsmitteln der Revision Gebrauch zu machen. Die schriftlichen Urteilsgründe des Gerichtes dürften angesichts der umfangreichen Prozeßmaterie kaum vor einem halben Jahre vorliegen.**

Falsche Gerüchte über die AEG.

Berlin. (Funkspruch.) **Gerüchte, die von einer bevorstehenden Hilfeleistung des Reiches bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin wissen wollen, werden von der Verwaltung des Unternehmens als vollkommen aus der Luft gegriffen bezeichnet. Das Unternehmen sei zur Zeit sehr liquide, habe keinen Geldbedarf und bedürfe keinerlei Unterstützung oder Subvention.**

Blutige Zusammenstöße in Staßfurt.

3 Tote, 7 Verletzte.

)(**Staßfurt. Hier kam es bei der Beerdigung des erschossenen Kommunisten Otto Leinung zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Kommunisten. Etwa 1500 Personen, die aus der ganzen Umgebung zusammengezogen waren, nahmen an der Beerdigung teil und bildeten beim Rückmarsch einen geschlossenen Zug. Da der Friedhof sich auf anhaltischem Gebiet befand, hatte die Polizei zunächst gegen diesen Marsch nichts einzuwenden. Als jedoch der Zug auf preußisches Gebiet hinüber marschierte, griff die Polizei, verstärkt durch Landjägereibeamte, ein und versuchte, den Zug zu zerstreuen. Die Kommunisten setzten sich jedoch zur Wehr, so daß schließlich die Polizei gezwungen war, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Drei Kommunisten wurden getötet und sieben weitere verletzt. Die Polizei nahm eine Verhaftung vor.**

Die neue Verfassung von Siam.

Bangkok. Der König von Siam hat die neue Verfassung unterzeichnet, die von der provisorischen Regierung ausgearbeitet worden ist. Die Verfassung besagt, daß künftig das Volk Inhaber der obersten Gewalt ist und daß die Machtbefugnisse des Monarchen, die bisher absolut waren, weitgehend eingeschränkt werden. Die Frauen erhalten das Stimmrecht.

SLUB
Wir führen Wissen.

Der neue Reichsetat als Notverordnung.

Berlin. (Funkspruch.) **Die Reichsregierung hat sich entschlossen, den Reichsetat für das laufende Etatsjahr durch Notverordnung zu verabschieden, da angesichts der parlamentarischen Lage eine ordnungsmäßige Erledigung des Etats aller Voraussicht nach noch Monate dauern würde, andererseits aber ein ständiges Verlängern des Notetats durchaus unzweckmäßig erscheint.**

Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe **mit 8.2 Millionen** ab. Das bedeutet gegenüber dem vorjährigen Etat eine Minderung um 1.2 Milliarden und gegenüber dem Etat von 1930 eine solche von 3.7 Milliarden. Die 1.2 Milliarden setzen sich zusammen aus drei großen Posten: die äußeren Kriegslasten sind mit 400 Millionen, die Länder-Ueberweisungen auf Grund der Steuersenkungen mit 200 Millionen und alle übrigen Reichsausgaben mit 600 Millionen geringer eingesetzt.

Die wesentlichsten Positionen des Etats sind: 700 Millionen für die Besoldung sämtlicher Reichsbediensteten, einschließlich der Wehrmacht, 1.4 Milliarden für Renten und Pensionen, 145 Millionen äußere und 345 Millionen innere Kriegslasten, rund 500 Millionen für die Sozialversicherung, 930 Millionen für die Arbeitslosenfürsorge, 940 Millionen für den Reichsschuldendienst einschließlich der außerordentlichen Schuldentilgung in Höhe von 420 Millionen, 190 Millionen Polizeikosten-Zuschüsse für die Länder und [illegible] liarde für die übrigen Reichsausgaben. Dazu kommen rund 2.1 Milliarden Ueberweisungen an die Länder.

Abgesehen von der Umsatzsteuer sind **die Steueransätze zum Teil sehr erheblich herabgesetzt worden.** Die Umsatzsteuer ist auf Grund der in der Notverordnung vorgesehenen Erhöhung mit rund 1,8 Milliarden, das sind 86 Proz. mehr als im Vorjahr, eingesetzt. Die Minderansätze bei den übrigen Steuern betragen: Einkommensteuer 21 Proz., Körperschaftssteuer 60 Prozent, Krisensteuer 57 Prozent (im vorigen Jahre 324, jetzt 140 Millionen), Vermögenssteuer 19 Prozent, Tabaksteuer 15 Prozent, Biersteuer 35 Prozent und die Einnahmen aus dem Spiritus-Monopol 35 Proz.

Die Reichsregierung ist sich, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, vollauf darüber klar, **daß der in dem vorliegenden Etat gefundene Ausgleich durchaus nicht als ein Dauerausgleich angesehen werden kann, der allen Möglichkeiten des laufenden Etatsjahres gerecht wird.** Einen besonderen Gefahrenpunkt in dieser Hinsicht bilden selbstverständlich trotz ihres Minderansatzes die Steuerschätzungen und außerdem natürlich auch die erhöhte Schätzung der Umsatzsteuer. Dazu kommt, daß die im Etat vorgesehene Garantiesumme für die Wirtschaft in Höhe von 20 Millionen möglicherweise nicht ausreichen wird.

Fünftägiges Verbot der „Kölnischen Volkszeitung" und des „Vorwärts".

Ein Ersuchen des Reichsinnenministers an den preußischen Innenminister.

)(Berlin. Der Reichsminister des Innern hat den preußischen Innenminister schriftlich ersucht, die „Kölnische Volkszeitung" und den „Vorwärts" auf je fünf Tage zu verbieten. In dem Schreiben des Reichsinnenministers heißt es zur Begründung des Ersuchens u. a.: Die **„Kölnische Volkszeitung"** berichtet in ihrer Nummer vom 26. Juni ds. Js. unter den Ueberschriften „Schwere Mißgriffe des Reichskanzlers", „Ist Herr von Papen noch als Delegationsführer möglich?" über die Unterhaltung, die der Reichskanzler in Lausanne mit dem Vertreter eines ausländischen Blattes geführt hat. Mit der Behauptung, daß der Reichskanzler in diesem „Interview" eine auswärtige Macht zur Benutzung der inneren Schwierigkeiten Deutschlands eingeladen habe, wird der ungeheure schwere Vorwurf erhoben, daß der Reichskanzler einer auswärtigen Macht nahegelegt habe, die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands zu ihren Gunsten auszunutzen. Dieser Vorwurf enthält eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Reichskanzlers. In dem gleichen Artikel wird behauptet, daß der Reichskanzler dem französischen Journalisten in Lausanne erklärt habe, er erkenne an, daß Frankreich bei einer sog. Liquidation der Reparationen Anspruch auf eine Kompensation habe. Die Behauptungen der „Kölnischen Volkszeitung" über den Inhalt des Interviews sind unwahr. Durch die Veröffentlichung sind lebenswichtige außenpolitische Interessen des Reiches in einem Augenblick entscheidender Verhandlungen mit fremden Mächten gefährdet worden.

Der **„Vorwärts"** hat kürzlich in der anliegenden als Flugblatt erschienenen Sondernummer unter der Ueberschrift „Volk, Du mußt zahlen! damit die SA. paradieren kann!" u. a. folgende Ausführungen gemacht: Etwa „SA. kriegt neue Uniformen, wer bezahlt? Dunkles Geheimnis! Die preußische Polizei muß ihre Kleiderbedürfnisse zurückstellen und in diesem Jahr noch die alten Sachen auftragen, weil das Geld für neue fehlt. Hitlers Privatarmee prangt in neuen Uniformen. Wiedererscheinen der SA. und neue Lasten von 1½ Milliarden hängen miteinander zusammen. Kein Invalide, kein Angestellten-, kein Knappschaftspensionär kann einen uniformierten SA.-Mann sehen ohne an die Kürzung seiner Rente zu denken." Es wird also hier erklärt, daß aus den Mitteln, die auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 aufgebracht werden, die SA. und die SS. neu eingekleidet werden sollen.

Der „Vorwärts" bringt nun in Nummer 295 eine Karikatur mit der Ueberschrift „Heil Hitler" und mit der Unterschrift „Siehste Paul, dafür haben sie uns die Rente gekürzt!" Diese Unterschrift kann in Verbindung mit der vorher erwähnten Behauptung nur dahin verstanden werden, daß die SA. und SS. auf Kosten der Rentenempfänger wiedererstanden sind. In dieser Behauptung liegt eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung der für die Notverordnung verantwortlichen Stellen des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Das Ersuchen von Gayls an Severing.

Paragraph 7, Ziffer 3 der Notverordnung vom 14. Juni.

Berlin. (Funkspruch.) Wie wir erfahren, ist der preußische Innenminister bereits in die Prüfung des Ersuchens des Reichinnenministers, die „Kölnische Volkszeitung" und den „Vorwärts" auf je fünf Tage zu verbieten, eingetreten. Für die Erledigung der Angelegenheit gelten die Bestimmungen der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni. Der einschlägige Paragraph 7 Ziffer 3 lautet:

Der Reichsminister des Innern kann die oberste Landesbehörde um das Verbot einer periodischen Druckschrift ersuchen. Glaubt die oberste Landesbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies unverzüglich, spätestens aber am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens, dem Reichsminister des Innern mit und ruft innerhalb derselben Frist die Entscheidung des Senates des Reichsgerichtes an. Erklärt dieser das Verbot für zulässig, so hat die oberste Landesbehörde dem Ersuchen sofort zu entsprechen. Eine Beschwerde gegen ein auf Ersuchen des Reichsministers des Innern angeordnetes Verbot kann die oberste Landesbehörde nicht abhelfen.

Erneute Auseinandersetzungen im Württembergischen Landtag.

tu. Stuttgart. In der Dienstagsitzung des Württembergischen Landtags erschien eine Reihe von nationalsozialistischen Abgeordneten wiederum in Parteiuniform, was die Redner des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Kommunisten auf den Plan rief. Ein Redner der Sozialdemokratie erklärte, das Erscheinen von Nationalsozialisten in Uniform bedeute den Bruch eines gegebenen Wortes. Im selben Sinne sprach sich ein Abgeordneter des Zentrums aus. Die Kommunisten stellten den Antrag, das Tragen von Uniformen im Landtag nicht zu gestatten. Demgegenüber stellte der nationalsozialistische Wortführer fest, daß ursprünglich nicht beabsichtigt gewesen sei, über die erste Sitzung hinaus im Braunhemd zu erscheinen, daß die nationalsozialistischen Mitglieder des Landtags sich aber ausdrücklich vorbehalten hätten, in Parteikleidern zu erscheinen, so oft sie es für notwendig fänden. Der kommunistische Antrag wurde sodann dem Sonderausschuß für Geschäftsordnungsfragen überwiesen.

Dr. Schacht gegen Währungsexperimente.

Hannover. (Funkspruch.) Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hielt auf der Hauptversammlung des Wirtschaftsbundes Niedersachsen-Kassel eine Rede, in der er sich entschieden gegen Währungsexperimente wandte.

Fast sieben Millionen deutsche Schallplatten gingen 1931 ins Ausland.

Die „Neudeutsche Wirtschafts-Rundschau" berichtet über die deutsche Schallplatten-Industrie und den Export von Schallplatten unter der Ueberschrift „Schallplatten, ein entbehrlicher Luxus?". Sie weist darauf hin, daß die deutsche Schallplatten-Industrie zu den wenigen Wirtschaftszweigen gehöre, die bis zum Ende des Jahres 1929 einen ungeahnten Aufschwung genommen hatten. Mit einer Produktion von rund 28 Millionen Schallplatten sei in dem genannten Jahre, am Vorabend der Weltwirtschaftskrise, der Höchststand erreicht. Dann sinke die Produktionskurve so, daß für zwölf Millionen Stück anzunehmen wäre. Ein genaues Bild von der Umsatz- und Absatzentwicklung in der deutschen Schallplatten- und Sprechmaschinen-Industrie lasse sich nicht gewinnen, da aus Konkurrenzgründen die einzelnen Firmen die Ergebnisse nicht publizierten. Man gewinne aber aus den Exportziffern gute Anhaltspunkte. Nach diesen Exportziffern hätte Deutschland 1926 rund 4,26 Millionen Schallplatten im Werte von 5,9 Millionen *R.M* ausgeführt; diese Ziffern stiegen bis 1929 auf 14,20 Millionen Platten im Werte von 20,2 Millionen *R.M.* 1931 seien 6,73 Millionen Schallplatten im Werte von 8,6 Millionen *R.M* ausgeführt worden. Von den ausländischen Abnehmern deutscher Schallplatten steht nach dem Zahlenmaterial der Zeitschrift Schweden voran, das 1931 806 300 deutsche Schallplatten einführte. Wesentliche Abnehmer waren auch die Schweiz (fast 700 000), Holland (rund 527 000), Tschechoslowakei (466 600) und Belgien (434 200). Außerdem nahmen Finnland, Norwegen, China und Niederländisch-Indien deutsche Schallplatten ab, davon China 117 000, Niederländisch-Indien 307 600. An Sprechmaschinen seien 1930 noch rund 280 000 deutsche Apparate im Werte von 10,69 Millionen *R.M* ausgeführt worden, 1931 nur noch 108 000 Apparate im Werte von rund 4,54 Millionen *R.M.* Die wachsenden Zollmauern, steigenden Devisen-Schwierigkeiten und Unsicherheiten der politischen Situationen, wie z. B. in Südamerika, China und Spanien, die in Normalzeiten wichtige Kunden auf diesem Gebiete seien, ließen den Absatz zurückgehen.

Die Bevölkerungsbewegung in Sachsen

In den Monaten Januar und März 1932 wurden in Sachsen nach den im Statistischen Landesamt vorgenommenen Zusammenstellungen 7213 Eheschließungen gezählt gegen 6522 im ersten Vierteljahr 1931 und 7865 im ersten Vierteljahr 1930. In der Stadt Dresden wurden im Berichtszeitraum 858 (790 im Vorjahr) und in Leipzig 1096 (1031) Eheschließungen gezählt. In Chemnitz betrug die Eheschließungszahl 493 gegen 566 im Vorjahr. Die Zahl der Lebendgeborenen belief sich im ersten Vierteljahr 1932 in Sachsen auf 15 758 gegen 17 749 im Vorjahr und 20 255 im Jahr 1930. Die Geburtenzahl zeigt also einen beständigen Rückgang. Bei den drei größten Städten Sachsens ergibt sich beim Vergleich des ersten Vierteljahres 1931 mit dem ersten Vierteljahr 1932 für die Stadt Leipzig ein Rückgang von 2305 auf 2116, für Dresden ein Rückgang von 1838 auf 1594 und für Chemnitz ein Rückgang von 1363 auf 1218.

Die Zahl der Sterbefälle betrug im Berichtsabschnitt 14 419 gegen 15 394 im ersten Vierteljahr 1931. Die Säuglingssterblichkeit ist von 7,71 v. H. im Jahr 1931 auf 7,38 v. H. im Jahr 1932 zurückgegangen.

Insgesamt ergibt sich für das erste Vierteljahr 1932 ein Ueberschuß von 1339 Lebendgeborenen über die Gestorbenen. Im ersten Vierteljahr 1931 betrug dieser Ueberschuß 2355 und im gleichen Vierteljahr 1930 6135. In Chemnitz war ein Geburtenüberschuß von 273 festzustellen, während sich für Dresden eine Sterbefallüberschuß von 559 und für Leipzig ein solcher von 68 ergab. Für die Städte Bautzen, Zittau, Glauchau, Meerane, Freiberg, Freital, Pirna, Mittweida, Wurzen, Crimmitschau, Plauen, Reichenbach und Werdau und für die Amtshaupmannschaften Löbau und Dresden zeigt die Statistik im ersten Vierteljahr 1932 ebenfalls einen Sterbefallüberschuß an.

Die Kunst des Händewaschens.

Von H. Klepp-Berlin.

vdz. Es ist doch ganz einfach, sich die Hände zu waschen! Man macht sie naß, reibt sie mit Seife ein und bringt durch die bekannten Waschbewegungen die Seife zu kräftigem Schäumen. Dann spült man mit Wasser nach und trocknet ab. Das ist alles, sollte man meinen. Tatsächlich ergeben sich mancherlei Unzuträglichkeiten. Da sind in der kalten und in der Uebergangsjahreszeit die, allerseits recht unbeliebten „aufgesprungenen" Hände; dann sagt der einen Haut die Seife nicht zu, die Haut wird spröde und brüchig, und es ergeben sich auch im Hochsommer noch rissige und aufgesprungene Hände. Für die Hausfrau, die bei den häuslichen Arbeiten womöglich noch mit Soda oder gar noch schärfer ätzenden Alkalien in Berührung kommt, kann die Empfindlichkeit der Haut über eine gelegentliche Unbequemlichkeit hinaus zu einer Art „Berufskrankheit" werden. Darum verdienen solche Hautschädigungen doch mehr Beachtung und Aufmerksamkeit, als wenn es sich nur um einfache und gesundheitlich belanglose Schönheitsfehler handeln würde.

Zunächst erfordert das Waschen selbst einige Aufmerksamkeit. Wenn irgend möglich, wasche man sich unter fließendem Wasser. Das ist keine Verschwendung, im Gegenteil, wenn man nachmißt, wird man erkennen, daß man dabei weniger Wasser braucht, als beim Waschen in einer Waschschüssel. Dazu kommt, daß man bei fließendem Wasser tatsächlich nur mit Frischwasser, also nicht mit verdünntem Seifenwasser nachspült, also wirklich alle Seifenreste und damit überschüssiges Alkali und etwaige Schleif- und Füllmittel fortspült, die sich oftmals auch in feinen Toilette-Seifen vorfinden. Wenn man einen guten Hautcreme zu benutzen pflegt, dann wird dieser auf die nasse Haut gebracht und sorgfältig und gleichmäßig verrieben. Darauf wird noch einmal mit Frischwasser nachgespült und nun erst abgetrocknet. Durch das einfache Nachspülen mit Frischwasser wird der gut verriebene Hautcreme durchaus nicht wieder entfernt, nur ein etwaiger unnötiger Ueberschuß wird beseitigt, und es tritt nach dem Abtrocknen nicht das unangenehme Gefühl der Fettigkeit der Haut auf.

Natürlich kann man ein solches Verfahren auch für die Haut des Gesichts anwenden. Auch die Männerwelt, soweit sie sich selbst rasiert, wird ein entsprechendes Behandeln der Gesichtshaut nach dem Rasieren als wohltuend und zweckmäßig empfinden.

Amtliches

Am Sonnabend, den 2. Juli 1932, vormittags 9 Uhr,
findet in Großenhain in der Amalienstiftung, Herrmannstraße (neben der Amtshauptmannschaft)

Krüppelberatungsstunde

statt.

Die Beratung ist unentgeltlich.

Es wird darauf hingewiesen, daß eine Untersuchung nur auf vorherige Anmeldung beim unterzeichneten Wohlfahrtsamte erfolgt.

Großenhain, am 27. Juni 1932.

Bezirksverband der Amtshauptmannschaft als Bezirksfürsorgeverband.
— Wohlfahrtsamt —

In das hiesige Handelsregister ist am 27. Juni 1932 eingetragen worden auf Blatt 716, betr. die Firma **Elektrizitätswerk Riesa, Aktiengesellschaft in Riesa:** Durch die Generalversammlung vom 30. Mai 1932 sind die bisherigen Bestimmungen, betr. die Zusammensetzung und Bestellung des Aufsichtsrats und über die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats, die durch die VO. vom 19. 9. 1931 über Aktienrecht außer Kraft gesetzt worden sind, erneut beschlossen worden.

Amtsgericht Riesa, den 28. Juni 1932.

Zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der Firma **Barth & Sohn, Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** die in Riesa die Herstellung von Polsterwolle, eine Kunstwoll- und Kunstbaumwollfabrikation, sowie Rohproduktengroßhandel betreibt, wird heute am 28. Juni 1932, nachmittags ½5 Uhr das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet.

Der Diplomkaufmann Gerhard Bieger in Riesa, Paulitzer Straße 15, wird als Vertrauensperson bestellt.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf

Mittwoch, den 3. August 1932, nachmittags 3 Uhr

vor dem Amtsgerichte Riesa bestimmt.

Die Unterlagen liegen auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten aus.

VV 6/32. **Amtsgericht Riesa,** den 28. Juni 1932.

Nachstehend bringen wir den III. Nachtrag vom 21. Juni 1932 zur Verkehrsordnung der Stadt Riesa vom 10. August 1927 zur öffentlichen Kenntnis. Druckstücke sind zum Selbstkostenpreise erhältlich.

Der Rat der Stadt Riesa — Polizeiamt —,
am 25. Juni 1932.

III. Nachtrag
zur Verkehrsordnung der Stadt Riesa vom 10. August 1932.

I.

In § 104 werden in Absatz 1 die Worte „so oft als nötig" und das Wort „aber" gestrichen.

II.

§ 119 erhält folgende Fassung:

§ 119.

Musizieren bei offenen Fenstern und im Freien.

Das Musizieren bei offenen Fenstern und im Freien ist zwischen 10 Uhr abends und 7 Uhr morgens, das Blasen auf Blechinstrumenten bei offenen Fenstern und im Freien zu jeder Tageszeit verboten, insoweit es nicht im Einzelfalle vom Rate ausdrücklich genehmigt worden ist.

Das Spielenlassen von Grammophonen, Radiolautsprechern und sonstigen mechanischen Musikinstrumenten bei offenen Fenstern, auf Balkonen und anderen Orten wird verboten, soweit dadurch die öffentliche Ruhe gestört wird.

III.

Dieser Nachtrag tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Riesa, am 21. Juni 1932.

Der Rat der Stadt Riesa — Polizeiamt —.

Neue Fahrpläne
in Taschenformat
für Eisenbahn
mit Preisverzeichnis für Sonntagsfahrkarten,
städt. und staatl. Kraftwagenverkehr,
Dampfschiffverkehr
Stück 20 Pfg.
zu haben in der
Tageblatt-Geschäftsstelle
Riesa, Goethestr. 59

Oeffentliche Versicherungsanstalt der Sächs. Sparkassen.

Beschlüsse der Vorstandssitzung.

Am 30. Mai 1932 fand unter dem Vorsitz des Herrn Präsidenten Dr. Eberle die Vorstandssitzung der Öva (Öffentlichen Versicherungsanstalt der Sächsischen Sparkassen) statt, die den Jahresabschluß 1931 und die Verwendung der Überschüsse in der jahresüblichen Vorlage an die für den 11. Juli 1932 anberaumten Hauptversammlung beschlossen hat.

Da die Verwendung der Überschüsse satzungsgemäß gebunden, also eine wesentliche Änderung der Vorlage durch die Hauptversammlung nicht zu erwarten ist, auf der anderen Seite aber das Interesse an den Abschlußzahlen der Versicherungsanstalt besonders groß ist, scheint es uns richtig, bereits jetzt alle wissenswerten Zahlen bekanntzugeben.

Wie die folgenden Zahlen beweisen, hat die Krise der Wirtschaft noch keinen wesentlichen Einfluß auf die Ergebnisse des Jahres 1931 gehabt.

Die Bestände in den Hauptzweigen Lebens- und Krankenversicherung haben trotz großer vorzeitiger Abgänge, die auch bei der Öva nicht zu vermeiden gewesen sind, eine nennenswerte Erhöhung erfahren.

Die Überschüsse beliefen sich auf insgesamt 2 443 742,21 RM, wobei besonders hervorgehoben werden muß, daß die Öva von den ihr durch Notverordnung zugestandenen Bilanzierungserleichterungen keinen Gebrauch gemacht, sondern nach rein kaufmännischen Grundsätzen Abschreibungen auf Wertbestände vorgenommen hat, die somit ein bilanzwahres Gesamtbild ergeben. **Die im Berichtsjahr erzielten Überschüsse** in Verbindung mit der bisher angesammelten Überschußrücklage der Lebensversicherten, die nunmehr auf eine Höhe von 11 383 933,98 RM gebracht worden ist, lassen es unbedenklich erscheinen, nicht nur für dieses Jahr die Gewinnausschüttungen in gleicher Höhe wie bisher vorzunehmen, sondern darüber hinaus auch in Aussicht zu stellen, unabhängig von den Ergebnissen des laufenden Jahres, die bisher durchaus gut beurteilt werden können, auch für das nächste und eine längere Reihe von Jahren noch an der gewohnten Überschußverteilung festzuhalten. Sie ermöglichen es insbesondere, die Zusage einzulösen, die wir im vergangenen Jahre den Versicherten der früheren Sächsischen Rentenversicherungsanstalt gegeben haben, eine Erhöhung der bisher gezahlten Renten eintreten zu lassen.

Es wurde demgemäß beschlossen, die Überschußanteile der Versicherten in der Großlebens- und in der Kleinlebensversicherung für das im Jahre 1933 beginnende Versicherungsjahr wie folgt festzusetzen:

Es werden gewährt:

1) ein Grundbetrag von 10% des dividendenberechtigten Beitrages vom Beginn des 3. Versicherungsjahres an,
2) ein Zusatzbetrag von 5% des dividendenberechtigten Beitrages vom Beginn des 6. Versicherungsjahres an sowie von weiteren 5% vom Beginn des 11. Versicherungsjahres an.
3) ein Ausgleichsbetrag für die Versicherungen, zu denen im Jahre 1933 das 6. oder 11. Versicherungsjahr beginnt. Der Ausgleichsbetrag wird auf Grund eines Zinssatzes von 7% errechnet.

Bei Wahl des Summenzuwachses werden die obigen Überschußanteile als Beiträge für zusätzliche Versicherungsleistungen verwendet.

Für die Überschußanteile, die verzinslich angesammelt werden, wird für das im Jahre 1933 beginnende Versicherungsjahr der Zinssatz auf 7% festgesetzt.

Der Überschuß in der Kranken- und in der Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrzeugversicherung wird voll der Sicherheitsrücklage dieser Abteilungen zugeführt.

Die Renten, die bisher in durchschnittlicher Höhe von 25% des Vorkriegsbetrages gezahlt wurden, sollen, und zwar für dauernd, eine Erhöhung um 10% erfahren.

Aus dem von dem Direktor der Anstalt vorgetragenen Bericht sind noch folgende Zahlen von besonderer Bedeutung:

Der Bestand in der großen und kleinen Lebensversicherung belief sich am Jahresschluß auf 107 897 Versicherungen über 272 883 132 RM Versicherungssumme bei einer Durchschnittsversicherungssumme in der Großlebensversicherung von 5714,— RM und in der Kleinlebensversicherung von 674,— RM. Dazu kommen noch 6110 Bausparversicherungen über 25 343 000 RM Versicherungssumme. Die Beitragseinnahme betrug in der großen Lebensversicherung aus selbst abgeschlossenen Versicherungen 9 522 365,81 RM, in der kleinen Lebensversicherung 2 827 050,49 RM, in der Krankenversicherung 915 969,11 RM, in der Unfall-, Haftpflicht- und Kraftfahrzeugversicherung 1 381 975,05 RM.

An Schäden wurden fällig einschließlich der zurückgestellten Schadensummen in der großen Lebensversicherung 1 862 406,57 RM, in der kleinen Lebensversicherung 177 298,02 RM, in der Krankenversicherung 899 255,64 RM und in der Unfall-, Haftpflicht- und Kraftfahrzeugversicherung 2 147 982,60 RM.

An Hypotheken wurden bis Ende 1931 ausgeliehen — nicht mitgerechnet die Hypotheken der früheren Sächsischen Rentenversicherungsanstalt — 2925 Stück mit 33 558 040,20 RM, dabei waren 1925 Hypotheken mit Beträgen zwischen 1000 und 10 000 RM. Grundsätzlich wurden, wie stets, Dorfgemeinden, Klein-, Mittel- und Großstädte gleichmäßig nach Maßgabe des Beitragsaufkommens bedacht; 1484 Hypotheken wurden in Gemeinden bis zu einer Einwohnerzahl von 5000 Seelen, 390 in Gemeinden zwischen 5001 und 10 000 Seelen gegeben. Der Durchschnittsbetrag einer Hypothek stellt sich auf 11 473,— RM.

Der Anstalt gehören zurzeit 389 Gemeinden als Mitglieder an, während weitere rund 200 Gemeinden und Gemeindeverbände mit ihr durch Arbeitsgemeinschaftsverträge verbunden sind.

Auch die öffentlich-rechtlichen Versicherungsverbände, denen die Anstalt als Mitglied angehört, können mit Befriedigung auf das Jahr 1931 zurückschauen. Der von den im Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland vereinigten Anstalten angeworbene Versicherungsbestand betrug Ende 1931 unter Berücksichtigung der Erhöhung der Versicherungssumme durch die Überschußanteile etwas über 2 Milliarden RM. Der von den im Verband öffentlicher Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalten vereinigten Anstalten angeworbene Versicherungsbestand betrug Ende 1931 245 995 Versicherungen mit 14 553 353,00 RM Jahresbeitrag.

Das Herz steht still —

muß stillstehen, wenn der Blutkreislauf aufhört. Was beim Herzen das Blut, ist für's Geschäft die Werbung. Werben bringt Leben. Sagen Sie nicht, dazu habe ich weder Zeit noch Geld. Wer heute noch glaubt, daß die Kunden ohne Einladung — ohne Anregung durch die Ladentür kommen müssen, geht nicht mit der Zeit, sieht nicht die Anstrengungen der Konkurrenz. Werden Sie darum nicht gleichgültig. Vom Gleichmut ist's nicht mehr weit bis zur Mutlosigkeit. Wenn Sie erst da stehen, hilft Ihnen auch keine Anzeige mehr im Riesaer Tageblatt. Es ist nur das Rüstzeug für den Geschäftsmann, dessen Losung heißt:

„Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten!"

Ständiges Inserieren bringt unbedingt Erfolg.

Feuer auf dem Dampfer „Tanger".

Das Schiff bei Neuwerk auf Grund gesetzt.

Hamburg. Auf dem deutschen Dampfer „Tanger", der Oldenburg-Portugiesischen Dampfschiffreederei, der sich auf der Reise von Marokko nach Hamburg befindet, ist in der Deutschen Bucht Feuer ausgebrochen, das sich mit großer Geschwindigkeit auf dem Achterschiff ausbreitete. Den zu Hilfe herbeigerufenen Bergungs- und Schleppdampfern gelang es, das Schiff bei Neuwerk auf Grund zu setzen. Infolge der großen Hitze ist es sehr schwer, an das Feuer heranzukommen. Das ganze Hinterschiff bildet ein Flammenmeer. Die Mannschaft dürfte nach den bisher vorliegenden Meldungen gerettet sein.

Hamburg. (Funkspruch.) Ueber das Feuer auf dem Dampfer „Tanger" wird weiter bekannt, daß sich an der Unfallstelle vier Bergungsdampfer befinden, die versuchen, den Brand einzudämmen. Das Feuer breitet sich jedoch immer weiter über das Schiff aus. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Für Reise und Wanderungen

Hitze und Staub erschlaffen den Körper besonders beim Reisen und Wandern. Eine gründliche Zahnreinigung mit Chlorodont-Zahnpaste und -Zahnbürste, sowie eine kräftige Mundspülung mit dem herrlich erfrischenden Chlorodont-Mundwasser wirken wohltuend, verschaffen das Gefühl der Sauberkeit und

immer schöne weiße Zähne

Das kleine Haus am Michigansee

ORIGINALROMAN von OTFRID v. HANSTEIN

Vertrieb: Romanverlag K. & H. Grettler, G. m. b. H., Rastatt

26. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Unten hatte man jetzt die Glastür geöffnet, die in das Freie hinausging; aber gleichzeitig hörte sie Schritte die Treppe hinaufkommen. Nun also holte man sie!

Nein! Allerdings pochte es an ihrer Tür, aber unten wurden Stimmen laut.

„Wo haben Sie die Person gefunden?"

„Auf dem Bahnhof, in dem Augenblick, als sie den ersten Frühzug erreichen wollte, um nach Chikago zu fahren."

„Wer ist es?"

„Die Sara Smith, die sich seit Wochen obdachlos in den Fischerhütten am See herumtrieb."

„Sie sind Ihrer Sache sicher?"

„Wir haben die beiden Altarleuchter noch in ihrem Packen gefunden."

Theresa stand auf, sah vorsichtig aus dem Fenster und beobachtete, daß der Polizist, von Will begleitet, durch den Garten dem Pfarrhause zuging. Beide sprachen lebhaft und laut; Theresa konnte aber ihre Worte nicht verstehen.

Sie atmete auf. Nicht sie hatte der Policeman gemeint! Teufel! Wie sollte sie jetzt ihre törichte Angst, ihre sinnlose Flucht erklären?

Es wurde abermals geklopft. Das war sicher Mutter Mabel!

Sie überlegte einen Augenblick, dann riß sie ihren Koffer auf, nahm eine spitze Schere, zerrte mit rascher Bewegung den Strumpf von ihrer Wade und brachte sich drei Stiche bei. Sie hatte kräftig zugestochen, und die kleinen Wunden bluteten heftig.

„Aber, Kind, Theresa!"

„Ich komme!"

Frau Mabel trat ein.

„Was ist denn? Was hast du denn? Warum hast du geschrien und warum schließt du dich ein?"

„Ich bin von einer Schlange gebissen!"

Die gute Frau machte maßlos verwunderte Augen.

„Von einer Schlange?"

„Sieh nur her, wie ich blute!"

Sie sank, anscheinend matt vor Schmerzen, in einen Sessel und zeigte der guten Frau ihre blutende Wunde.

„Wie ist denn das möglich?"

„Eine Schlange! Ich sah etwas heranhuschen, mit dem Polizisten durch die Tür schnellen — gleich darauf fühlte ich einen stechenden Schmerz in der Wade, schrie auf, rannte die Treppe hinauf und schloß mich in meiner Angst ein."

„Aber es gibt doch hier gar keine Schlangen!"

Die drei Stiche, die Theresa sich beigebracht, sahen in der Tat aus, wie von feinen, scharfen Zähnen verursacht.

„Das muß eine Ratte gewesen sein! Unglaublich! Wir haben hier allerdings Ratten. Das heißt, nur hier oben in diesem alten Häuschen. Aber am hellen Tage! — Wir müssen die Wunde auswaschen . Ich habe Verbandszeug unten — ich komme gleich wieder. Armes Kind! — Wir werden doch sofort einen Rattenjäger bestellen —"

Therese lachte, während Frau Mabel geschäftig die Treppe hinabeilte, um Verbandszeug zu holen. Als sie wieder hinaufkam, fand sie das Mädchen dabei, die Wunde zu waschen.

„Nun bin ich schon ruhig. Ich glaubte, eine Giftschlange hätte mich gebissen — es tut gar nicht weh, ich war nur so furchtbar erschrocken."

Frau Mabel legte ein Pflaster auf die kleinen Wunden, die sie sorgfältig nochmals desinfiziert hatte.

Jetzt kam auch schon Will die Treppe herauf.

„Wo ist Ada?"

„Einen Augenblick, Jungchen!"

Der Strumpf war wieder über den Fuß gezogen, und Ada kam, ein leises Hinken markierend, neben Frau Mabel aus dem Zimmer.

„Denke dir, das Kind ist von einer Ratte gebissen worden!"

„Unsinn! Wie sollte eine Ratte in unsere Diele kommen?"

„Es hat stark geblutet — sie glaubte, es sei eine Schlange, und hat ein Tier gesehen."

„Schlangen gibt es erst recht nicht, höchstens Zecken."

Theresa lachte.

„Es ist schon vorüber! Nur — ich bin so furchtbar erschrocken. Die paar kleinen Stiche sind gar nicht der Rede wert, aber ich mußte doch nachsehen!"

— — — — — — — — —

Der Reverend fuhr die Straße nach Chikago dahin und hatte unterwegs sonderbare Gedanken.

An diesem Morgen hatte er nichts an Theresa aussetzen können; trotzdem war er in traurigster Stimmung. Er hatte töricht gehandelt! Wie hatte er annehmen können, daß fünfzehn Jahre so spurlos an einem Mädchen vorübergingen. Noch etwas anderes. Wie konnte eine erwachsene junge Dame sich so benehmen, wenn ein Insekt sie stach! Es hatte doch geradezu ein Ausdruck von Todesangst auf ihrem Gesicht gelegen! An die Ratte glaubte er ebensowenig wie an die Schlange. Hätte nicht die Mutter selbst das Blut gesehen — er hatte wirklich zuerst geglaubt, der Anblick des Polizisten hätte Ada derartig erschreckt. Jedenfalls war sie recht unbeherrscht und wahrscheinlich nervös oder gar hysterisch.

Will schalt sich selbst; aber immer wieder stieg ein Gedanke in ihm auf, den er als Pfarrer am wenigsten haben durfte:

Wäre sie doch nicht gekommen!

Was aber nun? Er mußte sein Wort halten, so schwer es ihm fiel. Auch heute war sie ihm so fremd erschienen! Er war froh, daß sie nicht wie gestern sich selbst den Kuß nahm, den er ihr nicht geben konnte.

In Chikago ging alles sehr schnell. Freilich hatte er bei dem Spediteur tüchtiges Lagergeld für die Möbel zu bezahlen, aber, der Mann hatte sowieso an diesem Tage einen Transport nach Joseph City, und so wurden die Möbel noch am gleichen Vormittag auf einem großen Lastauto verstaut, und während Will noch einige Besuche machte und dann zum Gefängnis fuhr, rollte der Möbelwagen bereits aus der Stadt.

— — — — — — — — —

Frau Mabel war am Vormittag mit Theresa allein. Während sie in der Küche hantierte, war Theresa im Garten und pflückte Blumen.

„Ich will ein paar recht schöne Sträuße binden, wenn du es erlaubst. Wills Arbeitszimmer ist so kahl, und vielleicht freut es ihn."

Sie suchte eigentlich nur nach einem Vorwande, um nicht mit der Mutter reden zu müssen.

Gegen Mittag kam eine Depesche. Wieder faßte Theresa die Angst, die sie unwillkürlich vor allem Außerordentlichen empfand, aber es war eine Depesche aus Dresden, an Ada gerichtet:

„Bin glücklich über Deine Ankunft, habe mich so gesorgt, herzlichen Glückwunsch zur Hochzeit und Grüße an Euch alle. Deine Mutter."

Gott sei Dank, das war etwas Beruhigendes für Frau Mabel, die immer wieder in den Garten hinausgesehen und sich gefreut hatte, wie geschickt und schnell Ada die Blumen zu geschmackvollen Sträußen zusammenband — in dieser Tätigkeit wußte sie ja Bescheid.

„Ich kann mir denken, wie deine Mutter jetzt an dich denkt. Schade, daß sie nicht hier ist!" sagte sie.

„Das hätte mir noch gefehlt!" dachte Theresa; aber laut fragte sie:

„Wann wird denn unsere Hochzeit sein?"

„Wenn das Pfarrhaus fertig eingerichtet ist. Sag mal Kind, bist du denn mit Will zufrieden? Hat er sich nicht sehr verändert in diesen Jahren?"

Sie senkte den Kopf.

„Ich habe ihn sehr lieb. Er ist so männlich, so ernst. Nur glaube ich, ich gefalle ihm nicht mehr so wie früher."

„Mußt Geduld haben. Er ist ein Sonderling, hat sich viel zu sehr zurückgezogen, muß sich erst daran gewöhnen, daß er ein Bräutchen hat."

„Ich werde mich noch ein wenig hinlegen und ruhen und dann — ich habe nun einmal die Gewohnheit, ein

SLUB
Wir führen Wissen.

Manche Vereinskasse ist heute nicht mehr so stark wie früher.

weil viele Mitglieder durch die Erwerbslosigkeit selbst kleinere Beiträge nicht mehr beisteuern können. Darunter braucht aber keineswegs die Werbung bei besonderen Anlässen zu leiden. Wir sind in der Lage, selbst mit bescheidenen Mitteln auffällige Plakate, Programme und Eintrittskarten für den jeweiligen Zweck rasch und billig herzustellen. Bitte wenden Sie sich immer an die

Druckerei des Riesaer Tageblatt.

Vermischtes.

Der Entschuldigungszettel, den das Kind nach der Krankheit dem Lehrer mitbringt, oder den die Mutter dem Lehrer direkt sendet, ist so oft ein Quell unfreiwilligen Humors! Da schreibt eine Mutter, die mit der Rechtschreibung auf sehr argem Kriegsfuß lebt: „Bitte um Entschuldigung, da meine Tochter Charlotte ein Ungeziefer aufgefangen hat. Ich biete Ihnen meine Tochter nich an solche Kinder heranzusetzen, indem das ich sehr vor Reinlichkeit bin." — Merkwürdige Verhältnisse scheinen in einer Familie zu herrschen, wo die Mutter schrieb: „Meine Tochter Louise hat gefehlt, weil sie einen kleinen Bruder gekriegt hat. Sollte es nächste Woche wieder vorkommen, so entschuldigen Sie bitte." — Ganz fürchterlich muß ein Junge gelitten haben, der durch seinen Vater in folgender Weise entschuldigt wurde: „Ich bitte, mein Sohn Karl zu entschuldigen, indem das er Ungeheuer gebrochen hat." Hoffentlich waren es nicht Nilpferde oder vorsintflutliche Drachen!

Schmugglergut im Benzintank. Zwischen Mariadorf und Jülich an der deutsch-holländischen Grenze gelang es Beamten des Dürener Hauptzollamtes, einen lang gesuchten holländischen Schmuggler zu stellen. Er hatte seine Limousine auf Schmuggelfahrten eingerichtet. Der Benzintank war durch eine Scheidewand in zwei Teile geteilt. Der kleinere enthielt etwa 25 Liter Benzin, der größere 70 Pfund geschmuggelten Tabak. Nach mehrstündiger Untersuchung des Fahrzeuges, wobei der Wagen ganz auseinander genommen wurde, fand man noch ein zweites Versteck unter dem Armaturenbrett, wo weitere 30 Pfund Tabak untergebracht waren. Das Fahrzeug und die Schmuggelware verfielen der Beschlagnahme und der Holländer wurde in Untersuchungshaft genommen.

Der „magische Ziegenbock" verkauft. Der einem Wernigeroder Einwohner gehörige Ziegenbock, der am Tage der Sonnenwende bei dem magischen Experiment des Misters Price aus London auf dem Brocken als Objekt gedient hatte, ist zu einem Preise von 155 Mark an einen Liebhaber in Karlsbad in der Tschechoslowakei verkauft und bereits dorthin abtransportiert worden.

Brand im städtischen Opernhaus in Hannover.

)(Hannover. Gestern nachmittag brach aus bisher noch unbekannter Ursache in der Herrengarderobe des städtischen Opernhauses ein großer Brand aus, der sich rasch ausbreitete und den südlichen Teil des Gebäudes in mächtige Rauchwolken hüllte. Die sofort alarmierte Feuerwehr machte sich mit einem großen Aufgebot an die Bekämpfung des Brandes.

Der Brand konnte erst nach etwa zweistündigen Bemühungen der Feuerwehr niedergekämpft werden, da man nur mit schweren Gasschutzgeräten an den Brandherd herankommen konnte. Drei Feuerwehrleute zogen sich schwere Rauchvergiftungen zu. Ein Teil der Garderobenräume ist ausgebrannt. Schätzungsweise ist ein Fünftel der Garderobe verloren gegangen. Ueber die Entstehungsursache läßt sich noch nichts genaues sagen.

Tumulte bei einer Zwangsversteigerung.

)(Pforzheim. Bei einer Zwangsversteigerung, die in Göbrichen vorgenommen werden sollte, nahmen die Einwohner des Dorfes gegen den Gerichtsvollzieher eine so bedrohliche Haltung ein, sodaß die aus Pforzheim herbeigerufene Polizei 7 Personen festnahm und ins Gemeindehaus brachte. Am Abend wurde **das Gemeindehaus regelrecht gestürmt. Das Ueberfallkommando aus Pforzheim wurde am Dorfeingang von den Einwohnern hinter Barrikaden aus Heuwagen mit Steinwürfen und vereinzelten Schüssen empfangen.** Mehrere Personen wurden erheblich, andere, darunter auch Polizeibeamte, leichter verletzt.

Frauen und Kinder dringen in das Rathaus ein.

tu. Kiel. Dienstag mittag kam es vor dem Rathaus zu einer **Kundgebung von Frauen und Kindern von Erwerbslosen,** die unter Führung einer kommunistischen Stadtverordneten in das Rathaus eindrangen und gegen die geringen Unterstützungssätze protestierten. Da die Frauen und Kinder sich derart aufsässig zeigten, wurde schließlich das Ueberfallkommando herbeigerufen. Die große Menschenansammlung vor dem Rathaus wurde durch berittene Polizei auseinandergetrieben.

Verwegener Raubüberfall im Kontorhaus der Woermann-Linie.

50—70 000 Reichsmark erbeutet.

)(Hamburg. Gestern mittag zwischen 12 und 12.30 Uhr drangen in den Kasernenraum des Verwaltungsgebäudes der Woermann-Linie 3 Banditen und erpreßten mit vorgehaltenen Revolvern von dem überraschten Kassierer die gesamten für die morgigen Lohnzahlungen bestimmten Gelder, die eine Höhe von 50—70 000 Reichsmark betragen sollen. Die Räuber bestiegen nach der Tat ein vor der Tür haltendes Auto und entkamen unerkannt.

Haftbefehl gegen den Bauunternehmer Matthé.

)(Berlin. Der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium hat gestern gegen den Bauunternehmer Matthé aus Marzahn wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges Haftbefehl erlassen. Matthé war, wie gemeldet, unter dem Verdacht festgenommen worden, seine beiden Wirtschafterinnen nacheinander im Laufe dieses Jahres durch Veronal vergiftet zu haben. Dieser Verdacht erwies sich als unbegründet. Dagegen wurde im Laufe der Untersuchung festgestellt, daß Matthé mehrfach Urkundenfälschungen begangen hat.

wenn Sie
die Zustellung des Riesaer Tageblattes für **Juli** wünschen.

Bezugspreis **2,— Rm.** ohne Zustellgebühr.

Neubestellungen

auf das in allen Schichten der Einwohnerschaft von Riesa und Umgegend gern gelesene Riesaer Tageblatt zum Bezug nehmen jederzeit entgegen für

Althirschstein: Hugo Rühle, Boritz
Bahra: Hugo Rühle, Boritz.
Bloßwitz: W. Naujoks, Seerhausen 17
Bobersen: Frau E. Vogel, Bobersen Nr. 72
Boritz: Hugo Rühle, Boritz
Canitz: O. Thiele, Gröba, Oschatzer Straße 19
Glaubitz: Frau Hesse Nr. 6
Gohlis: E. Kühne, Nr. 57
Groptitz: W. Naujoks, Seerhausen 17
Gröba: A. Haubold, Strehlaer Str. 12
„ M. Heidenreich, Alleestr. 4
„ A. Riedel, Oschatzer Str. 2
„ Frau Kulke, Kirchstr. 19
Grödel: O. Vetter, Grödel Nr. 1
Heyda: Frau H. Horst, Heyda, Nr. 42
Jahnishausen-Böhlen: Frau Trimus, Nickritz Nr. 21c
Kalbitz: Frau Müller, Seerhausen Nr. 18d
Kobeln: A. Dietze, Kobeln Nr. 18
Langenberg: Otto Scheuer, Bäckermeister
Leutewitz bei Riesa: Willi Herrmann, Leutewitz Nr. 17g
Mautitz: W. Naujoks, Seerhausen 17
Mehltheuer: Rich. Gruhle, Mehltheuer Nr. 59
Merzendorf: L. Schumann, Poppitz 13
Merzdorf: O. Thiele, Gröba, Oschatzer Str. 19
Moritz: K. Vetter, Grödel Nr. 1
Nickritz: Frau Trimus, Nickritz Nr. 21c
Nünchritz: Marie Thranitz, Wiesentorstr. 6
Oelsitz: M. Schwarze, Nr. 41
Pahrenz: A. Dietze, Kobeln Nr. 18
Pansitz: M. Schwarze, Oelsitz Nr. 41
Poppitz bei Riesa: L. Schumann, Nr. 13
Pransitz: Frau Trimus, Nickritz Nr. 21c
Riesa: Alle Zeitungsträger und zur Vermittlung an diese die Tageblatt-Geschäftsstelle Goethestr. 59 (Telefon Nr. 20)
Röderau: M. Schöne, Grundstr. 16
Saageritz: Frau Hesse, Glaubitz Nr. 6
Seerhausen: Frau Müller, Seerhausen Nr. 18d
Weida (Alte): Fr. Kluge, Lange Str. 115
Weida (Neue): F. Pöge, Lange Str. 26
Zeithain-Dorf: S. Sandholz, Teichstr. 13
Zeithain-Lager: Richard Schönitz, Buchhändler

Tagebuch zu führen, ich habe es von frühester Kindheit an getan und werde die Stunden des Alleinseins benutzen, um es fortzuführen. Warte einen Augenblick! Ich will es dir holen!"

Sie kam schnell wieder aus ihrem Zimmer.

„Sieh her! Da sind Seiten, die schon ganz blaß geworden sind. Da habe ich als Kind eingeschrieben, wie Will uns in Dresden zum letzten Male besuchte. Ich habe das niemand gezeigt, nicht einmal meiner eigenen Mutter; aber du sollst sehen, damit du weißt, wie lieb ich schon damals, noch als Kind, Will hatte."

Frau Mabel kamen wieder die Tränen.

„Du bist ein gutes Mädchen. Ich will dir nur gestehen, daß ich etwas Angst vor dir hatte."

„Vor mir?"

„Man kann doch nicht wissen —"

„Und jetzt?"

„Jetzt bin ich völlig beruhigt."

— — — — — — —

Frau Mabel rüstete sich zum Ausgehen.

„Wenn ich darf, setze ich mich in den Garten."

„Du darfst alles, du sollst doch die Herrin hier sein."

Theresa wartete, bis Frau Mabel gegangen und ihren Augen entschwunden war, dann eilte sie in das Zimmer hinauf. Ein Gefühl tödlicher Angst war in ihr.

An diesem Morgen hatte sie sich mehr als töricht benommen. Will war noch zurückhaltender gewesen als vordem. Sie empfand deutlich, daß er enttäuscht war. Sie wußte, daß er weder an die Schlange noch an die Ratte glaubte. Immerhin — die Mutter hatte das Blut ja gesehen.

Aber der Policemann? Ihm mußte auch aufgefallen sein, wie sehr sie erschrak, und ein solcher Mann hat einen scharfen Blick. Wenn er argwöhnisch ward? Er hatte ja sicher alle Zeitungen gelesen, die sie vor Will und seiner Mutter versteckt hatte.

Und jetzt war Will im Gefängnis? Wenn etwa Ada zu sich gekommen war? Natürlich war der Geistliche der erste, dem sie sich anvertrauen würde.

Wenn Will mit ihr sprach?

Sie wurde von Minute zu Minute ängstlicher, zitterte, sobald sie irgendein Geräusch hörte, fuhr bei jedem Rauschen in den Bäumen zusammen.

Dann aber glaubte sie, erstarren zu sollen.

Ganz in ihrer Nähe erscholl ein Pfiff. Ein ganz bestimmtes Signal, das sie nur zu genau kannte — der Pfiff, mit dem Vittorino Alconti sein Kommen anzukündigen pflegte, wenn sie bisweilen, noch ehe er zu der Zuchthausstrafe verurteilt wurde, ein heimliches Zusammentreffen mit ihm gehabt hatte.

Zuerst blieb sie völlig still, eilte nur in den Garten hinab und lauschte. Sie mußte sich getäuscht haben. Warum sollte nicht auch ein anderer Mensch so pfeifen? Vittorino war ja weit fort, hatte sicher bereits die Grenze von Kanada überschritten; denn in der Zeitung hatte nichts von seiner Verhaftung gestanden.

Doch nach einer Weile erklang der Pfiff abermals, diesmal ganz in der Nähe, und als Ada aufsah, bemerkte sie, ganz dicht bei dem Hause und hinter einem Baum versteckt, eine Gestalt.

Vittorino Alconti!

Theresa glaubte ohnmächtig werden zu müssen; aber schon hatte die Gestalt sich von den Bäumen gelöst und — Vittorino kam auf sie zu.

„Warum antwortest du nicht?"

„Wie kannst du es wagen, hierher zu kommen?"

„Ich bin schon seit gestern abend hier. Der Reverend ist im Auto fort und die Alte ist in die Stadt gegangen. Ich wollte in deiner Nähe bleiben."

„Du stürzt uns beide ins Unglück. Weißt du nicht, daß ich zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt bin?"

„Eben deswegen muß ich in deiner Nähe sein. Ich habe mein Motorrad bei mir. Du mußt mit mir fliehen. In dieser Nacht."

„Erst muß ich heiraten, um die Papiere zu bekommen."

„Heute morgen war schon ein Polizist da."

„Der wollte etwas anderes."

„Oder er hat spioniert!"

„Wenn er dich sieht — —"

„Ich werde sofort wieder gehen."

„Du hast alles verdorben!"

Er stand dicht bei ihr und schlang einen Arm um sie.

„Ich will nicht, daß du ihn heiratest. Ich liebe dich! Ich will nicht, daß du ihm gehörst. Ich will nicht! Hörst du?"

„Geh! Mach, daß du fortkommst! Du bist wahnsinnig! In wenigen Tagen hätte ich ihn nach Kanada gelockt. Sieh zu, daß du über die Grenze kommst!"

„Denkst du, ich glaube dir? Ich habe gesehen, wie du um ihn und die Alte herum bist! Du willst dich hier einnisten, du willst Frau Pfarrer werden! Er gefällt dir, der alberne Mensch! Weißt du, daß Adas Bruder schon in Chicago ist?"

„Du lügst!"

„Glaube mir nicht, wenn du willst. Ich weiß es. Wir haben gute Spione. Er ist in Memphis mit Mac Clean zusammengekommen. Er weiß, daß die richtige Ada in Neuorleans war und war schon auf Polizei. Vorläufig glaubt er, daß seine Schwester bei dem Unglück im Mississippi ertrunken ist und hält die Verurteilte für eine Schwindlerin, die Adas Papiere stahl. Wahrscheinlich aber weiß er jetzt schon, daß eine andere Ada in Joseph City aufgetaucht ist und daß das gar nicht die richtige Ada sein kann, denn die hat er ja in Holland auf die Jacht van Printens gebracht. Er kann jeden Augenblick nach Joseph City kommen und dann bist du verloren! Du sollst mir dankbar sein, daß ich dich warne. In dieser Nacht ist die letzte Möglichkeit einer Flucht. Ich werde kommen und dich holen. Bleibe wach! Um Mitternacht werde ich pfeifen und dann mach, daß du herauskommst. Du steigst zu mir auf mein Rad und wir fliehen."

„Heiliger Gott!"

„Was hast du?"

„Dort kommt ein Auto und —"

In der Tat näherte sich ein großes Lastauto, dasselbe, das die Möbel Adas geladen hatte und neben dem Führer saß — Frau Mabel!

„Schnell fort!"

Mit raschem Sprung war Vittorino hinter den Bäumen, riß sein Motorrad hervor, sprang auf und fuhr davon; aber er konnte nicht vermeiden, daß er dicht an dem Lastauto vorüber mußte.

Theresa bebte an allen Gliedern, vermochte sich kaum aufrechtzuerhalten. Es war kein Zweifel, die alte Frau mußte den Motorradfahrer gesehen, mußte gemerkt haben, daß er aus ihrem Garten kam.

Frau Mabel stieg von dem Wagen und hatte ein gerötetes Gesicht.

„Gute Nachricht, Kind! Deine Sachen sind da! Nun werden wir sie gleich hinuntertragen lassen. Leider ist unten keine Zufahrt und der Wagen kann nicht vorfahren, weil die Straße am Seeufer gesperrt ist. Nicht wahr, das ist gute Nachricht? Du wirst dich erst recht daheim fühlen, wenn du dein Eigentum wieder um dich hast."

Jetzt erst bemerkte sie, wie blaß und verstört Theresa aussah.

„Aber Kind, ist dir nicht wohl? Ist die Wunde etwa schlimmer geworden?"

„Nein, aber — ich bin so sehr erschrocken. Ein Mann war da, auf einem Motorrad, der Will sprechen wollte und sich nicht abweisen ließ. Er sah so unheimlich aus und kam gleich in den Garten herein. Ich fürchtete schon, er würde mir etwas tun, als du, Gott sei Dank, kamst."

„Bist ein kleiner Angsthase, Ada. War es der Mensch, der an mir vorüberfuhr?"

„Ja."

Rektoratswechsel in der Deutschen Hochschule für Leibesübungen.

Anläßlich der Rektoratsübergabe der Deutschen Hochschule für Leibesübungen wurde dem neuen Rektor Geheimrat Professor Dr. Sauerbruch (rechts) vom Reichspräsidenten von Hindenburg die Rektorenkette feierlich überreicht. Unser Bild zeigt Exzellenz Lewald vom Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen (Mitte) mit dem früheren Hochschulrektor Geheimrat Dr. Bier (links) und dem neuen Rektor nach dem Besuch beim Reichspräsidenten.

Zum Gedenken an Friedrich Theodor von Vischer,

den bedeutenden Aesthetiker und Dichter, der vor 125 Jahren — am 30. Juni 1807 — in Ludwigsburg geboren wurde. Neben seinem Hauptwerk „Aesthetik oder Wissenschaft des Schönen" hat besonders sein durch meisterhafte Charakterschilderung ausgezeichneter, gedankenreicher und humorvoller Roman „Auch Einer" einen weiten Leserkreis gefunden.

Bild links unten.

Die Urteilsverkündung im Sklarek-Prozeß.

Unsere Aufnahme zeigt die Angeklagten während der Urteilsverkündung: Ganz rechts Leo Sklarek — letzte Reihe, zweiter von rechts Stadtbankdirektor Schmitt — letzte Reihe, vierter von rechts Bürgermeister Schneider — letzte Reihe ganz links Stadtrat Gaebel — erste Reihe, fünfter von rechts Willi Sklarek — erste Reihe ganz links Stadtamtmann Sokolowski.

Vom Flottenbesuch in Danzig.

Der äußere Anlaß des deutschen Flottenbesuches in Danzig war die 500-Jahr-Feier des St.-Jakobs-Hospitals, eines alten Seemannshauses, in dem berufsunfähige Seeleute ihren Lebensabend verbringen. Auf einem Festessen im Großen Saal des Hospitals — von dem unser Bild berichtet — hielt der Danziger Senatspräsident Ziehm vor den Offizieren der deutschen Kriegsschiffe eine Ansprache, in der er auf die Verbundenheit Danzigs mit dem alten Vaterlande erneut hinwies.

Bild rechts unten.

Schnellfeuer-Wettbewerb.

Bei den Marinemeisterschaften, die gegenwärtig in Kiel zum Austrag kommen, findet auch ein Schnellfeuerwettbewerb an Küstengeschützen statt, von dem unser Bild berichtet.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, 30. Juni.

Berlin — Stettin — Magdeburg.

6.00: Funk-Gymnastik. — Anschließend bis 8.15: Aus Dresden: Frühkonzert des Voß-Orchesters. — 9.00: Aus Köln: Schulfunk. In einer Kölnischen Alt-Bier-Brauerei. — 11.30: Aus Hamburg: Mittagskonzert. Kleines Norag-Orchester. — 12.40: Die Viertelstunde für den Landwirt. — 14.00: Heitere Musik aus Italien (Schallplatten). — 15.20: Aus Arbeit und Leben: Der Rundfunk im Leben der Gegenwart. — 15.45: Der Krebs, seine Bekämpfung und Verhütung. — 16.05: Verständnis statt Mitleid. — 16.30: Neue Unterhaltungsmusik. Alois Pachernegg mit seinem Orchester. — 17.30: Jugendstunde. Von den kleinen Planeten. — 17.50: Dein Kampf ums Recht. — 18.15: Victor Wittner liest eigene Arbeiten. — 18.35: Heiteres auf zwei Klavieren. Paul Schramm und Dini Soetermeer. — 18.55: Die Funk-Stunde teilt mit . . ." — 19.00: Stimme zum Tag. — 19.10: Deutsche Volksweisen. Bruno Kittelscher Kammerchor. — 19.35: Vom Rundfunk. — 20.00: „Der Freischütz." Oper in drei Akten von Carl Maria von Weber. — Während einer Pause: Tages- und Sportnachrichten. — Anschließend: Zeitansage usw. — Danach bis 0.30: Aus dem Eden-Hotel: Tanzmusik der Kapelle Oscar Joost.

Königswusterhausen.

5.45: Wetterbericht. — 6.00: Funk-Gymnastik. — 6.15: Wiederholung des Wetterberichtes. — Anschließend bis 8.00: Frühkonzert. — 9.00—9.45: Berliner Programm. — 10.00: Neueste Nachrichten. — 12.00: Wetterbericht. — Anschließend: Schallplatten-Konzert. — Anschließend: Wiederholung des Wetterberichtes. — 13.35: Neueste Nachrichten. — 14.00: Konzert. — 15.00: Der kleine Lindenflieger. — 15.30: Wetter- und Börsenberichte. — 15.45: Frauenstunde. Praktische Winke für die große Wäsche. — 16.00: Pädagogischer Funk. Gegenwartsprobleme im französischen Bildungswesen. — 16.30: Uebertragung des Nachmittagskonzertes Berlin. — 17.30: Die Kulturgeschichte des Tanzes. — 18.00: Moderne Violinpädagogik. — 18.30: Spanisch für Fortgeschrittene. — 18.55: Wetterbericht. — 19.00: Bilder vom heutigen Rußland: Das kollektive Kind. — 19.20: Stunde des Landwirts. Die praktische Bedeutung der Buchführung für den bäuerlichen Landwirt. — 19.35: Die Wunderwelt der Strahlen. — Anschließend: Wiederholung des Wetterberichtes. — Anschließend: Berliner Programm.

Gerichtssaal.

Ein Angeklagter, der sich sechsmal vom Termin drückt.

In dem jetzt zum 7. Male angesetzten Termin gegen die Eheleute Hesse waren die Angeklagten wieder nicht erschienen; infolgedessen wurden sie von der Polizei vorgeführt. Dem Friseur Walter Hesse und seiner Ehefrau Selma geb. Schwurzek und dem Tapezierer Arthur Fuls, die jetzt vor dem Gemeinsamen Schöffengericht standen, wurde allerhand zur Last gelegt. Hesse hatte einen Lehrvertrag mit einer Familie Schreck in Pirna, der vom Innungsmeister unterschrieben war, abgeändert, um von der Kriegerfürsorge Lehr- und Kostgeld zu erlangen. Weiter hatte er von einem Lehrling, der ihm angeblich ein Messer gestohlen hatte, 100 Mark verlangt, andernfalls würde er aus der Lehre fliegen. Einem anderen Lehrling hatte er Schulgeld abgezogen und diesen Betrag für sich verwandt. Mit Fuls zusammen hatte Hesse einen Versicherungsbetrug verübt. Er hatte seine Lehrlinge veranlaßt, ihr Alter über 16 Jahre anzugeben, damit sie für eine Versicherungszeitschrift versicherungspflichtig würden. Die Provision von je 7 Mark erhielt Hesse von Fuls, von dem er Geld zu bekommen hatte. Das Gericht verurteilte Hesse wegen Urkundenfälschung, Erpressung, Untreue und Betrug zu sechs Monaten Gefängnis, Fuls wegen Rückfallbetrug zu vier Monaten Gefängnis. Frau Hesse wurde freigesprochen. Hesse wurde sofort in Haft genommen, da er ein Jahr den Prozeß verschleppt habe durch haltlose Ausreden und Fluchtverdacht bestände.

•

Wegen Beseitigung amtlicher Urkunden vor der Disziplinarkammer.

Vor der Disziplinarkammer hatte sich am Dienstag der beim Amtsgericht Nossen beschäftigte 43jährige Gerichtsvollzieher Otto Oskar **Thiele** in einem auf Entlassung zielenden Dienststrafverfahren wegen Beseitigung amtlicher Urkunden zu verantworten. Der Angeklagte, der das ihm zur Last Gelegte auch jetzt noch energisch in Abrede stellt, soll in den Jahren 1929 und 1930 fortgesetzt Schriftstücke aus Zwangsvollstreckungsverfahren beseitigt haben, nicht um sich dadurch geldliche Vorteile zu verschaffen, sondern um Beschwerden wegen des schleppenden Geschäftsganges bei den Verfahren zu unterdrücken. Bei den beseitigten Schriftstücken sollen auch solche gewesen sein, die an Thieles vorgesetzte Dienststellen gerichtet waren. Wegen dieser Handlungen war Thiele in erster und zweiter Instanz vor dem Ordentlichen Gericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Disziplinarkammer hielt sich an die Feststellungen des Urteils und erkannte demgemäß trotz bester Zeugnisse über die dienstliche Führung Thieles auf **Dienstentlassung**, wobei es in Anbetracht der Schwere des Vergehens die **Gewährung einer Uebergangsgebühr ablehnte.**

•

Beginn des Meineidsprozesses gegen Rechtsanwalt Dr. Lange.

Am Dienstag begann vor dem Dresdner Schwurgericht der Meineidsprozeß gegen den in Haft befindlichen Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. Franz **Lange** aus Berlin-Lichtenfelde. Dr. Lange ist am 27. März 1888 in Runowo in Posen geboren. Er war von 1921—1925 Syndikus und dann Prokurist der Raiffeisenbank-Berlin, wo er großes Vertrauen genoß und selbständig handeln konnte. Auch die Abteilung der Kreditgewährung unterstand ihm. Er hatte auch die dem bekannten Uralzeff genehmigten Kredite veranlaßt. Dieser Kredit, der mit Zinsen 20 Millionen betrug und an dem Zusammenbruch der Bank schuld war, wurde von Dr. Lange gewährt. In dem inzwischen anhängig gewesenen Prozeß gegen Uralzeff beschwor Dr. Lange am 19. Juni 1931 und wiederholte den Eid teilweise in dem Berliner Strafverfahren gegen Uralzeff im April 1932, daß er keine Vorteile von Uralzeff erhalten, ferner kein Darlehen über 120 000 Mark, auch daß ihm Uralzeff zum Ankauf seiner Villa nichts gegeben habe. Weiter will er an Uralzeffs Geschäften nicht beteiligt gewesen sein, für die bewilligten Kredite keine Provision erhalten, keinen Teppich geschenkt bekommen und keine unwahren Angaben bezüglich seines Autos gemacht haben. Diese beiden Eide sollen unrichtig sein. Der Prozeß ist auf vier Tage berechnet. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Steffan, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Fleischhauer und Dr. Fritz.

die Lektüre des Riesaer Tageblattes, das im Urlaub oder in den Ferien für den Geist genau so nötig ist, wie das tägliche Brot für den Magen. Eine Mitteilung über Ihre Feriendresse an den Träger des Riesaer Tageblattes genügt — und Sie brauchen auf die gewohnte Lektüre des Ihnen lieb gewordenen Riesaer Tageblattes auch in den Ferien nicht zu verzichten, denn das Riesaer Tageblatt wird nach überallhin unter Kreuzband zugeschickt.

Turnen – Sport – Spiel – Wandern

Turnverein Riesa-Weida e. V. DT.

Die Namen derer, die zu den Wettkämpfen anläßlich der Platzweihe des Turnvereins Riesa-Weida mit dem schlichten Eichenkranz ausgezeichnet wurden, sind folgende:

Fünfkampf der Turner:

1.	Haberecht, Fritz, Tv. Gröba	79 Punkte
2.	Steuer, Erich, Tv. Zeithain	78 „
3.	Schuster, Fritz, Gröba	75 „
4.	Lau, Erich, Bobersen	72 „
5.	Lochmann, Herbert, Riesa	71 „
6.	Würdig, Georg, Gröba	67 „
7.	Geißler, Ehrhard, Gröba	66 „
8.	Küchler, Ernst, Allgem. Tv. Riesa	63 „
	Kniffe, Ernst, Tv. Gröba	63 „
	Thomas, Fritz, Altoschatz	63 „
9.	Lademann, Hans, Weida	62 „
10.	Krause, Rudolf, Riesa	60 „
	Wolf, Horst, Weida	60 „

Als besondere gute Leistung sei der Weitsprung von Lochmann-Tv. Riesa mit 6,31 m hervorgehoben.

Dreikampf der Aelteren Turner:

1.	Böttcher, Robert, Tv. Weida	36 Punkte
2.	Scheffler, Kurt, Zeithain	32 „
3.	Mirring, Ottokar, Weida	30 „

Fünfkampf der Turnerinnen:

1.	Richter, Irmgard, Tv. Gröba	87 Punkte
2.	Knobloch, Gertrud, Riesa	71 „
3.	Hofmann, Lotte, Weida	70 „
4.	Herrig, Ella, Riesa	66 „

Vierkampf der Jugendturnerinnen:

1.	Vogel, Tv. Riesa	64 Punkte
	Räubig, Hilde, Weida	64 „
2.	Richter, Brunhilde, Gröba	58 „
3.	Kunze, Marg., Allgem. Tv. Riesa	56 „
4.	Gasch, Hilde, Tv. Weida	54 „
5.	Himmelreich, Elfr., Allgem. Tv. Riesa	52 „

Dreikampf der Jugendturner, Jahrgang 14—15.

1.	Fickenwirth, Gottfr., Tv. Riesa	66 Punkte
2.	Hunger, Gerhard, Weida	55 „
3.	Rehm, Riesa	49 „
4.	Plato, Fritz, Weida	43 „
	Krüger, Rudi, Weida	43 „
	Knepper, Walter, Weida	43 „
5.	Borner, Erich, Zeithain	42 „
6.	Geißler, Hans, Gröba	40 „

Dreikampf der Jugendturner, Jahrgang 16—17.

1.	Kurze, Siegfried, Tv. Bobersen	47 Punkte
2.	Heinze, Arndt, Weida	36 „

Handball.

Sonnabend:

Tv. Riesa-Weida 2. — Tv. Riesa 2. Kn. 0:3.
Tv. Riesa-Weida 1. Kn. — Tv. Riesa 1. Kn. 6:4.

Tv. Weida 1. — Tv. Gröba 2. 4:7.

Die besseren Stürmerleistungen Gröbas verhalfen ihnen zum Siege.

Sonntag:

Tv. Riesa-Weida 1. Jgd. — Oberrealschule 7:6.

Ein ausgeglichener Kampf, der bis zum Schlußpfiff die zahlreichen Zuschauer im Banne hielt. Ein Unentschieden wäre hier dem Spielverlauf nach am gerechtesten gewesen.

Tv. Riesa-Weida 1. — Tv. Riesa komb. 12:12.

Die hohe Torquote dürfte auf sehr schlechtes Halten beider Torwächter zurückzuführen sein. Nach einem Halbzeitstand von 8:1 für Riesa gelang es Weida durch günstige Umstellung auf 12:12 aufzuholen.

*

Sportverein Zeithain.

SV. Cossdorf — SV. Zeithain 1:7

vom vergangenen Sonntag. — Am Donnerstag abends treffen sich in Zeithain RSV. 2. und 3. (Schulmannschaft) und Zeithainer SV. 1.

*

Sportverein 13 e. V. Nünchritz.

Nünchritz 1. — RSV.-Reserve 0:7.

Das Spiel zum Wochenende sah die Nünchritzer stark im Nachteil. Es wurde ein Spiel vorgeführt, das keinen Schatten von früheren Ergebnissen zurückließ.

Nünchritz 3. — Lichtensee 2. 4:2.

Die Nünchritzer konnten ihre Siegesserie fortsetzen. Nur so weiter und die 3. Mannschaft wird bald einen achtbaren Gegner abgeben.

Nünchritz Jugend — Koselitz Jugend 0:5.

Die Jugend weilte in Koselitz und mußte dort eine überraschende Niederlage einstecken, schon aus dem Grunde, weil die Mannschaft nicht voll zur Stelle war.

Nünchritz 1. — Spielvereinigung Großenhain 1. 4:3.

Nach diesem Spiel am Sonntag zu urteilen, scheint die 1. Mannschaft wieder im Kommen zu sein. Die 1. Halbzeit sah die Nünchritzer stark im Vorteil. Nach der Halbzeit machte sich das Sonnabendspiel etwas bemerkbar. Der als Ersatz eingestellte Mittelstürmer bewährte sich gut. Der linke Verteidiger war etwas schwach.

Nünchritz 3. — Röderau 3. 1:6.

Nünchritz Knaben — Großenhain Knaben 10:0.

Vorschau:

Die letzte Woche vor der Spielpause herrscht in Nünchritz Hochbetrieb. Mittwoch abend spielt Nünchritz 2. — Nickritz 2. Donnerstag abend Nünchritz 3. — Röderau 3. und Freitag abend

Nünchritz 1. Jgd. — Deutscher Athletik- u. Fußballklub Prag (Jugendmeister)

Die Prager, die sich auf einer Gastspielreise befinden, kehren am Freitag in Nünchritz ein. Es ist zu hoffen, daß unsere Jugend ein besseres Spiel vorführt als wie die letzten Ergebnisse gesagt haben.

Und am Sonnabend abend spielt schließlich noch Nünchritz 2. — 97 Großenhain 2.

Die 1. Mannschaft fährt nach Nickritz und trägt dort ein Rückspiel aus. ff.

*

Hans Hädicke mit der Adlerplakette ausgezeichnet.

Dem Führer des Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine, Hans Hädicke-Halle, wurde anläßlich der Vollendung seines 50. Lebensjahres die Adlerplakette des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen verliehen.

Spielruhe für Fußball und Handball

herrscht im Gebiet des Verbandes Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine für den größten Teil des Monats Juli. Für Handball sind vom 1. bis 30. Juli, für Fußball vom 3. bis 30. Juli alle Spiele unzulässig. Nur für einige Gaue und Gebiete, wo die klimatischen Verhältnisse eine ausgedehnte Winterruhe erfordern, dürfen auch im Juli Verbandsspiele ausgetragen werden, da diese sonst in der kurzen verfügbaren Zeit nicht zu Ende geführt werden können.

*

Kegelsport.

Der Keglerverband Riesa hatte seine Mitglieder zu einem Uebungskegeln über 300 Kugeln mit dreimaligem Bahnwechsel eingeladen, wozu sich 31 Kegler des Verbandes Riesa, 4 des Verbandes Strehla und 3 Gäste angemeldet hatten. Diese sportliche Uebung zeigte, daß ein rechter Sportsgeist in unseren Reihen vorhanden ist, denn die Beteiligung wäre noch stärker gewesen, wenn die finanzielle Lage des einzelnen wie der Gesamtheit eine bessere wäre. Die Leistungen sind als sehr gut anzusprechen, da von 38 Keglern 34 den Durchschnitt überschoben haben. Als Zweck der Uebung war vorgesehen, daß außer einer sicheren Auflage eine ruhige Kugel abgeschoben werden soll, weil die Haltung, die angewandte Kraft, die Länge des Anlaufs und das Tempo bei jedem unserer Kegler anders geartet ist. Die vorteilhaftesten Würfe folgen aus einer mit kurzen Anlauf und nicht zu scharf geschobenen Kugel, denn die Kugel mit großer Kraftverwendung reißt wohl gut um, wenn sie in die Gasse kommt, aber die Hälfte der scharfen Kugeln bringen nichts ein, weil sie zu hart auf der Spitze oder Bleibe liegen und durch die Forsche alles gerade durch in die Grube reißen. Auch die Bogenkugel birgt bei den spiegelglatten Bahnen nicht für Sicherheit, obgleich sie bei gutem Einschlag sehr drängelt. Die letzten Zwischenkämpfe um die deutsche Meisterschaft haben wieder, wie auch im Vorjahre, gezeigt, daß auf Asphalt die Vertretungen Norddeutschlands, die in der Hauptsache das Kegeln auf der Bohle pflegen, die höchsten Leistungen erzielten, da diese Sportart eine sehr ruhige Kugel notwendig macht. In der Haltung des Keglers hat sich schon sehr viel gebessert, aber einzelne können ihre eingefleischte schlechte Haltung, Körperbewegung, Grimmassen und Begleittute nicht unterlassen. Die Leistungen wären noch weit mehr zu steigern, wenn die meisten von dem langen Anlauf abkommen würden, denn der Kräfteverbrauch ist ein größerer und läßt bei dem Langstreckenkegeln den toten Punkt aufkommen, der wertvolle Holz kostet.

Die besten Einzelleistungen zeigten auf 300 Kugeln Lantzsch mit 1642, Knisse 1641, Reichardt-Strehla 1635, Werner und Spranger 1626, Münch 1622, Große 1614, während bei 200 Kugeln die Spitze Reichardt mit 1110 (Sportabzeichen), Lantzsch 1094, Spranger 1093, Werner 1085, Große 1083, Becker 1078, und Münch 1077 Holz führten. Auf 100 Kugeln lagen über 5½ Holz, Reichardt 579, Knisse und Währisch 572, Lantzsch 562, Große 561, Werner 560, Weser 559, Becker 558, Haase E. 556 und Lindemann 552. Bei 50 Kugeln lagen 35 Starter über 275 Holz, die 10 Besten waren Reichhardt 303, Münch und Becker 294, Lantzsch, Werner und Währisch 290, Liesche 289, Spranger 288 und 288, Knisse und Große 287. In den Zehnerserien übernahmen die Führung Große 69, Otto, Becker und Werner 68, Lantzsch, Währisch, Lindemann, Haase E., und Wagefeld 67. Diplomwürfe gelangen Becker und Kürschner 9, 9, 9 und Münch 9, Jour, 9. Zu dem über drei Sonntage laufenden Kegeln hatte der Verband drei Erinnerungspreise gestiftet, Gönner unseres Kegelsportes hatten noch sieben Preise gestiftet, die bei der Siegerverkündung den Gewinnern ausgehändigt werden konnten.

Gute Leistungen werden aber nicht nur bei sportlichen Veranstaltungen gezeigt, sondern auch an den Uebungsabenden der Klubs wird aller Ehrgeiz in die Kämpfe gelegt. In letzter Zeit schaffte Becker-Röderau den seltenen Wurf von 3 Jouren hintereinander (Acht um den König), während die Kegelbrüder, fast noch Neulinge im Kegelsport, Kießling Jour, 9, 9, Jour und Krischker 9, Jour, 9 erzielen konnten. Für alle Leistungen ein kräftiges Gut Holz. Kür.

*

ADAC-Goethe-Gedenkfahrt 1932 nach Weimar

vom 2. bis 4. Juli.

Die vom ADAC. vom 2. bis 4. Juli veranstaltete Goethe-Gedenkfahrt nach Weimar hat nach den bisher vorliegenden Nennungen eine starke Beteiligung aus allen Teilen des Reiches gefunden. Auch vom Ausland liegen Meldungen vor. Der Gau 2a, der mit der Durchführung der Fahrt beauftragt wurde, hat trotz der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse für diese Tage ein abwechslungsreiches Programm aufgestellt, das der Bedeutung dieser Fahrt in würdiger Weise gerecht wird. Der 2. Juli ist für die Ankunft der Fahrzeuge vorgesehen, die Einschreibekontrolle befindet sich in der Geschäftsstelle des Gaues 2a in der Meyerstraße 39, wo den Teilnehmern auch die geschmackvolle Bronze-Plakette mit Goethe-Kopf ausgehändigt wird. Am Sonnabend abend findet dann im Armbrust-Saal der Begrüßungsabend statt. Am Sonntag, dem Haupttag der Fahrt, hat der Gau nach den vorgesehenen Besichtigungen der Goethe-Gedenkstätten einen eindrucksvollen Festakt im Deutschen National-Theater vorbereitet, in dessen Mittelpunkt die Goethe-Gedächtnisrede des Direktors des Goethe-National-Museums, Professor Dr. Hans Wahl, Weimar, und die „Helena" aus Goethes Faust II stehen. Am Nachmittag finden Ausflüge nach Belvedere und Tiefurt statt, während die Teilnehmer am Abend Gelegenheit zu dem Besuch einer Goethe-Aufführung im Deutschen National-Theater oder eines zwanglosen Zusammenseins auf den Terrassen der Weimar-Halle haben. Um vor allem die auswärtigen Besucher mit den weiteren Goethe-Gedenkstätten und den Schönheiten des Thüringer Landes bekannt zu machen, sind für den 4. Juli verschiedene Fahrten geplant. So erfolgen Führungen nach den Dornburger Schlössern, nach Ilmenau und Eisenach. — Der Nennungstermin ist bis 30. Juni verlängert worden.

Große Ueberschwemmungen in Rumänien.

Bukarest. (Funkspr.) Seit drei Tagen treten in ganz Rumänien große Ueberschwemmungen auf, die ungeheuren Schaden, namentlich im Lendauagebiet anrichten. Die Stadt Jassy ist gegenwärtig vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten. **Viele Leichen sollen im Wasser treiben. Allein im Bezirk von Jassy wird die Zahl der Obdachlosen auf 15 000 geschätzt.**

Handel und Volkswirtschaft.

Dresdner Börse vom 28. Juni. Am Dienstag machte sich wiederum die politische Unsicherheit geltend, so daß die Grundstimmung als schwach zu bezeichnen ist. Kursmäßig waren nur wenig Veränderungen zu beobachten, die auch nur selten über 1 Prozent hinausgingen. Mimosa verloren 2 Prozent, Siemens Glas konnten dagegen 2,5 Prozent anziehen. Pfandbriefe und Anleihen ebenfalls weiter nachgebend. Dresdner Schatz von 1928 minus 2,9 Prozent.

Leipziger Börse vom 28. Juni. Auch heute waren die Kursveränderungen bei stillem Geschäft und weiter schwächerer Grundstimmung nach beiden Seiten nur geringfügig. Sachsenboden verloren 2 Prozent. Am Anleihemarkt waren die Notierungen gut gehalten.

Leipziger Produktenbörse vom 28. Juni. Weizen 72—73 kg 243—247; Weizen 75 kg 252—255; Weizen 77—78 kg 255—257; Roggen 73 kg 204—208; Sommergerste Brauware 190—205; Futter- und Industriegerste 170—180; Wintergerste 170—177; Hafer 154—164; Mais La Plata 190—195; Mais Donau 185—190; Mais cinquentin 205—210; Viktoriaerbsen 160—180; Weizenkleie 10,5—11; Roggenkleie 10—10,5; Weizenmehl 39,5—41; Roggenmehl 29,25—30,25.

An der Berliner Börse war die Tendenz lustlos und weiter abgeschwächt. Tagesgeld ¼ Prozent mehr, Privatdiskont unverändert.

Marktberichte.

Großenhainer Ferkelmarkt am 28. Juni 1932. Zufuhr: 236 Ferkel. Preis eines Ferkels: 6—11 RM. Ausnahmen über Notiz. Geschäftsgang: schlecht.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Getreide und Oelsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark

	28. Juni	29. Juni
Weizen, märkischer,	251,00—253,00	249,00—251,00
per Juli	260,00—261,00	259,50—257,50
per September	226,00	226,50
per Oktober	225,50—227,00	227,00
per Dezember	230,00—231,00	230,50
Tendenz:	ruhig	schwächer
Roggen, märkischer,	190,00—192,00	189,00—191,00
per Juli	185,00—185,50	186,00
per September	181,00	181,75
per Oktober	181,75	183,00—182,50
per Dezember	183,75—184,00	184,75
Tendenz:	ruhig	ruhig
Gerste, Braugerste	—	—
Futter- und Industriegerste	162,00—172,00	162,00—172,00
Wintergerste,	—	—
Tendenz:	ruhig	ruhig
Hafer, märkischer	157,00—161,00	157,00—161,00
per Juli	164,00—165,00	164,00—164,75
per September	148,00	149,00
per Oktober	—	—
per Dezember	—	—
Tendenz:	ruhig	ruhig
Mais, rumänischer	—	—
Plata	—	—
Tendenz:	—	—
Weizenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sack (feinste Marken über Notiz)	30,75—34,75	30,50—34,50
Roggenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sack	25,80—27,75	25,70—27,60
Weizenkleie frei Berlin	9,90—10,50	9,90—10,50
Roggenkleie frei Berlin	10,10—10,50	10,10—10,50
Weizenkleie-Melasse	—	—
Raps	—	—
Leinsaat	—	—
Viktoriaerbsen	17,00—23,00	17,00—23,00
Kleine Speiseerbsen	21,00—24,00	21,00—24,00
Futtererbsen	15,00—19,00	15,00—19,00
Peluschken	16,00—18,00	16,00—18,00
Ackerbohnen	15,00—17,00	15,00—17,00
Wicken	16,00—18,00	16,00—18,00
Lupinen, blaue	10,00—11,00	10,00—11,00
gelbe	14,50—16,00	14,50—16,00
Seradella, neue	—	—
Rapskuchen, Basis 38 %	—	—
Leinkuchen, Basis 37 %	10,30—10,60	10,30—10,60
Trockenschnitzel	8,70	8,70
Soya-Extractionsschrot, Bas. 45 %	—	—
Kartoffelflocken	—	—
Speisekartoffeln	—	—
Allgemeine Tendenz:	schwächer	unsicher

Weiter abwartend.

Die Unternehmungslust am Produktenmarkt bleibt weiter gering; vor allem fehlte heute auch die Nachfrage für rheinische Rechnung infolge des dortigen Feiertages. Am Promptmarkt ist Weizen wesentlich schwerer unterzubringen als Roggen, da die Mühlen in Erwartung einer weiteren Angleichung der Preise an die neue Ernte und angesichts des schleppenden Mehlabsatzes nur den notwendigsten Bedarf auf ermäßigtem Preisniveau zu decken versuchen. Prompter Roggen liegt bei allerdings auch unbedeutenden Abschlüssen stetiger. Das erst händige Offertenmaterial in Neugetreide bleibt relativ gering, und die Forderungen sind nur vereinzelt etwas nachgiebiger. Andererseits ist der Handel auch nur zögernd zu Neuanschaffungen bereit, da sich Vorverkäufe in Export sehr schwierig gestalten, besonders da durch die Reise des Ernährungsministers nach Lausanne die Veröffentlichung der entsprechenden Bestimmungen über den Austauschexport wieder hinausgezögert worden ist. Am Lieferungsmarkt war Juliweizen um 1½ Mark gedrückt, die späteren Sichten ließen nur unbedeutende Preisveränderungen erkennen. Roggen lag aus markttechnischen Gründen allgemein stetiger. Der Mehlabsatz bleibt ruhig bei zumeist entgegenkommenden Mühlenofferten; nur promptes Roggenmehl ist behauptet. Für Hafer bleibt der Konsum bei seiner vorsichtigen Kaufpolitik, und gestrige Preise waren schwer durchzuholen; in Neuhafer hat sich das Geschäft noch nicht entwickelt. Die Preise für Wintergerste sind weiter rückgängig.

Wasserstände		28. 6. 32	29. 6. 32
Moldau:	Samaik	+ 63	+ 54
	Modran	+ 29	+ 5
Eger:	Laun	— 2	— 8
Elbe:	Nimburg	+ 20	+ 15
	Brandeis	+ 4	— 0
	Melnik	+ 92	+ 74
	Leitmeritz	+104	+ 90
	Aussig	+110	+ 76
	Dresden	— 43	— 70
	Riesa	+ 48	+ 18

Wasserwärme: 18 Grad.